

Stadt- und Landkreise
und kreisangehörige Städte mit einem
Jugendamt in Baden-Württemberg

Nachrichtlich
Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg
Gemeindetag Baden-Württemberg

Stuttgart, 25.07.2019

Dez. 4-17/2019

830/2019

R 31397/2019

Empfehlungen zur Kostenbeteiligung in der Kinder- und Jugendhilfe Baden-Württemberg
Empfehlungen mit Anlagen¹

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir nehmen Bezug auf unser Rundschreiben Dez.4-14/2019 vom 24. Juni 2019, in dem wir Sie über die am 1. August 2019 in Kraft tretenden Änderungen der pauschalierten Kostenbeteiligung nach § 90 SGB VIII informiert haben.

Die Änderungen des § 90 SGB VIII erforderten eine Modifizierung der von Städte- und Landkreistag Baden-Württemberg sowie dem Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg entwickelten Empfehlungen zur Kostenbeteiligung in der Kinder- und Jugendhilfe Baden-Württemberg.

Die Fortschreibung der gemeinsamen Empfehlungen wurde von der landesweiten Arbeitsgruppe „Wirtschaftliche Jugendhilfe“ vorbereitet. Dabei standen die Änderungen der „Pauschalierten Kostenbeteiligung“ nach § 90 SGB VIII im Fokus. Sie wurden so gefasst, wie sie nach der beabsichtigten Korrektur von § 90 Abs. 4 Satz 4 SGB VIII umzusetzen sein werden.

¹ Das Rundschreiben mit Anlagen (insgesamt 8) stehen beim Landkreistag Baden-Württemberg im Intranet nur elektronisch zur Verfügung und sind beim Städtetag Baden-Württemberg im Original nur im Intranet abrufbar.

Außerdem wurden die Empfehlungen auch redaktionell etwas überarbeitet und die dazugehörigen Anlagen aktualisiert.

Die Empfehlungen bieten der Praxis einen Grundrahmen für die landeseinheitliche Umsetzung der Vorschriften zur Kostenbeteiligung nach dem SGB VIII, der bei Bedarf mit örtlichen Vorgaben zur Lösung von Einzelfällen kombiniert werden kann.

Anbei übersenden wir Ihnen die aktualisierten Empfehlungen zur Kostenbeteiligung in der Kinder- und Jugendhilfe Baden-Württemberg. Es wird empfohlen, die Änderungen ab 1. August 2019 umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.:
Reinhold Grüner

gez.:
Waltraud Mäule

gez.:
Benjamin Lachat

Kommunalverband für
Jugend und Soziales
Baden-Württemberg
Dezernat Jugend
Lindenspfstraße 39
70176 Stuttgart
Az.: 456.200.010

Landkreistag
Baden-Württemberg
Panoramastraße 37
70174 Stuttgart
Az.: 456.0

Städtetag
Baden-Württemberg
Königstr. 2
70173 Stuttgart
Az.: 456.10, 456.20

**Empfehlungen
zur Kostenbeteiligung
in der Kinder- und Jugendhilfe
Baden-Württemberg**

Stand: 01.08.2019

Erster Abschnitt: Pauschalierte Kostenbeteiligung

§ 90 SGB VIII Pauschalierte Kostenbeteiligung	5
90 Allgemeines	5
90.1 Inanspruchnahme der Angebote	5
90.2 Erlass/Übernahme bei Angeboten der Jugendarbeit u. Familienförderung	5
90.2.1 Feststellung der zumutbaren Belastung/Einkommensermittlung	6
90.2.1.1 Zurechnung von Kindergeld und Kinderzuschlag	6
90.2.1.2 Leistungen nach dem SGB XII	7
90.2.1.3 Grundrenten nach dem BVG	7
90.2.1.4 Ausgleichsrenten nach dem BVG	7
90.2.1.5 Baukindergeld und Eigenheimzulage	7
90.2.1.6 Einmalige Einnahmen	7
90.2.1.7 Keine Absetzung wegen Erwerbstätigkeit	8
90.2.1.8 Leistungen nach dem BAföG	8
90.2.1.9 Kinderbetreuungszuschlag nach § 14b BAföG	8
90.2.1.10 Elterngeld und Betreuungsgeld	9
90.2.1.11 Bruttoentgeltumwandlung	9
90.2.2 Einkommensgrenze	10
90.2.3 Einkommenseinsatz	10
90.2.4 Einkommen über der Einkommensgrenze	10
90.2.5 Einkommen unter der Einkommensgrenze	11
90.2.5.1 Kinderbetreuungskosten	11
90.2.5.2 Häusliche Ersparnis	11
90.2.5.3 Festsetzen der Kostenbeiträge	12
90.3 Pflicht zur Staffelung der Kostenbeiträge	12
90.4 Erlass/Übernahme bei Angeboten der Kindertagesbetreuung	12
90.4.1 Belastung durch Kosten- oder Teilnahmebeitrag	12
90.4.2 Keine Kostenbeteiligung	13
90.5 Ergänzende Hilfe / Erweiterte Hilfe	13
90.5.1 In Kindertageseinrichtungen	13
90.5.2 In Kindertagespflege	13

Zweiter Abschnitt: Kostenbeiträge für stationäre und teilstationäre Leistungen sowie vorläufige Maßnahmen

§ 91 SGB VIII Anwendungsbereich	14
91 Allgemeines	14
91.1 Vollstationäre Leistungen	14
91.2 Teilstationäre Leistungen	14
91.3 Kosten für Unterhalt und Krankenhilfe	14
91.4 Keine Verwaltungskosten	14
91.5 Erweiterte Hilfe	14
§ 92 SGB VIII Ausgestaltung der Heranziehung	15
92 Allgemeines	15
92.1 Kostenbeitragspflichtige	15
92.1.a Heranziehung aus Vermögen	15
92.2 Erhebung des Kostenbeitrags	15
92.2.1 Leistungsbescheid	15
92.2.2 Getrennte Heranziehung der Eltern	15
92.3 Mitteilung über die Leistungsgewährung	16
92.4 Keine Schmälerung von Unterhaltsansprüchen	16
92.4.1 Unterhaltsansprüche vorrangig oder gleichrangig Berechtigter	16

92.4.2	Absehen von der Heranziehung der Eltern	17
92.5	Absehen von der Heranziehung	17
92.5.1	Schwangerschaft/Kleinkindbetreuung	17
92.5.2	Gefährdung von Ziel und Zweck der Leistung	17
92.5.3	Besondere Höhe	17
92.5.4	Unverhältnismäßiger Verwaltungsaufwand	18
92.5.5	Sonderregelung zur Inobhutnahme	18
§ 93 SGB VIII Berechnung des Einkommens		19
93	Allgemeines	19
93.1	Bestandteile des Einkommens	19
93.1.1	Anrechenbares Einkommen	19
93.1.1.1	Leistungen nach dem SGB II und SGB XII	19
93.1.1.2	Einkünfte aus Vermögen	20
93.1.1.3	Vermögenswirksame Leistungen	20
93.1.1.4	Kinderzuschlag nach § 6a BKGG	20
93.1.1.5	Eigenheimzulage	20
93.1.1.6	Erziehungsrente nach § 47 SGB VI	20
93.1.1.7	Elterngeld und Betreuungsgeld	20
93.1.1.8	Gründungszuschuss nach dem SGB III	21
93.1.1.9	Leistungen nach dem BAföG	21
93.1.1.10	Mutterschaftsgeld	21
93.1.1.11	Einmalige Einnahmen	21
93.1.2	Anrechnungsfreies Einkommen	22
93.1.2.1	Grundrenten nach dem BVG	22
93.1.2.2	Renten und Beihilfen nach dem BEG	22
93.1.2.3	Schmerzensgeld nach § 253 Abs. 2 BGB	22
93.1.3	Zweckidentische Leistungen	22
93.1.3.1	Einsatz bei vollstationären Leistungen	22
93.1.3.2	Kein Einsatz bei teilstationären Leistungen	22
93.1.4	Zweckbestimmte Leistungen und Kindergeld	23
93.2	Absetzungen	23
93.3	Belastungen	24
93.3.1	Pauschaler Freibetrag	24
93.3.2	Nachgewiesene höhere Belastungen	24
93.4	Einkommensermittlung	26
93.4.1	Mäßiges Einkommen und Erfassungszeitraum	26
93.4.2	Nachträgliche Neuberechnung auf Antrag	26
93.4.3	Frist zur Antragsstellung	26
93.4.4	Vorläufige Einkommensermittlung im Härtefall	26
§ 94 SGB VIII Umfang der Heranziehung		28
94	Allgemeines	28
94.1	Angemessener Kostenbeitrag	28
94.1.1	Heranziehung aus Einkommen	28
94.1.2	Obergrenze der Heranziehung	28
94.1.3	Rangfolge der Kostenbeitragspflichtigen	28
94.2	Individuelle Berücksichtigung von Einkommen und Unterhaltspflichten	29
94.2.1	Zuordnung des Einkommens	29
94.2.2	Berücksichtigung von gleichrangig Unterhaltsberechtigten	29
94.3	Kostenbeitrag in Höhe von Kindergeld	29
94.3.1	Voraussetzungen	30
94.3.2	Erstattungsanspruch auf Kindergeld	31
94.4	Berücksichtigung tatsächlicher Betreuungsleistungen	31

94.5	Kostenbeitragsverordnung	32
94.5.1	Festsetzung des Kostenbeitrags nach Tabelle	32
94.5.2	Beitragsstufen bei vollstationären Leistungen	32
94.5.3	Beitragsstufe bei teilstationären Leistungen	33
94.5.4	Berücksichtigung weiterer Unterhaltungspflichten	33
94.5.4.1	Berücksichtigungsgebot	34
94.5.4.2	Schmerzensverbot	35
94.5.4.3	Unterhaltsrechtliche Vergleichsberechnung	35
94.5.4.4	Auswirkungen der Unterhaltsrechtsreform	36
94.5.5	Behandlung hoher Einkommen	36
94.5.6	Heranziehung Eltern junger Volljähriger	36
94.5.7	Einsatz des Kindergeldes	37
94.6	Kostenbeitrag des jungen Menschen und Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII	38
94.6.1	Heranziehung aus Einkommen	38
94.6.2	Absehen von der Kostenbeteiligung	38
94.6.3	Tätigkeiten im sozialen und kulturellen Bereich	38
94.6.4	Weitere Ausnahmen von der Kostenbeteiligung	39
94.6.5	Kostenbeteiligung bei Leistungen nach § 19 SGB VIII	39
94.6.5.1	Heranziehung als Elternteil	39
94.6.5.2	Heranziehung als Leistungsberechtigte/r	39

Dritter Abschnitt: Überleitung von Ansprüchen

§ 95 SGB VIII Überleitung von Ansprüchen	41
95 Allgemeines	41
95.1 Anspruchsübergang	41
95.2 Voraussetzungen	41
95.3 Zeitlicher Rahmen	41
95.4 Keine aufschiebende Wirkung	41

Vierter Abschnitt: Ergänzende Vorschriften

§ 97 SGB VIII Feststellung der Sozialleistungen	42
97 Allgemeines	42
§ 97a SGB VIII Pflicht zur Auskunft	42
97a Allgemeines	42
97a.1 Auskunftspflicht	42
97a.2 Auskunftspflicht von Pflegepersonen	42
97a.3 Erweiterte Auskunftspflicht	43
97a.4 Auskunftersuchen beim Arbeitgeber	43
97a.5 Auskunftsverweigerungsrecht	43
§ 97c SGB VIII Erhebung von Gebühren und Auslagen	43
97c Allgemeines	43
<u>Anlagen 1 bis 6:</u>	44

Erster Abschnitt: Pauschalierte Kostenbeteiligung

§ 90 SGB VIII Pauschalierte Kostenbeteiligung

90 Allgemeines

Mit Inkrafttreten des Kinderförderungsgesetzes¹ (KifG) wurde das Verfahren der pauschalierten Kostenbeteiligung für öffentlich-rechtliche Angebote nach § 90 SGB VIII neu konzipiert. Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung² (Gute-KiTa-Gesetz) beinhaltet Änderungen des § 90 SGB VIII ab 01.08.2019, die mit einer Korrektur über Artikel 8 Nr. 3 des Gesetzes zur Änderung des Neunten und des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und anderer Rechtsvorschriften ergänzt wurden.

90.1 Inanspruchnahme der Angebote

Für die in § 90 Abs. 1 SGB VIII abschließend genannten Angebote können Träger der öffentlichen Jugendhilfe Kostenbeiträge festsetzen. Es handelt sich um öffentlich-rechtliche Forderungen. Die Regelungen in Abs. 1 beziehen sich daher ausschließlich auf öffentlich-rechtliche Angebote.

Das Kindertagesbetreuungsgesetz (KiTaG) enthält Regelungen zur Bemessung der Elternbeiträge in Kindertageseinrichtungen (§ 6 KiTaG). Die Zuständigkeit der öffentlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe für die Förderung der Kindertagespflege ist in § 8b KiTaG geregelt; § 8b Abs. 3 KiTaG bestimmt, dass die Zuweisungen nach § 29c Finanzausgleichsgesetz (FAG) bei der Bemessung der Kostenbeteiligung für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren zu berücksichtigen sind.

90.2 Erlass / Übernahme bei Angeboten der Jugendberufshilfe und Familienförderung

§ 90 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 und 2 SGB VIII bildet die Rechtsgrundlage für den vollständigen oder teilweisen Erlass öffentlich-rechtlicher Kostenbeiträge bzw. für die vollständige oder teilweise Übernahme privatrechtlicher Teilnahmebeiträge und gilt für die Inanspruchnahme von Angeboten nach §§ 11, 16 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 1 und 3 SGB VIII. Ein entsprechender Antrag des Leistungsberechtigten wird vorausgesetzt. Der Antrag ist an keine bestimmte Form gebunden.

Kostenbeitragspflichtige Personen nach § 90 SGB VIII sind Eltern/-teile und ihre zu betreuenden Kinder, sofern sie eine Haushaltsgemeinschaft bilden. Alleinerziehende treten an die Stelle von Eltern, wenn sie mit ihren zu betreuenden Kindern zusammenleben. Eltern/-teile außerhalb dieser Haushaltsgemeinschaft gehören nicht zu den kostenbeitragspflichtigen Personen im Sinne des § 90 SGB VIII.

Es ist eine Ermessensentscheidung zu treffen, die dokumentiert werden sollte (§ 39 SGB I). Ein erzieherischer Bedarf im Sinne des § 27 SGB VIII muss nicht vorliegen.

Sind die in Abs. 2 genannten gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt, erfolgt die Übernahme/der Erlass der Teilnahme- bzw. Kostenbeiträge frühestens ab dem Ersten des Antragsmonats bzw. ab tatsächlichem Leistungsbeginn.

90.2.1 Feststellung der zumutbaren Belastung / Einkommensermittlung

§ 90 Abs. 2 Satz 3 SGB VIII verweist auf die Regelungen der §§ 82-85, 87, 88 und

¹ Datum des Inkrafttretens 16.12.2008

² Datum des Inkrafttretens 01.01.2019

92a SGB XII (Sozialhilfe).

Die Zumutbarkeitsprüfung stellt eine Berechnung nach Sozialhilferecht (SGB XII) dar. Da Landesrecht hier keine abweichenden Regelungen getroffen hat, ergeben sich folgende Konsequenzen:

- a) ausschließlicher Einsatz von Einkommen (§ 82ff. SGB XII)
- b) kein Einsatz von Vermögen nach §§ 90, 91 SGB XII .

Beziehen die Antragsteller Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII kann in der Regel davon ausgegangen werden, dass ihnen die Belastung (mit Ausnahme der häuslichen Ersparnis³) nicht zuzumuten ist. In diesen Fällen kann auf die Durchführung einer Zumutbarkeitsprüfung nach § 90 Abs. 2 Satz 3 SGB XII verzichtet werden.

Die Einkommensermittlung erfolgt nach §§ 82 bis 84 SGB XII, der Verordnung zur Durchführung des § 82 SGB XII sowie nach den Sozialhilferichtlinien Baden-Württemberg (SHR).

Hinweis:

Werden Angebote nach § 90 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 SGB VIII (§§ 11, 16 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 3 SGB VIII) in Anspruch genommen, ist eine Zumutbarkeitsprüfung (Einkommensgrenzenberechnung nach dem SGB XII) i.S.v. § 90 Abs. 2 Satz 3 und Satz 4 SGB VIII in der Regel durchzuführen.

Bei der Inanspruchnahme von Angeboten nach § 90 Abs. 1 Nr. 3 SGB VIII (§§ 22-24 SGB VIII) ist eine Zumutbarkeitsprüfung (Einkommensgrenzenberechnung nach dem SGB XII) nur notwendig, wenn die Kostenbeitragspflichtigen nicht zu den in § 90 Abs. 4 Satz 2 SGB VIII genannten Leistungsempfängern gehören, denen die Belastung nicht zuzumuten ist (Ziffer 90.4.2).

90.2.1.1 Zurechnung von Kindergeld und Kinderzuschlag

Bei der Ermittlung des Einkommens in der Sozialhilfe ist darauf zu achten, dass § 82 SGB XII entgegen § 93 SGB VIII (Einkommensbegriff des SGB VIII) eine spezielle Regelung zur Anrechnung von Kindergeld enthält (vgl. § 82 Abs. 1 Satz 3 SGB XII, SHR 82.48).

Das Kindergeld ist nach Sozialhilferecht Einkommen des Kindes, sofern es dieses zur Deckung seines sozialhilferechtlichen Bedarfs benötigt. Wird das Kindergeld nicht oder nur teilweise zur Deckung dieses Bedarfs benötigt, so wird es entweder ganz oder anteilig dem Einkommen des kindergeldberechtigten Elternteils hinzugerechnet.

Da die Prüfung der zumutbaren Belastung beim Kind/Jugendlichen und seinen/m mit ihm zusammenlebenden Eltern/Elternteil vorgenommen wird (§ 90 Abs. 2 Nr. 1a SGB VIII), ist bei der Ermittlung des Gesamteinkommens dieser Bedarfsgemeinschaft das auf das nach § 90 SGB VIII geförderte Kind entfallende Kindergeld immer in voller Höhe als Einkommen zu berücksichtigen.

Für in der Bedarfsgemeinschaft lebende Geschwister, die sich nicht in Tagesbetreuung nach dem SGB VIII befinden, ist eine Nebenberechnung erforderlich, um festzustellen, ob diese ihren sozialhilferechtlichen Bedarf selbst decken können, bzw. ob und in welcher Höhe deren Kindergeld zum Einkommen des kindergeldberechtigten hinzuzurechnen ist. Die hierbei zu berücksichtigenden Aufwendungen für die Unterkunft setzen sich zusammen aus

³ Siehe Ausführungen zur häuslichen Ersparnis unter Ziffer 90.2.5.2

der anteiligen Nettokaltmiete zuzüglich anteiliger monatlicher Vorauszahlungen für Betriebskosten und Heizung (SHR 35.07).

Eine solche Nebenberechnung ist nicht erforderlich, wenn die Geschwister mit Ausnahme des Kindergeldes über kein weiteres eigenes Einkommen (z.B. Unterhalt, Unterhaltsvorschuss) verfügen, denn dann benötigen diese ihr Kindergeld immer zur Deckung ihres eigenen sozialhilferechtlichen Bedarfs.

Die vorstehend genannten Ausführungen gelten sinngemäß auch für den Kinderzuschlag nach § 6a BKG (siehe SHR 82.51).

Für Familien mit geringem Einkommen gibt es die Möglichkeit, zusätzlich zum Kindergeld einen Kinderzuschlag zu beantragen, wenn die Eltern mit ihrem Einkommen zwar ihren eigenen Lebensunterhalt, nicht jedoch den ihrer Kinder decken können. Der Kinderzuschlag ist eine Ergänzungsleistung zum Kindergeld und soll Familien mit Kindern davor bewahren, SGB II - oder SGB XII - Leistungen beanspruchen zu müssen.

90.2.1.2 Leistungen nach dem SGB XII

Leistungen nach dem SGB XII sind gem. § 82 Abs.1 SGB XII (vgl. SHR 82.37) ausdrücklich nicht als Einkommen zu berücksichtigen.

90.2.1.3 Grundrenten nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG)

Nach § 82 Abs.1 SGB XII (vgl. SHR 82.37) bleiben die dort genannten Grundrenten anrechnungsfrei. Bei den Grundrenten nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und nach Nebengesetzen zum BVG (z.B. das Opferentschädigungsgesetz ⁴OEG) wird nicht mehr zwischen Beschäftigten- und Hinterbliebenengrundsrente unterschieden, d.h. beide Grundrentenarten bleiben bei der Einkommensermittlung nach § 82 SGB XII anrechnungsfrei.

90.2.1.4 Ausgleichsrenten nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG)

Ausgleichsrenten dienen dem Ausgleich einer schädigungsbedingten Minderung der Erwerbsfähigkeit. Es besteht weder eine mit der Grundsrente vergleichbare gesetzliche Anrechnungsfreiheit noch eine ausdrückliche Zweckbestimmung⁴.

90.2.1.5 Baukindergeld und Eigenheimzulage

Baukindergeld des Bundes sowie Eigenheimzulage nach dem Eigenheimzulagengesetz bleiben bei der Einkommensberechnung anrechnungsfrei⁵.

90.2.1.6 Einmalige Einnahmen

Die Berücksichtigung von einmaligen Einnahmen richtet sich nach § 82 Abs. 4 SGB XII und den SHR 82.43ff. Bsp.: Einkünfte aus Kapitalvermögen (u.a. Zinsen aus Sparguthaben u.ä.), Sonderzuwendungen, Gratifikationen, gleichartige Bezüge und Vorteile, die nicht regelmäßig monatlich zufließen, sowie Rückzahlungen aus Nebenkostenabrechnungen (vgl. SHR 85.05, 35.01ff., 35.12).

Einmalige Einnahmen sind ab dem Monat ihres Zuflusses mit einem Teilbetrag in Höhe von 1/6 auf das monatliche Einkommen anzurechnen.

Besonderheit bei Einkünften aus Kapitalvermögen: Einkünfte bis zu 26 Euro im Kalenderjahr werden ebenfalls vom Einkommen abgesetzt (SHR 82.43). Einkünfte, die diesen Freibetrag

⁴ BVerwG 5 C 8/81 vom 19.06.1984, FEVS 34,1 und LSG L 12 SO 7/07 vom 14.11.2007, juris.

Bei den in § 90 SGB VIII genannten kostenbeitragspflichtigen Personen ist die Ausgleichsrente als Einkommen nach § 82 SGB XII zu berücksichtigen.

⁵ Dies gilt nur bei der Ermittlung des Einkommens nach Ziffer 90.2.1 anders bei § 93 SGB VIII (Ziffer 9 3.1.1.1ff.)

§ 10 Abs. 1 bis 4 BEEG ergebenden Beträge bei der Einkommensermittlung nach § 82 SGB XII anrechnungsfrei, soweit für eine Sozialleistung ein Kostenbeitrag erhoben werden kann, der einkommensabhängig ist.

Die Förderung der Kindertagesbetreuung ist eine Sozialleistung nach dem SGB VIII, für welche ein Kostenbeitrag nach § 90 Abs. 1 Nr. 3 SGB VIII erhoben werden kann.

Daher bleibt Elterngeld bis zu einer Höhe von insgesamt 300 Euro anrechnungsfrei, bei Mehrlingsgeburten vervielfachen sich die anrechnungsfreien Beträge um die Anzahl der geborenen Kinder (§ 10 Abs. 4 BEEG).

In § 10 Abs. 1 und 2 BEEG wurde das Betreuungsgeld mitaufgenommen, sodass die Schutzvorschrift des § 10 Abs. 6 BEEG ebenfalls Anwendung findet und Leistungen bis zu 300 Euro nicht als Einkommen berücksichtigt werden. Das monatliche Betreuungsgeld bleibt deshalb bei der Einkommensermittlung nach § 82 SGB XII anrechnungsfrei.

Bei gleichzeitigem Bezug von Elterngeld und / oder Betreuungsgeld für mehrere Kinder werden die einzelnen Leistungen addiert. Insgesamt bleiben 300 Euro anrechnungsfrei (ausgenommen bei Mehrlingsgeburten ^ der anrechnungsfreie Betrag wird nach § 10 Abs. 4 BEEG ermittelt - siehe Ziffer 90.4.1.10).

Bsp.: Familie mit zwei Kindern, für Kind 1 wird Elterngeld in Höhe von 1.200 Euro, für Kind 2 Betreuungsgeld in Höhe von 150 Euro bezogen. Anrechnungsbare Einkommen: 1.050 Euro

90.2.1.11 Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung (Bruttoentgeltumwandlung)

Ein Teil des Bruttoarbeitslohns wird aufgrund einer Vereinbarung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber in eine betriebliche Altersversorgung umgewandelt (Bruttoentgeltumwandlung). Bei derartigen Beiträgen handelt es sich um Einkommen i. S. d. § 82 SGB XII, welches in angemessener Höhe anrechnungsfrei bleiben muss. Die Beurteilung der Angemessenheit richtet sich grundsätzlich nach den individuellen Lebensverhältnissen der Antragsteller, d.h. einzelfallbezogene Entscheidungen sind unumgänglich.

Als Orientierungshilfe zur Beurteilung der Angemessenheit bieten sich u.a. zwei Anhaltspunkte aus der Rechtsprechung¹³ an. Dies ist zum einen der Mindestbeitrag für die gesetzliche Rentenversicherung, zum anderen die steuerrechtliche Regelung nach § 3 Nr. 63 EStG, wonach der Höchstbetrag zum Aufbau einer betrieblichen Altersversorgung bei 8% der Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung liegt. Am Beispiel des Jahres 2019 ergibt sich daraus eine Angemessenheitsspanne zwischen monatlich 83,70 Euro (18,6% aus 450 Euro) und monatlich 536 Euro (8% aus 6.700 Euro).

Die Direktversicherung ist ein Modell der betrieblichen Altersversorgung. Ein Teil des Bruttogehalts wird in Beiträge für eine Kapitallebens- oder Rentenversicherung umgewandelt. Kapitalbildende Versicherungen werden nicht anerkannt. Zur Beurteilung der Angemessenheit einer zusätzlichen Rentenversicherung kann die die vorgenannte Angemessenheitsspanne ebenfalls zugrunde gelegt werden.

¹² Gesetz zur Vereinfachung des Elterngeldvollzugs vom 18.09.2012, siehe Anfügung des neuen Abs. 6 im § 10 BEEG

¹³ BSG B 4 AS 7/10 vom 09.11.2010

90.2.2 Einkommensgrenze

Es gilt eine einheitliche Einkommensgrenze nach § 85 SGB XII.

Die Aufwendungen für Unterkunft setzen sich zusammen aus der Nettokaltmiete zuzüglich monatlicher Vorauszahlungen für Betriebskosten. Ab 01.01.2016 gehen Aufwendungen für Heizung nicht mehr zu den berücksichtigungsfähigen Aufwendungen für die Unterkunft (SHR 85.05ff.).

Die Regelungen des § 85 Abs. 1 SGB XII finden eher selten Anwendung, z.B. wenn junge Volljährige Angebote der Jugendarbeit in Anspruch nehmen (§ 90 Abs. 1 Nr.1 i. V. m. § 11 SGB VIII).

Bei der Prüfung der Zumutbarkeit der Belastung wird die Einkommensgrenze nach § 85 Abs. 2 SGB XII ermittelt. Außer den Eltern bzw. dem Elternteil hat nur das Kind oder der Jugendliche sein Einkommen einzusetzen, welches/r sich in Betreuung befindet. So hat das Einkommen von Geschwistern, für die keine der in § 90 SGB VIII genannten Leistungen in Anspruch genommen werden, bei der Ermittlung des Gesamteinkommens außer Betracht zu bleiben. Vor diesem Hintergrund ist die vorherige exakte Zurechnung des Kindergeldes bzw. des Kinderzuschlages nach § 82 SGB XII zum jeweiligen Haushaltsmitglied unabdingbar.

Während die Geschwister einerseits ihr Einkommen nicht einzusetzen haben, dürfen sie andererseits aber bei der Prüfung der Familienzuschläge nicht ignoriert werden. Gelten diese Geschwister als überwiegend unterhalten¹⁴ im Sinne von SHR 85.10 (hier ist ihr Einkommen relevant!), ist für sie ein entsprechender Familienzuschlag zu gewähren. Im Rahmen dieser Prüfung werden als Aufwendungen für Unterkunft jeweils anteilig die Nettokaltmiete zuzüglich Betriebskosten, jedoch ohne Aufwendungen für Heizung berücksichtigt.

Bei überwiegend unterhaltenen Personen muss es sich nicht zwingend um nach dem Zivilrecht unterhaltsberechtignte Angehörige handeln. Auch Leistungen an Stiefkinder oder Lebenspartner können die Berücksichtigung eines Familienzuschlages rechtfertigen¹⁴.

90.2.3 Einkommenseinsatz

Die Prüfung, ob die beitragspflichtigen Personen sich an den Kosten für die Inanspruchnahme von Angeboten nach § 90 SGB VIII zu beteiligen haben, erfolgt durch die Gegenüberstellung des nach §§ 82 ff SGB XII festgestellten Einkommens mit der nach § 85 Abs. 1 oder Abs. 2 SGB XII ermittelten Einkommensgrenze.

Ein Einkommenseinsatz kommt dabei sowohl über als auch unter der Einkommensgrenze in Betracht (§§ 87, 88 und 92a SGB XII).

90.2.4 Einkommen über der Einkommensgrenze

Übersteigt das Einkommen die Einkommensgrenze, so ist die Aufbringung der Mittel in angemessenem Umfang zuzumuten (Eigenanteil). Die in § 87 Abs. 1 SGB XII genannten Kriterien zur Feststellung der Angemessenheit stellen keinen abschließenden Beurteilungsmaßstab dar. Die Berücksichtigung besonderer Belastungen erfolgt nach SHR 87.06 ff. Dazu gehen u.a. Aufwendungen für Heizung, soweit sie das übliche Maß übersteigen und unvermeidbar sind (SHR 87.08 Nr. 2. 4).

Verbleibt nach Abzug der besonderen Belastungen noch Einkommen über der Einkommensgrenze, richtet sich die Angemessenheit der Höhe des zumutbaren Eigenanteils nach den individuellen Familienverhältnissen der Bedarfsgemeinschaft (SHR 87.16ff.).

¹⁴ Nomos Lehr- und Praxiskommentar (LPK) zum SGB XII, Rn.15 zu § 85 SGB XII

SHR 87.16 ist so umzusetzen, dass für jede nach dieser Regelung berücksichtigungsfähige Person 10% des noch verbleibenden Einkommens frei gelassen wird.

90.2.5 Einkommen unter der Einkommensgrenze

§ 90 Abs. 2 Satz 3 SGB VIII sieht i.V.m. § 88 SGB XII die Möglichkeit des Einsatzes von Einkommen unter der Einkommensgrenze vor.

90.2.5.1 Kinderbetreuungskosten

Sowohl bei freiwilligen Zuwendungen von privater Seite (z.B. freiwillige Leistungen eines Arbeitgebers zur Kinderbetreuung) als auch bei Leistungen, die aufgrund öffentlich-rechtlicher Vorschriften (z.B. Kinderbetreuungskosten nach § 83 SGB III) gewährt werden, handelt es sich um zweckbestimmte Leistungen nach § 83 SGB XII.

§ 88 SGB XII ist weitergehend als § 83 SGB XII. Das bedeutet, dass der Einsatz derartiger Leistungen als Einkommen unter der Einkommensgrenze gefordert werden kann.

90.2.5.2 Häusliche Ersparnis

Eine weitere Möglichkeit des Einsatzes von Einkommen unter der Einkommensgrenze ist die Forderung der häuslichen Ersparnis nach § 92a SGB XII¹⁵. Der im maßgebenden Regelsatz enthaltene Anteil für Ernährung beträgt 37% v.H. (S. HR 92a.04).

Eltern können Aufwendungen für den häuslichen Lebensunterhalt ihrer Kinder ersparen (häusliche Ersparnis). Dies ist vor allem bei der Förderung von Kindern in Ganztageseinrichtungen oder in Kindertagespflege einer höheren Betreuungsstufe der Fall (wenn im Teilnahmebeitrag Verpflegungskosten enthalten sind oder das Kind bei der Tagespflegeperson gepflegt wird). Zum Ernährungsanteil in den Regelbedarfsstufen 1, 4 und 6 wird auf das Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz verwiesen (SHR 82.16 und 28.03). Sind in den monatlichen Aufwendungen keine Verpflegungskosten enthalten, z.B. weil die Verpflegungskosten von der Einrichtung mit den Eltern direkt abgerechnet werden, kann das Jugendamt von den Eltern keine häusliche Ersparnis mehr fordern.

Berechnungsbeispiel

Annahme: Inanspruchnahme eines Angebots nach § 90 Abs. 1 Nr. 3 SGB VIII, maßgeblicher Regelsatz der Regelbedarfsstufe 6

Ein Kind besucht einen Ganztageskindergarten oder befindet sich in Tagespflege und erhält dort auch das Mittagessen. Bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres gilt für ein Kind der Regelsatz aus der Regelbedarfsstufe 6 in Höhe von derzeit 245 Euro¹⁶. Der darin enthaltene Ernährungsanteil in Höhe von 37% beträgt 90,65 Euro, davon entfallen 2/5 d.h. mtl. 36,26 Euro auf das Mittagessen. Ausgehend von einer durchschnittlichen Betreuung von 20 Tagen im Monat beträgt die häusliche Ersparnis für das Mittagessen in diesem Beispiel 24,17 Euro (36,26 Euro geteilt durch 30 Tage x 20 Betreuungstag = 24,17 Euro), abgerundet 24,00 Euro im Monat.

Je nach Inanspruchnahme des Angebots nach § 90 Abs. 1 SGB VIII ist zur Ermittlung des Ernährungsanteils der Regelsatz der jeweils gültigen Regelbedarfsstufe zugrunde zu legen.

Kinder aus Familien, die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket¹⁷ in Anspruch nehmen, haben bei Teilnahme an einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung einen

¹⁵ Nachdem § 90 Abs. 2 Satz 3 SGB VIII direkt auf § 92a SGB XII verweist, ist diese Rechtsnorm über ihren Wortlaut hinaus auch auf Angebote der Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII anzuwenden.

¹⁶ Regelätze in der Sozialhilfe, Stand 1.1.2019

¹⁷ Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch, Verkündung im Bundesgesetzblatt vom 29.03.2011, S. 453ff.

vorrangigen Anspruch auf einen Zuschuss (§ 10 Abs. 3 Satz 2 SGB VIII i.V.m. § 28 Abs. 6 SGB II). Der Eigenanteil für die ersparten häuslichen Verbrauchsausgaben ist über das Starke Familiengesetz¹⁸ mit Wirkung ab 1.8.2019 weggefallen.

Bei beiden Rechtsgrundlagen (§ 88 und § 92a SGB XII) handelt sich um eine Ermessensentscheidung, die im Bescheid als solche zum Ausdruck gebracht werden sollte.

90.2.5.3 Festsetzen der Kostenbeiträge

Die errechneten Kostenbeiträge sind auf volle Euro abzurunden. Ein Einkommenseinsatz aus dem Ergebnis der Zumutbarkeitsprüfung unter 10 Euro wird nicht erhoben.

90.3 Pflicht zur Staffelung der Kostenbeiträge

Kostenbeiträge für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege nach den §§ 22 bis 24 SGB VIII sind zu staffeln. Dabei können insbesondere die in § 90 Abs. 3 Satz 2 SGB VIII genannten Kriterien (Einkommen der Eltern, Anzahl der kindergeldberechtigten Kinder in der Familie und die tägliche Betreuungszeit des Kindes) zugrunde gelegt werden. Die Aufzählung ist nicht abschließend; es können weitere Kriterien zur Staffelung miteinbezogen werden. Im Falle einer einkommensabhängigen Staffelung bleibt das Bundeskindergeld des Bundes unberücksichtigt.

90.4 Erlass / Übernahme bei Angeboten der Kindertagesbetreuung

Sind die gesetzlichen Voraussetzungen der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege nach den §§ 22 bis 24 SGB VIII erfüllt, erfolgt der Erlass / die Übernahme der Beiträge auf Antrag der/des Leistungsberechtigten. Der Erlass / die Übernahme der Beiträge kann auch für vor der Antragstellung liegende Zeiten verlangt werden¹⁹.

Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe hat die Leistungsberechtigten über die Möglichkeit einer Antragstellung zu beraten, wenn diese durch Kosten- oder Teilnahmebeiträge unzumutbar belastet sind.

90.4.1 Belastung durch Kosten- oder Teilnahmebeitrag

Nach § 90 Abs. 4 SGB VIII wird bei der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege nach §§ 22 bis 24 SGB VIII der Kosten- oder Teilnahmebeitrag erlassen oder übernommen, wenn dem Kind und seinen Eltern oder seinem Elternteil i.S.d. § 90 Abs. 2 Satz 2 SGB VIII die Belastung nicht zuzumuten ist.

Zur Feststellung der zumutbaren Belastung und zur Ermittlung des Einkommens wird auf die in § 90 Abs. 2 Satz 3 und 4 SGB VIII genannten Vorschriften sowie die Ausführungen unter Ziffer 90.2.1ff. verwiesen.

Die Höhe der Kostenbeteiligung ergibt sich aus dem Ergebnis der Zumutbarkeitsprüfung, d.h. der Erlass / die Übernahme ist ganz oder teilweise möglich²⁰.

¹⁸ Verkündung des Starke Familien Gesetz am 3.5.2019. Wegfall Eigenanteil BuT ab 1.8.2019

¹⁹ OVG Bremen, 2 A 288/10 vom 23.01.2013; OVG Sachsen-Anhalt, 3 L 339/11 vom 20.02.2013; OVG Lüneburg, 4 LC 45/12 vom 06.03.2014; Gutachten des Deutschen Vereins G 12/11 vom 16.08.2012. Anderslautende Rechtsprechung: OVG Weimar, 3 KO 411/14 vom 15.09.2016

²⁰ Siehe KVJS Rundschreiben Nr. Dez.4-14/2019 vom 24.06.2019 und Schreiben des BMFSFJ vom 04.04.2019

90.4.2 Keine Kostenbeteiligung

Den Eltern oder Kindern, die eine der in § 90 Abs. 4 Satz 2 SGB VIII genannten Leistungen beziehen, ist keine pauschalierte Kostenbeteiligung zuzumuten. Für diesen vom Gesetzgeber genannten Personenkreis hat der Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Belastung zu übernehmen. Eine Zumutbarkeitsprüfung (Einkommensgrenzenberechnung nach dem SGB XII) i.S.d. § 90 Abs. 2 Satz 3 SGB VIII entfällt.

Als Belastung i.S. dieser Vorschrift ist ein Kostenbeitrag für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege sowie ein Teilnahmebeitrag für das Angebot der Förderung in einer Kindertageseinrichtung i.S.d. §§ 22-24 SGB VIII zu verstehen.

90.5 Ergänzende / Erweiterte Hilfe

90.5.1 In Kindertageseinrichtungen

Um die Zumutbarkeitsprüfung nach § 90 Abs. 2 Satz 3 SGB VIII vornehmen zu können, sind die Einkommensverhältnisse nach Antragstellung zu prüfen. Je nach Ergebnis der Zumutbarkeitsprüfung wird der Teilnahmebeitrag entweder ganz oder teilweise (ergänzende Hilfe) vom Jugendhilfeträger übernommen. Die ermittelten Eigenanteile sind von den Eltern direkt an die Tageseinrichtung zu entrichten.

90.5.2 In Kindertagespflege

Für Leistungen der Förderung von Kindern in Kindertagespflege besteht seit Inkrafttreten des Kinderförderungsgesetzes die Vorleistungspflicht des öffentlichen Jugendhilfeträgers (erweiterte Hilfe). Die Tagespflegeperson hat nach § 23 Abs. 1 SGB VIII Anspruch auf Gewährung einer laufenden Geldleistung.

Kostenbeiträge, die für die Inanspruchnahme der Förderung von Kindertagespflege erhoben werden, sind zu staffeln. Die öffentlichen Jugendhilfeträger entscheiden im Rahmen ihrer kommunalen Gestaltungsfreiheit über Art und Höhe der gestaffelten Kostenbeiträge. Die Zumutbarkeitsprüfung nach § 90 Abs. 2 Satz 3 SGB VIII wird jedoch durchgeführt, wenn der Kostenbeitragspflichtige unter Darlegung seiner Einkommensverhältnisse geltend macht, dass er den gestaffelt festgesetzten Kostenbeitrag nicht zahlen kann.

Zweiter Abschnitt: Kostenbeiträge für stationäre und teilstationäre Leistungen sowie vorläufige Maßnahmen

§ 91 SGB VIII Anwendungsbereich

91 Allgemeines

Die Vorschriften zur Kostenbeteiligung nach §§ 91ff SGB VIII wurden mit dem Gesetz zur Verwaltungsvereinfachung in der Kinder- und Jugendhilfe (KJVVG)²¹ und der ersten Änderungsverordnung zur Kostenbeitragsverordnung²² aktualisiert.

§ 91 SGB VIII benennt u. a. den Kreis der kostenbeitragspflichtigen Leistungen und vorläufigen Maßnahmen. Eine Kostenbeitragspflicht besteht auch für voll- und teilstationäre Leistungen, die auf der Grundlage von § 27 SGB VIII (andere Hilfen zur Erziehung²³ siehe § 91 Abs. 1 Nr. 5d und Abs. 2 Nr. 2 SGB VIII) gewährt werden.

91.1 Vollstationäre Leistungen

§ 91 Abs.1 SGB VIII enthält den Katalog der vollstationären Leistungen (einschließlich der Inobhutnahme als vorläufige Maßnahme zum Schutz von Kindern und Jugendlichen²³) für die Kostenbeiträge erhoben werden.

91.2 Teilstationäre Leistungen

Die kostenbeitragspflichtigen teilstationären Leistungen sind in § 91 Abs. 2 Nr.1 4 SGB VIII aufgeführt.

91.3 Kosten für Unterhalt und Krankenhilfe

Unverändert gilt, dass sich die Kostenbeteiligung neben den Aufwendungen für pädagogische und therapeutische Leistungen auch auf die Kosten für den notwendigen Unterhalt und die Krankenhilfe nach § 40 SGB VIII der untergebrachten Personen erstreckt.

91.4 Keine Verwaltungskosten

Verwaltungskosten (Personal- und Sachkosten) bleiben außer Betracht.

91.5 Erweiterte Hilfe

Der Grundsatz der Vorleistungspflicht (erweiterte Hilfe) besagt, dass der öffentliche Jugendhilfeträger die anfallenden Kosten zunächst in vollem Umfang übernimmt, und zwar unabhängig der tatsächlichen Einkommens- und Vermögensverhältnisse der kostenbeitragspflichtigen Personen. Der Nachrang der Jugendhilfe (§ 10 Abs. 2 SGB VIII) wird durch die anschließende Heranziehung zum Kostenbeitrag wieder hergestellt.

²¹ Das KJVVG ist am 03.12.2013 in Kraft getreten

²² Die erste Verordnung zur Änderung der Kostenbeitragsverordnung ist am 04.12.2013 in Kraft getreten

²³ Andere Aufgabe der Jugendhilfe nach dem Dritten Kapitel des SGB VIII

§ 92 SGB VIII Ausgestaltung der Heranziehung

92 Allgemeines

§ 92 SGB VIII regelt die Ausgestaltung der Heranziehung zum Kostenbeitrag aus Einkommen und Vermögen.

92.1 Kostenbeitragspflichtige

§ 92 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 SGB VIII enthält die abschließende Aufzählung, welche kostenbeitragspflichtigen Personen zu den Kosten welcher Leistungen und vorläufiger Maßnahmen aus Einkommen heranzuziehen sind.

Bei teilstationären Hilfen wird nur der Elternteil zum Kostenbeitrag herangezogen, der mit dem jungen Menschen zusammen lebt (§ 92 Abs.1 Nr.5, 2. Halbsatz SGB VIII).

Kinder und Jugendliche sowie junge Volljährige haben sich nicht an den Kosten teilstationärer Leistungen zu beteiligen (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 SGB VIII bzw. § 91 Abs. 2 Nr. 4).

92.1.a Heranziehung aus Vermögen

Junge Volljährige und volljährige Leistungsberechtigte nach § 19 SGB VIII sind zusätzlich aus ihrem Vermögen heranzuziehen (§§ 90, 91 SGB VIII i.V. mit der Verordnung (VO) zur Durchführung des § 90 Abs. 2 Nr. 9 SGB VIII).

§ 90 Abs. 2 und 3 SGB VIII regeln abschließend, unter welchen Voraussetzungen eine Heranziehung aus Vermögen nicht möglich ist. Damit gilt auch für die Jugendhilfe die Vermögensschongrenze nach § 1 Abs. 1 b) der o.g. Verordnung unter Beachtung der jeweils gültigen Beträge (seit 01.04.2017 5.000 Euro zuzüglich 500 Euro für jede Person, die vom betreuten jungen Menschen überwiegend unterhalten wird).

Ausnahme: Vermögen aus angesparter OEG-Grundrente ist freizulassen²⁴.

92.2 Erhebung des Kostenbeitrags

92.2.1 Leistungsbescheid

Die Heranziehung zu den Kosten erfolgt durch Leistungsbescheid (§ 92 Abs. 2 SGB VIII). Als Verwaltungsakt unterliegt er der Kontrolle durch die Verwaltungsgerichte. Um einer solchen verwaltungsgerichtlichen Kontrolle Stand zu halten, muss der Bescheid den Anforderungen der §§ 31 ff SGB X (u.a. Bestimmtheit, Begründung, etc.) genügen. Der Kostenbeitragsbescheid ist nicht sofort vollstreckbar. Widerspruch und Klage haben gemäß § 80 Abs. 1 VwGO aufschiebende Wirkung²⁵. Trotz aufschiebender Wirkung ist beim Kostenbeitragsbescheid in Höhe von Kindergeld eine Erstattung nach § 74 Abs. 3 EStG möglich²⁶.

92.2.2 Getrennte Heranziehung der Eltern

Jeder Kostenbeitragspflichtige ist getrennt heranzuziehen, dies gilt auch dann, wenn die Eltern zusammen leben. Folglich erhält jeder Elternteil einen gesonderten Kostenbeitragsbescheid (keine gesamtschuldnerische Haftung).

²⁴ BVerwG 5 C 7.09, Urteil vom 27.05.2010

²⁵ Siehe Begründung zu den Änderungen der Ersten Verordnung zur Änderung der Kostenbeitragsverordnung, Drucksache 119/13 vom 07.02.2013 zu Artikel 1 Nr. 6 zur Änderung des § 7 der Kostenbeitragsverordnung

²⁶ Siehe Lehr- und Praxiskommentar Kunkel zum SGB VIII, 5. Auflage 2014, zu § 94 SGB VIII, Rd.Nr. 10

92.3 Mitteilung über die Leistungsgewährung

Eltern und Ehegatten bzw. Lebenspartnern des jungen Menschen ist die Gewährung der Leistung und Inobhutnahme²⁷ vor der Erhebung eines Kostenbeitrages mitzuteilen. Dabei sind sie über die Folgen für die bestehende Unterhaltspflicht gegenüber dem jungen Menschen aufzuklären. Die Aufklärungspflicht besteht grundsätzlich sowohl gegenüber dem bar- als auch dem naturalunterhaltspflichtigen Elternteil²⁸. Der Unterhaltsbedarf des jungen Menschen wird für die Dauer seiner vollstationären Unterbringung durch die Jugendhilfeleistungen gedeckt. Währenddessen ruht sein Unterhaltsanspruch gegen den Unterhaltspflichtigen bzw. reduziert sich auf Null Euro. Der Unterhaltspflichtige ist nur noch zur Leistung eines öffentlich-rechtlichen Kostenbeitrags verpflichtet, so dass der Nachrang der Jugendhilfe nach § 10 Abs. 2 SGB VIII wieder hergestellt wird.

Ist der Unterhaltsanspruch des untergebrachten jungen Menschen tituliert und könnte es zu einem Vollstreckungsverfahren gegen den nunmehr Kostenbeitragspflichtigen, kann dieser Klage auf Abänderung des Titels oder eine Vollstreckungsgegenklage erheben.

Bestehen keine tatsächlichen oder rechtlichen Hinderungsgründe für den öffentlichen Jugendhilfeträger²⁹, ist die Festsetzung eines Kostenbeitrags gegenüber einem bisher Barunterhaltspflichtigen für vergangene Zeiträume ohne vorherige Mitteilung nicht zulässig. Die Mitteilung und Aufklärung sollte daher unverzüglich erfolgen und entsprechend dokumentiert werden.

Die Mitteilung über die Kostenbeitragspflicht soll den Kostenbeitragspflichtigen vor Doppelbelastungen (gleichzeitige Zahlung von Unterhalt und Kostenbeitrag) schützen. Sie ist eine reine Information, d.h. kein Verwaltungsakt. Die Mitteilung kann formlos, also auch mündlich erfolgen. Eine förmliche Zustellung ist ratsam. Der Begriff der Rechtswahrungsanzeige sollte dabei wegen seiner zivilrechtlichen Bedeutung nicht verwendet werden.

Werden die Unterhaltszahlungen trotz vorheriger Mitteilung und Aufklärung sowie zwischenzeitlich erfolgter vollstationärer Unterbringung des jungen Menschen fortgesetzt, handelt es sich um zweckidentische Leistungen³⁰ des jungen Menschen.

92.4 Keine Schmälerung von Unterhaltsansprüchen

92.4.1 Unterhaltsansprüche vorrangig oder gleichrangig Berechtigter³¹

Diese dürfen durch die Festsetzung eines Kostenbeitrages aus Einkommen nach dem SGB VIII nicht geschmälert werden. Ein Anspruch auf Unterhalt besteht nur dann, wenn der vorrangig oder gleichrangig Berechtigte tatsächlich außerstande ist, sich selbst zu unterhalten³².

Eine Schmälerung der vorgenannten Unterhaltsansprüche ist nach Auffassung des Gesetzgebers bei korrekter Umsetzung der Vorschriften zur Kostenbeteiligung aufgrund der Kostenbeitragsverordnung mit Kostenbeitragstabelle in der Regel ausgeschlossen³³.

²⁷ OVG Lüneburg 4 LA 46/14 vom 08.12.2014 und BVerwG 5 C 21.14 vom 21.10.2015. Die Mitteilung und Aufklärung nach § 92 Abs. 3 Satz 2 SGB VIII findet auch bei Inobhutnahmen uneingeschränkt Anwendung.

²⁸ BVerwG Urteil 5 C 22.11 vom 11.10.2012

²⁹ Z.B. bei unbekanntem Aufenthalt des Kostenbeitragspflichtigen oder nicht festgestellter Vaterschaft.

³⁰ Siehe Ziffer 93.1.3ff

³¹ Zu den bürgerlich-rechtlichen Rangverhältnissen siehe Tabelle unter Ziffer 94.5.4.

³² Siehe Ziffer 94.5.4.1ff

³³ Siehe Gesetz zur Verwaltungsvereinfachung in der Kinder- und Jugendhilfe (KJVVG) vom 03.12.2013 und der ersten Änderungsverordnung zur Kostenbeitragsverordnung vom 04.12.2013

Macht der Kostenbeitragspflichtige dennoch eine Schmälerung geltend (z.B. im Anhörungs- oder Widerspruchsverfahren), bietet sich eine unterhaltsrechtliche Vergleichsberechnung an, um die Angemessenheit des festgesetzten Kostenbeitrages zu überprüfen³⁴.

92.4.2 Absehen von der Heranziehung der Eltern (siehe Ziffer 92.5.1)

Die unterschiedlichen Voraussetzungen für das Absehen von der Heranziehung sind in den Absätzen 4 und 5 geregelt und werden in Ziffer 92.5 zusammengefasst erläutert.

92.5 Absehen von der Heranziehung

§ 92 SGB VIII beschreibt die Ausgestaltung der Heranziehung aus Einkommen und Vermögen. Je nach Fallkonstellation und unter Berücksichtigung der Besonderheit des Einzelfalls besteht die Verpflichtung oder die Möglichkeit, von der Heranziehung zu einem Kostenbeitrag aus Einkommen und Vermögen ganz oder teilweise abzusehen.

Nach dieser Gesetzessystematik gilt das Absehen von der Heranziehung nach § 92 Abs. 5 SGB VIII nicht für den Kostenbeitrag in Höhe des Kindergeldes (§ 94 Abs. 3 SGB VIII) und nicht für den Einsatz zweckidentischer Leistungen (§ 93 Abs. 1 S. 3 SGB VIII).

92.5.1 Schwangerschaft / Kleinkindbetreuung

Von der Heranziehung der Eltern/-teile ist abzusehen, wenn das Kind, die Jugendliche oder die junge Volljährige / die Leistungsberechtigte nach § 19 SGB VIII schwanger ist oder der junge Mensch / die leistungsberechtigte Mutter oder Vater³⁵ nach § 19 SGB VIII ein leibliches Kind bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres betreut (§ 92 Abs. 4 Satz 2 SGB VIII).

92.5.2 Gefährdung von Ziel und Zweck der Leistung

Ob das Ziel und der Zweck einer Jugendhilfeleistung durch die Heranziehung gefährdet wird, bedarf einer eingehenden Prüfung des Sozialen Dienstes im Einzelfall. In solchen Fällen ist eine konstruktive Zusammenarbeit aller am Hilfeprozess Beteiligten zum Wohle des jungen Menschen gefragt.

Handelt es sich bei den Kostenbeitragspflichtigen um Eltern/-teile, könnten diese durch besonders ausführliche Beratung und Aufklärung oder sonstige Maßnahmen ihr bisheriges Verhalten (z.B. Verweigerung der Zustimmung zur Gewährung von Hilfe zur Erziehung oder die Herausnahme des Kindes aus einer Pflegestelle oder Einrichtung) bedenken und ggfs. ändern.

92.5.3 Besondere Härte

Eine "besondere Härte" liegt vor, wenn der errechnete Kostenbeitrag (objektiv) unzumutbar erscheint. Die Heranziehung stellt dann eine besondere Härte dar, wenn sie zu einem Ergebnis führt, das den Leitvorstellungen der §§ 91 ff SGB VIII nicht entspricht. Mit dieser Regelung soll atypischen Fallkonstellationen Rechnung getragen werden, die von der dort normierten Berechnungsweise nicht erfasst werden.

Bei der Prüfung, ob sich aus der Heranziehung eine "besondere Härte" ergeben könnte, ist zwischen den Interessen des Kostenbeitragspflichtigen einerseits und denen des öffentlichen Trägers der Jugendhilfe andererseits, hinsichtlich seiner Sorgfaltspflicht im Umgang mit öffentlichen Mitteln abzuwägen.

³⁴ Siehe Ziffer 94.5.4.3

³⁵ Siehe Artikel 1 Nr. 8 KJVVG; Erweiterung der Befreiung von der Kostenbeitragspflicht auf Elternteile von nach § 19 SGB VIII leistungsberechtigten jungen Vätern

Die Unterhaltsansprüche nachrangig Berechtigter können im Einzelfall im Rahmen einer Härtefallprüfung in angemessenem Umfang berücksichtigt werden, z.B. wenn Elternteile in einem gemeinsamen Haushalt zusammenleben, der allein- oder hauptverdienende Elternteil den nachrangig unterhaltsberechtigten Ehegatten unterhält, weil oder soweit sich dieser nachweislich nicht selbst unterhalten kann. Im Leistungsbescheid ist zum Ausdruck zu bringen, dass eine "Härtefallprüfung" stattgefunden hat.

92.5.4 Unverhältnismäßiger Verwaltungsaufwand

Der mit der Heranziehung verbundene Verwaltungsaufwand steht jedenfalls dann in keinem angemessenen Verhältnis zu dem zu leistenden Kostenbeitrag, wenn dieser einen Betrag von 10,00 Euro monatlich nicht übersteigt.

92.5.5 Sonderregelung zur Inobhutnahme

Bei der Inobhutnahme eines Kindes oder Jugendlichen nach § 42 SGB VIII, die nicht länger als 7 Tage andauert, ist von der Erhebung eines Kostenbeitrages abzusehen. Die Inobhutnahme nach § 42 SGB VIII stellt eine zeitlich befristete Krisenintervention dar und dient dazu, Kindern oder Jugendlichen in akuten Notlagen intensive sozialpädagogische Hilfestellungen zu geben, Ursachen der Probleme zu klären und Lösungsansätze zu entwickeln. Im Hinblick auf die oftmals vorliegenden innerfamiliären Spannungen und um die Ziele der Inobhutnahme nicht zusätzlich zu gefährden, sollte deshalb aus pädagogischen Gründen von der Heranziehung der Eltern zu den Kosten innerhalb des o.g. Zeitraumes abgesehen werden. Wird dieser Zeitraum überschritten, wird der Kostenbeitrag vom ersten Tag der Inobhutnahme an und nicht ab dem Ersten des auf den Beginn der Inobhutnahme folgenden Monats festgesetzt. Die Empfehlung unter Ziffer 94.1, den Kostenbeitrag ab dem Ersten des auf den Beginn der Leistung folgenden Monats festzusetzen, gilt nicht für die Inobhutnahme.

§ 93 SGB VIII Berechnung des Einkommens

93 Allgemeines

Mit dem Gesetz zur Verwaltungsvereinfachung in der Kinder- und Jugendhilfe (KJVVG)³⁶ hat der Gesetzgeber den Einkommensbegriff für die Heranziehung zu den Kosten nach § 91 ff SGB VIII abschließend definiert.

93.1 Bestandteile des Einkommens

93.1.1 Anrechenbares Einkommen

Grundsätzlich zählen alle Einkünfte in Geld oder Geldeswert zum Einkommen, sofern sie nicht in § 93 Abs. 1 SGB VIII ausdrücklich ausgenommen worden sind.

Bei der Ermittlung des Einkommens ist die Abgrenzung von Einkommen und Vermögen von wesentlicher Bedeutung, insbesondere die Klärung, ob Geld oder Geldeswerte dem Einkommen oder Vermögen zuzurechnen ist. Hierbei bietet sich die Anwendung der vom BVerwG u.a. für die Sozialhilfe entwickelten Zuflusstheorie an (vgl. SHR 82.01ff). Entscheidende Kriterien sind der Zeitpunkt des Zuflusses und der Bedarfszeitraum. Bei der Heranziehung aus Einkommen gilt zu beachten: Die Umwandlung eines vor dem Bedarfszeitraum angefallenen Erbes in Form von Sachvermögen (z.B. ein Haus) in Geldvermögen während des Bedarfszeitraums erlaubt nicht dessen Behandlung als Einkommen im Sinne des § 93 Abs. 1 SGB VIII³⁷.

93.1.1.1 Leistungen nach dem SGB II und SGB XII

In der Regel erbringt sich eine Kostenbeitragsberechnung aus Einkommen, wenn die Kostenbeitragspflichtigen in dem nach § 93 Abs. 4 SGB VIII zu berücksichtigenden Kalenderjahr ganzjährig laufende Leistungen zur Existenzsicherung beziehen und über keine weiteren nach § 93 Abs. 1 SGB VIII anrechenbaren Einkünfte verfügen.

Abwandlung 1:

Maßgebliches Einkommen nach § 93 Abs. 4 SGB VIII, wenn der Kostenbeitragspflichtige innerhalb eines Kalenderjahres sowohl Leistungen zur Existenzsicherung als auch anderes (Erwerbs)Einkommen bezogen hat:

1/12 der Summe aus Leistungen zur Sicherung des individuellen monatlichen Lebensbedarfs (Regelsatz plus Kosten der Unterkunft plus evtl. Mehrbedarfe) und aus anderem monatlich erzielten Einkommen³⁸.

Abwandlung 2:

Maßgebliches Einkommen nach § 93 Abs. 4 SGB VIII, wenn der Kostenbeitragspflichtige innerhalb eines Kalenderjahres über Einkommen verfügt, einer Bedarfsgemeinschaft nach dem SGB II / XII angehört und ergänzende Leistungen zur Existenzsicherung bezogen hat:

Mindestens der individuelle monatliche Lebensbedarf (Regelsatz plus anteilige Kosten der Unterkunft plus evtl. Mehrbedarfe) wird als Einkommen angerechnet. Übersteigt das Einkommen des Kostenbeitragspflichtigen seinen individuellen monatlichen Lebensbedarf, wird sein Einkommen unabhängig der nach dem SGB II / XII geregelten Verteilung auf die Bedarfsgemeinschaft in voller Höhe als Einkommen nach § 93 Abs. 1 S. 1 SGB VIII berücksichtigt. Sofern berücksichtigungsfähige Unterhaltsberechtigte in der Bedarfsgemeinschaft leben, reduziert sich ein evtl. zu leistender Kostenbeitrag über das Berücksichtigungsgebot. Dauert der Bezug von Leistungen nach dem SGB II über ein Kalenderjahr an, kann das Jobcenter den Kostenbeitrag lt. einer Dienstanweisung der Bundesagentur für Arbeit in analoger Anwendung des § 11b Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 als nicht bereite Mittel vom Einkommen des Hilfebedürftigen abziehen.

³⁶ KJVVG in Kraft getreten am 03.12.2013

³⁷ VG Aachen 2 K 80/11 vom 27.09.2013

³⁸ DIJUF Gutachten JuAmt 09/2013 S. 456

Unabhängig der jeweiligen Fallkonstellationen ist die Heranziehung zu einem Kostenbeitrag aus Kindergeld zu prüfen³⁹.

93.1.1.2 Einkünfte aus Vermögen (z.B. Zinsen aus Geldanlagen)

Die in dem für die Kostenbeitragsberechnung maßgeblichen Kalenderjahr einmalig erzielten Einnahmen werden dem Gesamteinkommen dieses Kalenderjahres hinzugerechnet und die Gesamtsumme anschließend durch 12 Monate geteilt.

93.1.1.3 Vermögenswirksame Leistungen

Arbeitsrechtlich sind vermögenswirksame Leistungen Bestandteil des Lohn- oder Gehalts. Sie gehören zu den steuerpflichtigen Einnahmen aus nichtselbstständiger Arbeit und sind Einkommen, Verdienst oder Arbeitsentgelt im Sinne der Sozialversicherung und des SGB III. Als freiwillige Sozialleistungen des Arbeitgebers stellen sie eine Sonderform der Arbeitsvergütung dar⁴⁰.

93.1.1.4 Kinderzuschlag nach § 6a Bundeskindergeldgesetz (BKGG)

Kinderzuschlag ist Einkommen nach § 93 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII. Eine Anrechnung kommt nur bei teilstationären Leistungen in Betracht und bezieht sich nur auf den Kinderzuschlag für das teilstationär betreute Kind; evtl. Kinderzuschläge für Geschwisterkinder bleiben unberücksichtigt.

93.1.1.5 Eigenheimzulage

Soweit noch Eigenheimzulage nach dem Eigenheimzulagengesetz bezogen wird, wird sie im Gegensatz zur Regelung in § 90 Abs. 2 S. 4 SGB VIII als Einkommen berücksichtigt.

93.1.1.6 Erziehungsrente nach § 47 SGB VI

Es handelt sich um eine besondere Rentenart für Alleinerziehende, deren Ex-Ehegatte nach der Scheidung verstorben ist, sodass die Unterhaltszahlungen für die minderjährigen Kinder ausbleiben.

93.1.1.7 Elterngeld⁴¹ und Betreuungsgeld⁴²

Grundsätzlich handelt es sich um Einkommen nach § 93 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII. Im BEEG ist geregelt, welche Beträge nicht als Einkommen zu berücksichtigen sind.

Nach § 10 Abs. 6 BEEG⁴³ bleiben die sich aus § 10 Abs. 1 bis 4 BEEG ergebenden Beträge bei der Einkommensermittlung nach § 93 SGB VIII anrechnungsfrei, soweit für eine Sozialleistung ein Kostenbeitrag erhoben werden kann, der einkommensabhängig ist.

Daher bleibt Elterngeld bis zu einer Höhe von insgesamt 300 Euro anrechnungsfrei, bei Mehrlingsgeburten vervielfachen sich die anrechnungsfreien Beträge um die Anzahl der geborenen Kinder (§ 10 Abs. 4 BEEG).

In § 10 Abs. 1 und 2 BEEG wurde das Betreuungsgeld mitaufgenommen, sodass die Schutzvorschrift des § 10 Abs. 6 BEEG ebenfalls Anwendung findet und Leistungen bis zu

³⁹ Siehe Ziffer 94.3ff und Ziffer 94.5.7

⁴⁰ Anders bei der pauschalierten Kostenbeteiligung nach § 90 SGB VIII und Ermittlung des Einkommens nach § 82ff SGB XII (siehe Ziffer 90.2.1 und SHR 82.12).

⁴¹ Siehe Bundeselterngeldgesetz (BEEG)

⁴² Betreuungsgeldgesetz vom 01.08.2013

⁴³ Gesetz zur Vereinfachung des Elterngeldvollzugs vom 18.09.2012, siehe Anfügung des neuen Abs. 6 im § 10 BEEG

300 Euro nicht als Einkommen berücksichtigt werden. Das monatliche Betreuungsgeld bleibt grundsätzlich bei der Einkommensermittlung nach § 93 SGB VIII anrechnungsfrei.

Bei gleichzeitigem Bezug von Elterngeld und / oder Betreuungsgeld für mehrere Kinder werden die einzelnen Leistungen addiert. Insgesamt bleiben 300 Euro anrechnungsfrei (ausgenommen bei Mehrlingsgeburten, der anrechnungsfreie Betrag wird in einem solchen Fall nach § 10 Abs. 4 BEEG ermittelt).

Bsp.: Familie mit zwei Kindern, für Kind 1 wird Elterngeld in Höhe von 1.200 Euro, für Kind 2 Betreuungsgeld in Höhe von 150 Euro = 1.350 Euro bezogen. Anrechenbares Einkommen: 1.350 Euro abzgl. 300 Euro = 1.050 Euro.

93.1.1.8 Gründungszuschuss nach dem SGB III (Arbeitsförderung)

Der Gründungszuschuss nach § 57 SGB III dient der Förderung der Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit. Der Gründungszuschuss anstelle von Arbeitslosengeld I gilt als Einkommen nach § 93 SGB VIII.

93.1.1.9 Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFG)

Vor der Erhebung von Kostenbeiträgen nach § 91 ff SGB VIII ist zu unterscheiden, welche kostenbeitragspflichtige Person aus BAFG-Leistungen herangezogen wird.

BAFG-Leistungen dienen sowohl der Sicherung des Lebensunterhalts als auch der Deckung von Ausbildungskosten. Der für die Ausbildungskosten bestimmte Anteil wird pauschal mit 20% der bewilligten BAFG-Leistungen bewertet und gilt als zweckbestimmte Leistung i.S. von § 93 Abs. 1 Satz 4 SGB VIII.

Bei der Einkommensermittlung nach § 93 SGB VIII bleibt dieser Ausbildungskostenanteil anrechnungsfrei, sodass nur 80% der BAFG-Leistung als Einkommen zu berücksichtigen ist⁴⁴.

Es ist zu differenzieren zwischen:

a) Kostenbeteiligung der Elternteile, des Ehegatten oder Lebenspartner des jungen Menschen:

80% der BAFG-Leistung wird als Einkommen nach § 93 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII angerechnet, unabhängig davon, ob die Förderung einen Darlehensanteil enthält.

Werden Leistungen der Unterhaltsförderung bei Vollzeitmaßnahmen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) gewährt (Meister-BAFG), findet die für das BAFG beschriebene Verfahrensweise analog Anwendung.

b) Kostenbeteiligung des jungen Menschen:

Ist der junge Mensch auf Kosten der Jugendhilfe vollstationär untergebracht und trägt der Jugendhilfeträger die Ausbildungskosten in vollem Umfang, so ist die BAFG-Leistung in voller Höhe (zu 100%) als zweckidentische Leistung nach § 93 Abs. 1 Satz 3 SGB VIII einzusetzen⁴⁵. Da Schüler-BAFG in der Regel als Vollzuschuss geleistet wird, erbringt sich eine Differenzierung in Darlehensanteil und Zuschuss.

93.1.1.10 Mutterschaftsgeld

Es handelt sich um eine steuerfreie Lohnersatzleistung, die sich aus einem Teilbetrag der Krankenkasse und einem Arbeitgeber-Zuschuss zusammensetzt. Im Ergebnis erhält die Frau in ihrer arbeitsfreien Mutterschutzzeit ein gleichhohes Einkommen wie vor der Geburt.

93.1.1.11 Einmalige Einnahmen werden dem Gesamteinkommen des jeweiligen Kalenderjahres hinzugerechnet; anschließend wird die Gesamtsumme aller berücksichtigungsfähigen Einkünfte durch 12 Monate geteilt.

⁴⁴ BSG Urteil v. 17.3.2009, B 14 AS 63/07; Bundesverfassungsgericht 1 BvR 2556/09 v. 07.07.2010; DIJuF Rechtsgutachten v. 13.09.2010, JAmt Heft 11/2010, S. 487.

⁴⁵ Siehe Ziffer 93.1.3 Heranziehung zweckidentischer Leistungen

93.1.2 Anrechnungsfreies Einkommen

93.1.2.1 Grundrenten nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und den hierzu entsprechenden Nebengesetzen (z.B. Opferentschädigungsgesetz ⁴⁶ OEG; Infektionsschutzgesetz - IFSG, Soldatenversorgungsgesetz - SVG, Zivildienstgesetz ⁴⁷ ZDG)

93.1.2.2 Renten und Beihilfen nach Bundesentschädigungsgesetz (z.B. Entschädigung nationalsozialistischer Opfer)

93.1.2.3 Schmerzensgeld nach § 253 Abs. 2 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

Ist wegen einer Verletzung des Körpers, der Gesundheit, der Freiheit oder der sexuellen Selbstbestimmung ein immaterieller Schaden entstanden und wird hierfür eine Entschädigung in Geld geleistet, erfolgt keine Berücksichtigung als Einkommen nach § 93 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII.

93.1.3 Zweckidentische Leistungen

Wirtschaftliche Jugendhilfe wird als Annex zu pädagogischen Leistungen gewährt. Sie umfasst die Sicherstellung des notwendigen Lebensunterhalts des jungen Menschen außerhalb des Elternhauses einschließlich der Kosten der Erziehung (§ 39 Abs. 1 SGB VIII). Andere Geldleistungen, die dem gleichen Zweck dienen, zählen nicht zum Einkommen, sondern werden davon unabhängig bzw. zusätzlich zum Kostenbeitrag herangezogen. Zweckidentität besteht, wenn beide Leistungen der Deckung desselben Bedarfs dienen. Hierzu gehören Unterhaltszahlungen, Halb- und Vollwaisenrente, (mit Ausnahme von Hinterbliebenen- und Beschäftigtengrundrenten nach dem BVG und den hierzu entsprechenden Nebengesetzen, z.B. nach dem Opferentschädigungsgesetz OEG ⁴⁶), Ausgleichsrenten nach dem BVG⁴⁷, Waisengeld für Hinterbliebene nach dem Beamtenversorgungsgesetz, Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) und Ausbildungsgeld⁴⁸ nach SGB III, BAfG ⁴⁹ und vergleichbare Leistungen. Zweckidentische Leistungen sind demjenigen zuzuordnen, für den sie bestimmt sind. Ihr Einsatz sollte ab dem Ersten des auf den Jugendhilfebeginn folgenden Monats erfolgen.

Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)⁵⁰ werden nicht mehr gewährt, wenn Mutter und Kind im Rahmen der Jugendhilfe gemeinsam untergebracht sind

93.1.3.1 Einsatz bei vollstationären Leistungen

Bei vollstationären Leistungen sind die zweckidentischen Leistungen in vollem Umfang einzusetzen, da der Unterhalt des jungen Menschen bei dieser Betreuungsform vom Jugendamt mit abgedeckt wird. Damit soll eine Doppelleistung durch öffentliche Mittel für denselben Zweck vermieden werden.

93.1.3.2 Kein Einsatz bei teilstationären Leistungen

Die Frage nach dem Einsatz von zweckidentischen Leistungen stellt sich bei einer teilstationären Betreuung nicht, weil das Jugendamt den Lebensunterhalt des jungen Menschen nicht vollständig sicherstellt. Es fehlt daher an der Zweckidentität i.S. des § 93 Abs. 1 Satz 3 SGB VIII.

⁴⁶ BMAS Schreiben vom 15.12.2011: keine Zweckidentität von OEG-Beschäftigten u. Hinterbliebenengrundrenten mit Unterhaltsleistungen nach § 39 SGB VIII (entgegen der Annahme des VG Saarlouis 11 K 471/08 vom 31.03.2010).

⁴⁷ BMAS Rundschreiben v. 08.10.2012 u. Verfügung des R P Stuttgart, Landesversorgungsamt vom 07.11.2012

⁴⁸ VGH Bayern 12 C 10.1472 vom 27.06.2011, OVG Lüneburg, 4 PA 250/08 v. 28.07.2009

⁴⁹ Siehe Ausführungen zum BAfG unter Ziffer 93.1.1.1

⁵⁰ Erlass des Ministeriums für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg vom 04.07.2006

Diese zweckidentischen Mittel (z.B. Unterhaltszahlungen oder Halbwaisenrente) werden vom jungen Menschen zur Deckung seines eigenen Lebensbedarfs benötigt.

93.1.4 Zweckbestimmte Leistungen und Kindergeld

Nach § 93 Abs. 1 Satz 4 SGB VIII zählen Leistungen, die aufgrund öffentlich-rechtlicher Vorschriften zu einem ausdrücklich genannten Zweck erbracht werden, nicht zum Einkommen. Sie dienen einem anderen Zweck als die wirtschaftliche Jugendhilfe und bleiben bei der Ermittlung des Einkommens nach § 93 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII unberücksichtigt. Es reicht aus, wenn sich der Zweck für eine bestimmte Leistung aus den Anspruchsvoraussetzungen der öffentlich-rechtlichen Vorschrift ergibt. Eine wörtliche Benennung des Zwecks, für den die Leistung erbracht wird, ist nicht zwingend erforderlich. Wohngeld ist z.B. kein Einkommen in diesem Sinne, da es zweckbestimmt einen Teil des Bedarfs für das Wohnen abdecken soll.⁵¹

Es bietet sich eine Orientierung am Leistungskatalog der SHR 83.01 an, da die Regelung des § 93 Abs. 1 Satz 4 SGB VIII inhaltlich dem § 83 SGB XII nachgebildet wurde.

Eine direkte Umsetzung auf die Jugendhilfe ist jedoch nur bedingt möglich. Zum einen hat der Gesetzgeber einen eigenen Einkommensbegriff nach § 93 SGB VIII geschaffen, zum anderen gilt die Besonderheit des Einzelfalls unter Beachtung der Zielsetzungen des SGB VIII, die sich von der Sozialhilfe unterscheidet.

Kindergeld für das untergebrachte Kind und für dessen Geschwister⁵² ist ebenfalls kein Einkommen des kindergeldberechtigten Elternteils im Sinne des § 93 SGB VIII. Eine einkommenserhöhende Hinzurechnung von Kindergeld ist daher nicht zulässig⁵³. Der kindergeldberechtigte Elternteil hat das Kindergeld für das untergebrachte Kind jedoch als Kostenbeitrag einzusetzen; ggf. neben einem aus Einkommen ermittelten Kostenbeitrag⁵⁴.

93.2 Absetzungen

Zunächst wird das (Brutto)Einkommen um die tatsächlich auf dieses Einkommen gezahlten gesetzlichen Abzüge wie Steuern und Sozialversicherungsbeiträge bereinigt, die im jeweils zugrunde zu legende Kalenderjahr angefallen sind (i.d.R. in dem der Leistung / Maßnahme vorangegangenen Kalenderjahr).

Werden Beiträge zur Absicherung der in § 93 Abs. 2 Nr. 3 SGB VIII genannten Risiken (Alter, Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Arbeitslosigkeit) geltend gemacht und sind diese Risiken nicht mehr ausreichend durch staatliche Vorsorgeleistungen abgedeckt, sind anerkenntnisfähige Aufwendungen von dem ermittelten (Netto)Einkommen abzusetzen. Dabei richtet sich die Beurteilung der Angemessenheit grundsätzlich nach den individuellen Lebensverhältnissen der Antragsteller (siehe Anhang S. 24). Für die Absetzung dieser sonstigen Versicherungsbeiträge nach § 93 Abs. 2 Nr. 3 SGB VIII wird kein zwingender Bezug zu dem der Leistung oder Maßnahme vorangegangenen Kalenderjahr gesehen. Vielmehr kann es für den Kostenbeitragspflichtigen günstiger sein, wenn seine aktuellen Beitragsbelastungen berücksichtigt werden.

Insbesondere die Altersvorsorge gewinnt immer mehr an Bedeutung. Dazu gehört u.a. die Bruttoentgeltumwandlung. Ein Teil des Bruttoarbeitslohns wird aufgrund einer Vereinbarung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber in eine betriebliche Altersversorgung umgewandelt. Bei derartigen Beiträgen handelt es sich um Einkommen i. S. des § 93 SGB XII, welches in angemessener Höhe anrechnungsfrei bleiben muss. Als Orientierungshilfe zur Beurteilung der Angemessenheit bieten sich u.a. zwei Anhaltspunkte aus der Rechtsprechung⁵⁵ an. Dies ist zum einen der Mindestbeitrag für die gesetzlich e Rentenversicherung, zum anderen die

⁵¹ BayVGh, 12. Senat v. 24.06.2010 MZ B 09.2527, Fam RZ 2011, Heft 4 S. 331. Zur Zweckbestimmung siehe § 1 WoGG.

⁵² BVerwG 5 C 10.10 vom 12.05.2011

⁵³ Seit Inkrafttreten des KJVG ab 03.12.2013

⁵⁴ Siehe Ziffer 94.3ff

⁵⁵ BSG B 4 AS 7/10 vom 09.11.2010

steuerrechtliche Regelung nach § 3 Nr. 63 EStG, wonach der Höchstbetrag zum Aufbau einer betrieblichen Altersversorgung bei 8% der Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung liegt. Am Beispiel des Jahres 2019 ergibt sich daraus eine Angemessenheitsspanne zwischen monatlich 83,70 Euro (18,6% aus 450 Euro⁵⁶) und monatlich 536 Euro (8% aus 6.700 Euro).

Die Direktversicherung ist ebenfalls ein Modell der betrieblichen Altersversorgung. Ein Teil des Bruttogehalts wird in Beiträge für eine Kapitallebens- oder Rentenversicherung umgewandelt. Kapitalbildende Versicherungen werden nicht anerkannt. Zur Beurteilung der Angemessenheit einer zusätzlichen Rentenversicherung kann die vorgenannte Angemessenheitsspanne ebenfalls zugrunde gelegt werden.

93.3 Belastungen

Außer den in § 93 Abs. 2 SGB VIII genannten Absetzungen kommen nach § 93 Abs. 3 SGB VIII weitere Belastungen (Versicherungen, Werbungskosten, Schuldverpflichtungen) in Betracht, die vom Einkommen abzuziehen sind. Zu beachten ist, dass die in den Nummern 1-3 genannte Aufzählung nicht abschließend ist (insbesondere).

Im Gegensatz zur Einkommensermittlung nach § 93 Abs. 4 Satz 1 SGB VIII gibt es bei der Berücksichtigung von Belastungen keinen gesetzlich vorgeschriebenen Bezug zu dem der Leistung oder der Maßnahme vorangegangenen Kalenderjahr, sodass aktuell bestehende Verpflichtungen relevant sind. Lediglich im Falle einer Rückabwicklung der Kostenbeitragsfestsetzung nach § 93 Abs. 4 Satz 2 und 3 SGB VIII macht es Sinn, dem nachträglich zu ersetzenden Einkommen die jeweils zeitgleich dazugehörigen Belastungen gegenüberzustellen.

93.3.1 Pauschaler Freibetrag

Der Abzug der in § 93 Abs. 3 SGB VIII aufgeführten Belastungen erfolgt im Regelfall durch eine pauschale Kürzung des nach § 93 Abs. 1 und 2 errechneten Einkommens um 25%. Dies gilt auch dann, wenn z.B. in bereits laufenden Fällen bekannt ist, dass solche Belastungen tatsächlich nur in geringerer Höhe bestehen. Die pauschale Absetzung nach § 93 Abs. 3 SGB VIII kommt für junge Menschen und Leistungsberechtigte nach § 19 SGB VIII mit eigenem Einkommen nach § 94 Abs. 6 SGB VIII nicht zur Anwendung.

Die Entscheidung über die Anerkennung von Belastungen nach § 93 Abs. 3 Nr. 1 (Versicherungsbeiträge etc.) und Nr. 3 SGB VIII (Schuldverpflichtungen) kann über eine Härtefallentscheidung nach § 92 Abs. 5 SGB VIII erfolgen.

93.3.2 Nachgewiesene höhere Belastungen

Weist der Kostenbeitragspflichtige nach, dass seine Aufwendungen höher sind als der 25%-Freibetrag, können (Ermessensentscheidung) seine tatsächlichen Belastungen berücksichtigt werden, wenn sie nach Grund und Höhe angemessen sind und die Grundzüge einer wirtschaftlichen Lebensführung nicht verletzen.

Beispiele für individuell nachgewiesene Belastungen, die anerkannt werden können:

Versicherungsbeiträge nach § 93 Abs. 3 Nr. 1 SGB VIII:

Berücksichtigungsfähig	Nicht berücksichtigungsfähig
<ul style="list-style-type: none"> - Private Haftpflichtversicherung - Hausratversicherung - Unfallversicherung ohne Kapitalbildung - Risikolebensversicherung - Versicherungen gegen Berufsunfähigkeit 	<ul style="list-style-type: none"> - Rechtsschutzversicherung - Kapitallebensversicherung - weitere Kapital bildende Versicherungen - Ausbildungsversicherung für Kinder - Sterbegeldversicherung

⁵⁶ Mindestbemessungsgrundlage für die freiwillige Rentenversicherung

Werbungskosten nach § 93 Abs. 3 Nr. 2 SGB VIII können berücksichtigungsfähig sein:

- Fahrtkosten zur Arbeit⁵⁷,
- Beiträge zu Berufsverbänden, Gewerkschaften
- Kosten für Kinderbetreuung während der Arbeitszeit
- ggf. Kosten für Arbeitskleidung, wenn spezielle Arbeitskleidung benötigt und vom Arbeitgeber nicht ersetzt wird.

Schuldverpflichtungen nach § 93 Abs. 3 Nr. 3 SGB VIII:

Berücksichtigungsfähig	Nicht berücksichtigungsfähig
<ul style="list-style-type: none"> - Schuldverpflichtungen, die vor Beginn der Hilfe eingegangen wurden, sofern der Zweck des Kredits nachvollziehbar ist und die Kreditaufnahme nicht unwirtschaftlich war, - Schulden für den Kauf eines PKW, wenn dieser für Fahrten zur Arbeit notwendig ist und die Anschaffungskosten noch nicht über die Fahrtkostenberechnung nach SdL Ziffer 10.2.2 abgegolten sind, - Schulden zum Kauf von Einrichtungsgegenständen - BAFG-Rückzahlungen - Angemessene Schuldverpflichtungen (Zins und Tilgung) für selbstgenutztes Wohneigentum nach Abzug des ermittelten Wohnwertes⁵⁸ 	<ul style="list-style-type: none"> - Schuldverpflichtungen zur Finanzierung von Luxus (Reisen, unangemessene Wohnungseinrichtung), - Schulden zur Finanzierung von Sucht (Spielschulden, Drogen), - Schulden aus unwirtschaftlichem Verhalten - Schulden, die aufgrund eines Darlehens im Zusammenhang mit der Gewährung von Jugendhilfe entstanden sind.

Ergänzend wird auf die entsprechenden Ausführungen in den Sozialhilferichtlinien Baden-Württemberg verwiesen, die als Orientierungshilfe zugrunde gelegt werden können.

Anhang

Beurteilungskriterien zur Angemessenheit nach § 93 Abs. 2 und 3 SGB VIII

Die Behörde hat die Unbestimmtheit dieses Rechtsbegriffs unter Bewertung aller Umstände des Einzelfalls zu konkretisieren und im Rahmen ihres Beurteilungsspielraumes richtig auszulegen. Dabei ist die individuelle Lebenssituation des Kostenbeitragspflichtigen unter Berücksichtigung seiner persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu berücksichtigen. Nach Grund und Höhe angemessen gelten i.d.R. Beiträge für freiwillige Versicherungen, die mit den gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträgen vergleichbar sind (z.B. für Personen, die von der gesetzlichen Sozialversicherungspflicht befreit sind oder selbstständig sind). Unangemessen erscheinen überzogene Vorsorgeaufwendungen, die über das durchschnittliche Sicherheitsbedürfnis eines Bürgers hinausgehen. So sollte der Abschluss solcher Versicherungen nicht zu erheblichen finanziellen Einschränkungen des familiären Haushalts führen und die Familie über ein regelmäßiges Einkommen verfügen, um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können.

Auch der Zeitpunkt der Vertragsabschlüsse kann ein Beurteilungskriterium sein; war z.B. die Unterbringung des Kindes bereits absehbar, kann die Angemessenheit entfallen.

⁵⁷ Die Berechnung in Anlehnung an § 82 SGB XII und der VO zu § 82 SGB XII wurde aufgegeben, weil die dortige Entfernungsbegrenzung nicht mehr zeitgemäß ist. Es wird eine Anlehnung an Ziffer 10.2.2 SdL empfohlen.

⁵⁸ Siehe DIJuF-Rechtsgutachten vom 26.11.2010, J 8 310 Sch, JAmt Heft 03/2011 sowie Anlage 5 der Empfehlungen

Zu den berücksichtigungsfähigen Versicherungsarten kommen Beiträge zur Alterssicherung (z.B. Riester-Leistungen), Lebensversicherungen (mit der Einschränkung, dass ihre Verwertung vor dem Eintritt in den Ruhestand vertraglich ausgeschlossen ist), freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Kranken- (z.B. Zusatzversicherung für Zahnersatz), Pflege- und Rentenversicherung (z.B. betriebliche Altersversorgung) in Betracht. Überschreiten die Beiträge die Höhe des üblichen (z.B. bei der Riester Rente die Höhe der Mindesteinlage) sollte sich dies aus der Besonderheit des Einzelfalls begründen.

Grundsätzlich nicht berücksichtigungsfähig sind Versicherungsbeiträge, die der reinen Vermögensbildung dienen.

93.4 Einkommensermittlung

Die nachfolgenden Ausführungen gelten für alle Kostenbeitragspflichtigen mit Ausnahme des jungen Menschen (siehe § 94 Abs. 6 SGB VIII)⁵⁹.

93.4.1 Maßgebliches Einkommen und Erfassungszeitraum

Grundsätzlich maßgeblich ist das durchschnittliche Monatseinkommen, ermittelt aus der Summe aller Einkünfte im Sinne des § 93 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII, die der kostenbeitragspflichtigen Person innerhalb eines Kalenderjahres regelmäßig oder einmalig zugeflossen sind (1/12 der jährlichen Gesamteinkünfte nach § 93 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII). Dabei ist als Erfassungszeitraum das Kalenderjahr zugrunde zu legen, welches dem jeweiligen Kalenderjahr der Leistung oder der Maßnahme vorangeht.

Bsp. Leistungsbeginn 01.04.2017; kostenbeitragsrelevant ist das durchschnittliche Monatseinkommen, welches in der Zeit vom 01.01.2016 bis 31.12.2016 (im Kalenderjahr 2016) erzielt wurde. Dauert der Leistungszeitraum über den 01.01.2018 hinaus an, sind für das Leistungsjahr 2018 die Einkünfte aus dem Kalenderjahr 2017 relevant.

Damit will der Gesetzgeber eine jährliche Aktualisierung des Kostenbeitrages sicherstellen.

93.4.2 Nachträgliche Neuberechnung des maßgeblichen Einkommens auf Antrag

Auf Antrag des Kostenbeitragspflichtigen ist vom Grundsatz der Einkommensermittlung nach § 93 Abs. 4 Satz 1 SGB VIII abzuweichen. Dabei ist das maßgebliche Einkommen nachträglich durch das durchschnittliche Monatseinkommen zu ersetzen, welches der/die Kostenbeitragspflichtige in dem jeweiligen Kalenderjahr der Leistung oder der Maßnahme erzielt hat.

Bsp. Leistungsbeginn 01.04.2017, nachträglich zugrunde zu legen ist das durchschnittliche Monatseinkommen aus dem Kalenderjahr 2017 (vom 01.01.2017 bis 31.12.2017). Evtl. zu viel geleistete Kostenbeiträge sind zu erstatten / evtl. höhere Kostenbeiträge nachzufordern.

93.4.3 Frist zur Antragstellung

Der Antrag für die nachträgliche Neuberechnung kann innerhalb eines Jahres nach Ablauf des Kalenderjahres der jeweiligen Leistung oder der jeweiligen Maßnahme gestellt werden.

Bsp. Leistungsbeginn 01.04.2017, Ablauf des Kalenderjahres der Leistung: 31.12.2017, Ablauf der Frist zur Antragstellung: 31.12.2018.

93.4.4 Vorläufige Einkommensermittlung im Härtefall

Eine weitere Abweichung vom Grundsatz der Einkommensermittlung ist in besonderen Härtefällen möglich. Ergibt die Heranziehung zu einem Kostenbeitrag auf der Grundlage des nach § 93 Abs. 4 Satz 1 SGB VIII ermittelten maßgeblichen Einkommens in einem bestimmten, vom Kostenbeitragspflichtigen glaubhaft gemachten Zeitraum eine besondere

⁵⁹ Siehe Ziffer 94.6.1

Höhe, wird vorläufig von dem in diesem bestimmten Zeitraum erzielten durchschnittlichen Monatseinkommen ausgegangen.

Bsp. Leistungsbeginn 01.04.2017, der aktuell zu leistende Kostenbeitrag basiert auf dem durchschnittlichen Monatseinkommen des Kalenderjahres 2016. In der Zeit vom 01.07.2017 bis 30.11.2017 verdient der Kostenbeitragspflichtige erheblich weniger. Für den Erlass eines vorläufigen Kostenbeitragsbescheides ist zunächst das in der Zeit vom 01.07.2017 bis 30.11.2017 erzielte durchschnittliche Monatseinkommen maßgeblich. Nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die besondere Höhe glaubhaft gemacht wurde (hier 2017), ist der endgültige Kostenbeitrag ab 01.07.2017 festzusetzen. Dieser endgültige Kostenbeitrag basiert auf dem durchschnittlichen Monatseinkommen, welches im Kalenderjahr 2017 (vom 01.01.2017 bis 31.12.2017) erzielt wurde.

§ 94 SGB VIII Umfang der Heranziehung

94 Allgemeines

§ 94 SGB VIII regelt den Umfang der Heranziehung der Kostenbeitragspflichtigen.

94.1 Angemessener Kostenbeitrag

Grundlegendes Kriterium des Kostenbeitrags soll seine Angemessenheit⁶⁰ sein. Zur Umsetzung dieses unbestimmten Rechtsbegriffs sind folgende Regelungen zu beachten:

- die Vorschriften des § 93 SGB VIII (Einkommen),
- die Bestimmungen des § 94 SGB VIII (v.a. der Kostenbeitragsverordnung nach § 94 Abs. 5 SGB VIII),
- das Unterhaltsrecht nach BGB (z.B. Berücksichtigung weiterer Unterhaltspflichten, Wahrung des Selbsthalts⁶⁰),
- die Heranziehung aus Vermögen (§§ 90, 91 SGB XII) bei jungen Volljährigen und volljährigen Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VI II.

Der errechnete Kostenbeitrag ist auf volle Euro abzurunden. Die Festsetzung des Kostenbeitrags erfolgt ab dem Ersten des auf den Beginn der Leistung folgenden Monats. Wechselt die Hilfeart, z.B. von teil- zur vollstationären Leistung ist der jeweilige Kostenbeitrag taggenau zu berechnen.

Bei vorläufigen Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen nach § 42 SGB VIII gilt die unter Ziffer 92.5.5. beschriebene Sonderregelung. Dauert die Inobhutnahme länger als 7 Tage an, wird der Kostenbeitrag ab dem ersten Tag der Inobhutnahme festgesetzt.

94.1.1 Heranziehung aus Einkommen

Die angemessene Heranziehung der Kostenbeitragspflichtigen erfolgt grundsätzlich nur aus dem Einkommen; junge Volljährige und volljährige Leistungsberechtigte nach § 19 SGB VIII sind jedoch zusätzlich auch aus Vermögen heranzuziehen (vgl. § 92 Abs. 1a SGB VIII bzw. Ziffer 92.1a).

94.1.2 Obergrenze der Heranziehung

Die Obergrenze der Heranziehung aus allen Kostenbeiträgen bemisst sich am tatsächlichen Aufwand des Jugendhilfeträgers, d.h. an der Höhe der Kosten für Leistungen und vorläufige Maßnahmen nach § 91 Abs. 1 und 2 SGB VIII sowie etwaiger Kosten für den notwendigen Unterhalt und die Krankenhilfe (vgl. Ziffer 91.3).

94.1.3 Rangfolge der Kostenbeitragspflichtigen

Die Heranziehung zum Kostenbeitrag nach § 91ff SGB VIII unterliegt folgender Rangfolge:

- 1) Junger Mensch (ledig oder verheiratet)
- 2) Ehegatte oder Lebenspartner (nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz) des jungen Menschen
- 3) Elternteile des jungen Menschen

Sofern der Kostenbeitrag des jungen Menschen in der Regel nicht ausreicht, um die Aufwendungen der Jugendhilfe abzudecken, sind auch die nachrangig benannten Kostenbeitragspflichtigen auf ihre Leistungsfähigkeit zu überprüfen und ggf. weitere Kostenbeiträge aus Einkommen und Kindergeld festzusetzen.

⁶⁰ BVerwG Urteil 5 C 10.09 vom 19.08.2010

94.2 Individuelle Berücksichtigung von Einkommen und Unterhaltspflichten

Für jeden kostenbeitragspflichtigen Elternteil, Ehegatten oder Lebenspartner des jungen Menschen ist ein angemessener Kostenbeitrag festzusetzen. Die Angemessenheit des Kostenbeitrags bemisst sich dabei an zwei wesentlichen Parametern: der Höhe des jeweiligen Einkommens und der bürgerlich-rechtlichen Leistungsfähigkeit nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB).

94.2.1 Zuordnung des Einkommens

Jeder Kostenbeitragspflichtige ist einzeln aus seinem Einkommen heranzuziehen; auch zusammenlebende Elternteile⁶¹. Die Berechnung des maßgeblichen Einkommens erfolgt individuell für jede kostenbeitragspflichtige Person nach § 93 SGB VIII, ebenso die Absetzungen und die pauschale Kürzung in Höhe von 25%. Werden darüber hinausgehende höhere Belastungen nachgewiesen und leben die Elternteile zusammen, sollten die Belastungen nur bei demjenigen Elternteil anerkannt werden, der auch tatsächlich dafür aufkommt.

94.2.2 Berücksichtigung von gleichrangig Unterhaltsberechtigten

Die Umsetzung erfolgt über § 4 der Kostenbeitragsverordnung⁶².

Unabhängig vom Grundsatz zur Ermittlung des maßgeblichen Einkommens auf der Basis des Vorjahreseinkommens nach § 93 Abs. 4 Satz 1 SGB VIII sind für die Festsetzung des Kostenbeitrags die aktuell zu berücksichtigenden Unterhaltspflichten maßgebend⁶³.

Bsp.: Leistungsbeginn 10.02.2016, Kostenbeitragsfestsetzung ab 01.03.2016 auf der Basis des Vorjahreseinkommens 2015 und der am 10.02.2016 bestehenden Unterhaltspflichten.

Ändert sich die Anzahl der unterhaltsberechtigten Personen und wirkt sich diese Änderung auf die Höhe des festgesetzten Kostenbeitrags aus, ist der Kostenbeitrag ab Eintritt der Änderung jeweils neu festzusetzen⁶⁴; z.B.:

- bei Geburt eines berücksichtigungsfähigen Geschwisterkindes ab dem 1. des Monats, in dem das Kind geboren wurde,
- bei Wegfall einer Unterhaltspflicht ab dem 1. des auf den Wegfall folgenden Monats.

Die Gegenüberstellung von Unterhaltspflichten und durchschnittlichem Monatseinkommen desselben Zeitraums ist nur im Falle einer Antragsstellung nach § 93 Abs. 4 Satz 2 und 3 SGB VIII nachvollziehbar.

Bsp.: Kostenbeitrag ab 01.01.2017 wurde auf der Basis des Vorjahreseinkommens aus dem Kalenderjahr 2016 festgesetzt. Nach Ablauf des Kalenderjahres 2017 stellt der Kostenbeitragspflichtige einen Antrag auf nachträglichen Ersatz des Einkommens auf der Basis des Kalenderjahres 2017 (Ersatzjahr). Bei dieser Rückabwicklung und evtl. Neufestsetzung des Kostenbeitrags ab 01.01.2017 sind neben dem maßgeblichen Einkommen aus dem Kalenderjahr 2017 auch die im Ersatzjahr zu berücksichtigenden Unterhaltspflichten relevant.

94.3 Kostenbeitrag in Höhe von Kindergeld

Mit der Regelung des § 94 Abs. 3 Satz 1 SGB VIII hat der Gesetzgeber bei vollstationären Leistungen und bei Inobhutnahmen⁶⁵ die Festsetzung eines Kostenbeitrages in Höhe des Kindergeldes ermöglicht.

⁶¹ Siehe Ziffer 92.2.2 Wegfall der gesamtschuldnerischen Haftung

⁶² Siehe Ziffer 94.5.4

⁶³ Entgegen den Ausführungen in Ziffer III und IV im DIJuF Rechtsgutachten vom 31.10.14, JAmt 12/2014

⁶⁴ Entspricht den Ausführungen in Ziffer II des DIJuF Rechtsgutachtens vom 31.10.14, JAmt 12/2014

⁶⁵ BVerwG 5 C 21.14 vom 21.10.2015.

Die Umsetzung der Heranziehung zu einem Kostenbeitrag in Höhe des Kindergeldes für den untergebrachten jungen Menschen wird auch in § 7 der Kostenbeitragsverordnung beschrieben⁶⁶.

Die Festsetzung des Kostenbeitrags in Höhe von Kindergeld erfolgt ab dem Ersten des auf den Beginn der Leistung folgenden Monats, bei einer Inobhutnahme die länger als 7 Tage andauert ab dem 1. Tag der Inobhutnahme.

94.3.1 Voraussetzungen

Der kindergeldberechtigte Elternteil hat unter folgenden Voraussetzungen einen Kostenbeitrag in Höhe des Kindergeldes zu zahlen, und zwar unabhängig davon, ob er daneben noch zu einem angemessenen Kostenbeitrag aus seinem Einkommen herangezogen wird:

- Unterbringung des jungen Menschen über Tag und Nacht außerhalb des Elternhauses,
- Elternteil bezieht Kindergeld für den untergebrachten jungen Menschen,
- die unter Ziffer 94.1.2 beschriebene Obergrenze der Heranziehung wurde beachtet,
- vor der Heranziehung des Kindergeldes sind vorrangige Kostenbeitragspflichten nach Ziffer 94.1.3 zu prüfen. Bis zur vollen Kostendeckung sind:
 - vorrangig der junge Mensch aus Einkommen und ab seiner Volljährigkeit auch aus Vermögen (§ 94 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII, § 92 Abs. 1a SGB VIII),
 - im nächsten Rang folgend sein Ehegatte oder Lebenspartner nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) aus Einkommen,
 - und im letzten Rang folgend seine Elternteile aus Einkommen und der kindergeldberechtigte Elternteil zusätzlich aus Kindergeld

heranzuziehen.

Die Heranziehung von Kindergeld kommt nur dann nicht in Betracht, wenn die tatsächlichen Aufwendungen der Jugendhilfe bereits aus der Kostenbeteiligung des jungen Menschen, seines Ehegatten oder Lebenspartners in vollem Umfang gedeckt sind.

Hat der kindergeldberechtigte Elternteil einen Kostenbeitrag aus Einkommen nach § 93 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII und daneben einen Kostenbeitrag aus Kindergeld nach § 94 Abs. 3 Satz 1 SGB VIII zu leisten, erhält er zwei Kostenbeitragsbescheide.

Auch Leistungsempfänger nach SGB II oder SGB XII haben unter den in Ziffer 94.3ff genannten Voraussetzungen einen Kostenbeitrag in Höhe des Kindergeldes zu leisten, da der Unterhalt des untergebrachten jungen Menschen vom Jugendhilfeträger sichergestellt wird.

Bsp.: Sind die tatsächlichen Aufwendungen der Jugendhilfe bis auf einen Restaufwand durch die vorrangige Kostenbeteiligung des jungen Menschen und seines Ehegatten/Lebenspartners gedeckt, sollte sich zunächst die Kostenbeteiligung in Höhe des Kindergeldes und zuletzt die Kostenbeteiligung der Elternteile aus ihrem jeweiligen Einkommen anschließen, ggfs. durch Quotelung des jeweiligen zu leistenden Kostenbeitrages.

Bsp.: ungedeckter Restaufwand nach Heranziehung des Kindergeldes: 180 Euro.

Mögliche Kostenbeteiligung aus Einkommen des Vaters : 200 Euro, mögliche Kostenbeteiligung aus Einkommen der Mutter: 50 Euro. Es stehen insgesamt 250 Euro zur Aufwandsdeckung zur Verfügung, die auf den Restaufwand wie folgt verteilt werden:

Quote Kostenbeitrag Vater: $180 \text{ Euro} \times 200 \text{ Euro} \text{ geteilt durch } 250 \text{ Euro} = 144 \text{ Euro}$

Quote Kostenbeitrag Mutter: $180 \text{ Euro} \times 50 \text{ Euro} \text{ geteilt durch } 250 \text{ Euro} = 36 \text{ Euro}$

⁶⁶ Siehe Ziffer 94.5.7

94.3.2 Erstattungsanspruch auf Kindergeld

Zahlt der kindergeldberechtigte Elternteil den Kostenbeitrag in Höhe des Kindergeldes nicht, ist der Träger der öffentlichen Jugendhilfe berechtigt, einen Erstattungsanspruch nach § 104 SGB X i.V.m. § 74 Abs. 2 EStG gegenüber der Familienkasse geltend zu machen. Dies gilt auch im Fall eines Widerspruchs- oder Klageverfahren unabhängig der aufschiebenden Wirkung⁶⁷.

Auszug aus § 74 EStG

§ 74 EStG

Zahlung des Kindergeldes in Sonderfällen

- (1) Das für ein Kind festgesetzte Kindergeld nach § 66 Abs. 1 EStG kann an das Kind ausgezahlt werden, wenn der Kindergeldberechtigte ihm gegenüber seiner gesetzlichen Unterhaltspflicht nicht nachkommt. Kindergeld kann an Kinder, die bei der Festsetzung des Kindergeldes berücksichtigt werden, bis zur Höhe des Betrages, der sich bei entsprechender Anwendung des § 76 EStG ergibt, ausgezahlt werden. Dies gilt auch, wenn der Kindergeldberechtigte mangels Leistungsfähigkeit nicht unterhaltspflichtig ist oder er nur Unterhalt in Höhe eines Betrages zu leisten braucht, der geringer ist als das für die Auszahlung in Betracht kommende Kindergeld. Die Auszahlung kann auch an die Person oder Stelle erfolgen, die dem Kind Unterhalt gewährt.
- (2) Für Erstattungsansprüche der Träger von Sozialleistungen gegen die Familienkasse gelten die §§ 102 bis 109 und 111 bis 113 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch entsprechend.

Zu beachten ist, dass die Familienkassen i.d.R. einen Mittelwert⁶⁸ auszahlen, wenn für mehrere Kinder Kindergeld bezogen wird. Besteht z.B. ein Kindergeldanspruch für 4 Kinder in Höhe von 2x204 Euro zusätzlich 1x210 Euro und 1x235 Euro = 853 Euro, beträgt der Mittelwert 213,25 Euro. Ist das untergebrachte Kind das vierte Kind, wird dem Jugendamt nicht Kindergeld in Höhe von 235 Euro ausbezahlt, weil die Formulierung das auf das untergebrachte Kind entfallende Kindergeld von den Familienkassen in Verbindung mit den Ausführungen zu § 76 EStG ausgelegt wird und anteiliges Kindergeld pro Kind bedeutet.

94.4 Berücksichtigung tatsächlicher Betreuungsleistungen

Die Regelung, dass tatsächliche Betreuungsleistungen des Pflichtigen auf seinen Kostenbeitrag anzurechnen sind, findet Anwendung bei Leistungen über Tag und Nacht. Es muss sich dabei aber um Betreuungsleistungen handeln, die den Rahmen regelmäßiger Umgangskontakte übersteigen. Dies können längere Besuchsaufenthalte in den Ferien oder regelmäßige Aufenthalte nicht nur an den Wochenenden sein und sind kostenbeitragsmindernd zu berücksichtigen.

Umgangskontakte sind die im Hilfeplan vereinbarten regelmäßigen Besuchskontakte, i.d.R. bei den kostenbeitragspflichtigen Elternteilen. Der Hilfeplan sollte nach Möglichkeit zu Umfang und Häufigkeit von Besuchskontakten möglichst vorausschauend berücksichtigungsfähige Aussagen treffen. Danach lässt sich abschätzen bzw. ermitteln, inwieweit die dort vereinbarten Besuchsaufenthalte eine Reduzierung des zu erhebenden

⁶⁷ Siehe Ziffer 92.2.1

⁶⁸ BFH Urteil v. 28.04.2010 III R 43/08

Kostenbeitrags aus Einkommen erforderlich machen. Es wird empfohlen, die Abzüge beim Kostenbeitrag⁶⁹ wie folgt vorzunehmen:

Bei einer Anwesenheit⁷⁰ des jungen Menschen in der Einrichtung bzw. Pflegefamilie von:

- | | |
|------------------|------------|
| a) 300-365 Tagen | kein Abzug |
| b) 235-299 Tagen | 20% Abzug |
| c) 170-234 Tagen | 40% Abzug |

Dies gilt auch für Wochengruppen und Wochenpflege.

Diese Regelung gilt auch für den Kostenbeitrag in Höhe von Kindergeld⁷¹.

94.5 Kostenbeitragsverordnung

Die erste Verordnung zur Änderung der Kostenbeitragsverordnung ist am 04.12.2013 in Kraft getreten.

§ 94 Abs.5 SGB VIII ist die Grundlage für die bundesweit geltende Rechtsverordnung zur Festsetzung der Kostenbeiträge mit nach Einkommensgruppen gestaffelten Pauschalbeträgen.

Zu beachten ist, dass die Kostenbeitragsverordnung nur für die Festsetzung der Kostenbeiträge von Eltern, Ehegatten bzw. Lebenspartnern des jungen Menschen gilt.

94.5.1 Festsetzung des Kostenbeitrags nach Tabelle

Zur Festsetzung des Kostenbeitrags dient die der Verordnung als Anlage zu § 1 beigefügte Kostenbeitragstabelle. Die Tabelle gliedert sich (vertikal) in 27 Einkommensgruppen und (horizontal) in 4 Beitragsstufen. Die Tabelle gilt lt. Gesetzgeber als so konzipiert, dass sie zu angemessenen Kostenbeiträgen führt und aufwändige Nebenberechnungen in Form von unterhaltsrechtlichen Vergleichsberechnungen in der Regel nicht erforderlich sind.

94.5.2 Beitragsstufen bei vollstationären Leistungen

§ 2 der Kostenbeitragsverordnung regelt, wie die Beitragsstufen bei vollstationären Leistungen (Beitragsstufen 1-3 der Tabelle) auszuwählen sind.

Die Kostenbeitragsverordnung enthält keine Hinweise wie bei der Auswahl der Beitragsstufe zu verfahren ist, insbesondere, wenn für die vollstationär untergebrachten Personen verschiedene Jugendämter örtlich zuständig sind. Es ergeht folgende Empfehlung:

- 1) Beurteilung nach der zeitlichen Reihenfolge der Unterbringung, d.h. die Person, die zuerst untergebracht wurde ist auch die erste Person im Sinne der Beitragsstufe 1.
Bsp.: Die geschiedenen Eheleute C erhalten für ihre Kinder A (6 Jahre) und B (9 Jahre) Hilfe zur Erziehung nach §§ 27, 34 SGB VIII. Für Kind A ist das Jugendamt D, für Kind B das Jugendamt E örtlich zuständig. Das Kind A wurde am 01.01.2016 untergebracht, das Kind B am 01.03.2016. Kind A ist erste Person, Kind B ist zweite Person im Sinne der Kostenbeitragsverordnung. Jugendamt D erhebt einen Kostenbeitrag nach Beitragsstufe 1, Jugendamt E einen Kostenbeitrag der Beitragsstufe 2 der Tabelle.
- 2) Rangfolge nach Alter bei zeitgleicher Unterbringung, d.h. ältere Kinder einer Familie gehen im Rang den jüngeren Kindern vor.

⁶⁹ Erbringen zusammenlebende Elternteile die Betreuungsleistungen gemeinsam, steht jedem von ihnen der Abzug in gleicher Höhe zu (keine hälftige Aufteilung des Abzugs auf die beiden Kostenbeiträge).

⁷⁰ Zu den Anwesenheitstagen gehen auch die Wochenendtage (Samstag und Sonntag).

Zur Abwesenheitsregelung bei teil- und vollstationären Hilfen nach dem SGB VIII siehe § 16 Rahmenvertrag Baden-Württemberg.

⁷¹ BVerwG 5 C 3.17 vom 26.06.2018

Bsp.: Fallkonstellation wie oben, nur werden die Kinder A und B beide am 01.05.2016 untergebracht. Kind B ist die erste, Kind A die zweite Person im Sinne der Beitragsstufen 1 und 2.

3.) Wird die erste Person entlassen, rückt die zweite Person an deren erste Stelle vor.

94.5.3 Beitragsstufe bei teilstationären Leistungen

§ 3 der VO regelt die Kostenbeitragspflicht bei teilstationären Leistungen nach Beitragsstufe 4 der Tabelle.

Die Förderung umfasst nicht nur die reine Anwesenheitszeit des Kindes/Jugendlichen in der Einrichtung, sondern auch die pädagogische Arbeit mit den Eltern, Ferienfreizeiten etc.

94.5.4 Berücksichtigung weiterer Unterhaltspflichten

§ 4 der VO regelt, dass weiteren Unterhaltspflichten durch Herabstufung in der Kostenbeitragsstabelle d.h. durch verminderte Kostenbeiträge Rechnung zu tragen ist.

Der vollstationär untergebrachte junge Mensch zählt hierbei nicht mit, d.h. er geht nicht zu den zu berücksichtigenden Unterhaltspflichten im Sinne dieser Vorschrift, denn er gilt als von der Jugendhilfe unterhalten. Ein teilstationär untergebrachtes Kind hingegen zählt nach wie vor zum gemeinsamen Haushalt des/der Kostenbeitragspflichtigen, da er von diesem/n überwiegend unterhalten wird⁷².

Beispiel:

Sind Kinder innerhalb einer Familie sowohl teil- als auch vollstationär untergebracht, so gilt das teilstationär untergebrachte Kind bei der Berechnung des Kostenbeitrags für das vollstationär untergebrachte Kind als weitere Unterhaltspflicht entsprechend der Zuordnung des maßgeblichen Einkommens nach Ziffer 1 oder 2 dieser Vorschrift. Bei der Berechnung des Kostenbeitrags für das teilstationär untergebrachte Kind findet das vollstationär untergebrachte Kind im Umkehrverhältnis jedoch keine Berücksichtigung. Auch sollte der für das vollstationär untergebrachte Kind zu leistende Kostenbeitrag bei der Berechnung des Kostenbeitrags für das teilstationär untergebrachte Kind nicht wie eine Herabstufung im Sinne von § 4 der VO gewertet werden.

Steht die Auswahl der Einkommensgruppe und Beitragsstufe nach Maßgabe der §§ 1-3 der Kostenbeitragsverordnung fest, bedarf es der Feststellung, ob neben der öffentlich-rechtlichen Kostenbeitragspflicht noch bürgerlich-rechtliche Unterhaltspflichten nach § 1609 BGB bestehen.

Nach §§ 1609 bzw. 1603 Abs. 2 BGB gelten folgende bürgerlich-rechtliche Rangverhältnisse⁷³:

Nach SGB VIII untergebrachter junger Mensch	vorrangig unterhaltsberechtig	gleichrangig unterhaltsberechtig
Minderjähriger		- weitere minderjährige unverheiratete Kinder der Elternteile privilegierte Volljährige ⁷⁴

⁷² Das teilstationär untergebrachte Kind ist für sich selbst keine Berücksichtigung i.S. einer Herabstufung aus, z.B. wenn die Familie nur ein Kind hat und dieses teilstationär untergebracht ist. Herabstufungen können nur für weitere teilstationär untergebrachte Geschwister erfolgen.

⁷³ lt. Unterhaltsrechtsänderungsgesetz vom 01.01.2008

⁷⁴ Unverheiratete Kinder bis zur Vollendung des 21.LJ, die im Haushalt der Eltern/eines Elternteils leben und sich in allgemeiner Schulausbildung befinden.

Nach SGB VIII untergebrachter junger Mensch	vorrangig unterhaltsberechtig	gleichrangig unterhaltsberechtig
Volljähriger	<ul style="list-style-type: none"> - weitere minderjährige unverheiratete Kinder der Elternteile - privilegierte Volljährige - Ehegatten und geschiedene Ehegatten der Elternteile 	<ul style="list-style-type: none"> - weitere volljährige unverheiratete Kinder der Elternteile

§ 4 Abs. 2 der Kostenbeitragsverordnung beschreibt die Umsetzung der in § 92 Abs. 4 Satz 1 SGB VIII genannten Vorgaben (Schmälerungsverbot von Unterhaltsansprüchen vorrangig und gleichrangig Berechtigter).

94.5.4.1 Berücksichtigungsgebot (§ 4 Abs. 1 KostenbeitragsV)⁷⁵

Konkurrierende Unterhaltsansprüche werden nach Maßgabe von § 4 Abs. 1 der Kostenbeitragsverordnung durch entsprechende Zuordnungen in niedrigere Einkommensgruppen ausgeglichen. Erfolgte die Zuordnung des maßgeblichen Einkommens zu Beginn nach den Vorgaben des § 4 Abs. 1 Nr. 2, ist ein Wechsel des Herabstufungssystems ab Erreichen der Einkommensgruppe 6 nach den Vorgaben des § 4 Abs. 1 Nr. 1 nicht zulässig⁷⁶. Als konkurrierend gelten ausschließlich vorrangige und gleichrangige Unterhaltsansprüche.

Unterhaltspflichten im Sinne von § 4 Abs. 1 der Kostenbeitragsverordnung sind nur dann zu berücksichtigen, wenn **die im Haushalt lebenden** und im Verhältnis zum untergebrachten jungen Menschen mindestens gleichrangig Unterhaltsberechtigten tatsächlich außerstande sind, sich selbst zu unterhalten.

Vor- und gleichrangige Unterhaltspflichten **außerhalb** des Haushalts werden nur anerkannt, wenn der Kostenbeitragspflichtige seinen Unterhaltspflichten in Höhe des festgelegten Betrages regelmäßig nachkommt und dies entsprechend nachweist.

Kostenbeitrag für einen untergebrachten Minderjährigen

Berücksichtigung **gleichrangig** Berechtigter:

- Minderjährige unverheiratete Kinder der Elternteile werden unabhängig von ihrem Einkommen immer berücksichtigt. Aufgrund der Gleichwertigkeit von Bar- und Betreuungsunterhalt (§ 1606 Abs. 3 Satz 2 BGB) sind sie bei der Eingruppierung des Kostenbeitragspflichtigen in die Kostenbeitragstabelle stets als Unterhaltsberechtigte zu berücksichtigen.
- Privilegierte volljährige Geschwister, wenn deren Einkommen den Bedarf aus der 4. Stufe der Düsseldorfer Tabelle nicht übersteigt.

⁷⁵ Siehe Ziffer 94.2.2

⁷⁶ Entgegen anderslautendem Urteil OVG NRW 12 A 2376/12 vom 01.12.2014

Kostenbeitrag für einen untergebrachten jungen Volljährigen

Berücksichtigung **vorrangig** Berechtigter:

- Ehegatten des Kostenbeitragspflichtigen bis zu einem Einkommen, welches 1.040 Euro monatlich nicht übersteigt (SdL 22.2, Stand 01.01. 2019).
- Minderjährige unverheiratete Kinder der Eltern teile (einkommensunabhängig).
- Privilegierte volljährige Geschwister bis zu einem Einkommen, welches die Höhe des Bedarfs aus der 4. Stufe der Düsseldorf Tabelle nicht übersteigt.

Berücksichtigung **gleichrangig** Berechtigter:

- Junge Volljährige, sofern sie noch im Haushalt der Eltern leben und eine Berufsausbildung absolvieren, wenn deren Einkommen die Höhe des Bedarfs aus der 4. Stufe der Düsseldorf Tabelle nicht übersteigt.
- Volljährige Geschwister mit eigenem Haushalt, wenn deren Einkommen die Höhe des Bedarfs von 735 Euro nicht übersteigt (SdL 13.1.2, Stand 01.01.2019).

94.5.4.2 Schmälerungsverbot (§ 4 Abs. 2 KostenbeitragsV)

Der Kostenbeitrag darf Unterhaltsansprüche vorrangig und gleichrangig Berechtigter nicht schmälern.

Schmälerungen vorrangiger oder gleichrangiger Unterhaltsansprüche werden im Regelfall durch das System der Herabstufung ausgeschlossen. In Ausnahmefällen kann es zu einer Schmälerung vorrangiger oder gleichrangiger Unterhaltsansprüche kommen, deren Berücksichtigung nach Maßgabe von § 4 Abs. 2 der Kostenbeitragsverordnung zu erfolgen hat.

Dies kann der Fall sein, wenn z.B. ein Sonderbedarf eines unterhaltberechtigten Geschwisterkinds besteht. Dies kann ein über das übliche Maß hinausgehender Unterhaltsbedarf wegen Krankheit, Behinderung, Internatsunterbringung, Auslandsstudium etc. sein.

94.5.4.3 Unterhaltsrechtliche Vergleichsberechnung

Mit der ersten Änderungsverordnung zur Kostenbeitragsverordnung, die am 04.12.2013 in Kraft getreten ist, wurde die neue Kostenbeitragstabelle so konzipiert, dass die gesetzliche Vorgabe zur Angemessenheit der Kostenbeiträge durch die Wahrung des unterhaltsrechtlichen Selbstbehalts gewährleistet ist⁷⁷. In der Regel besteht daher keine Notwendigkeit mehr, eine Vergleichsberechnung durchzuführen. Im individuellen Einzelfall ist sie deshalb nur noch dann durchzuführen, wenn der Kostenbeitragspflichtige eine Schmälerung geltend macht.

Die Feststellung einer tatsächlichen Schmälerung erfolgt über eine unterhaltsrechtliche Vergleichsberechnung nach den Süddeutschen Leitlinien (SdL). Bei der Vergleichsberechnung sollte eine Familienkonstellation zugrunde gelegt werden, wie sie sich vor der Unterbringung des jungen Menschen dargestellt hat. Vor der Unterbringung des jungen Menschen bedeutet eine Betrachtung, als ob keine Jugendhilfe gewährt würde.

⁷⁷ BVerwG Urteil 5 C 10.09 vom 19.08.2010

Je nach Fallkonstellation gestaltet sich die unterhaltrechtliche Vergleichsberechnung unterschiedlich:

- beim untergebrachten Minderjährigen:

Die Unterhaltsansprüche aller gleichrangig Berechtigter sind zu berücksichtigen. Dies kann zu einer Mangelfallberechnung führen. Das untergebrachte minderjährige Kind wird hierbei mitberücksichtigt.

Für Minderjährige wird als Kindesunterhalt der Tabellenbetrag nach der Düsseldorfer Tabelle (DT) in der jeweils gültigen Fassung, i.d.R. abzüglich häufiges Kindergeld (entspricht dem Zahlbetrag) eingesetzt.

- beim untergebrachten jungen Volljährigen:

Zunächst sind die Unterhaltsbedarfe vorrangig Berechtigter konkret zu ermitteln und vom unterhaltsrechtlich relevanten Einkommen abzusetzen. Verbleibt dem Kostenbeitragspflichtigen danach noch Einkommen, ist hieraus unter Berücksichtigung von weiteren gleichrangig Berechtigten ein Kostenbeitrag festzusetzen.

Beim Unterhaltsbedarf junger Volljähriger ist zu differenzieren zwischen dem Festbetrag von 735 Euro, SdL 01.01.2019 und der vierten Altersstufe der DT. Der Bedarf eines jungen Volljährigen im Betreuten Wohnen wird mit 735 Euro angesetzt, in allen anderen Fällen kommt die 4. Stufe DT zum Einsatz.

94.5.4.4 Auswirkungen der Unterhaltsrechtsreform auf die Kostenbeteiligung⁷⁸

Seit 01.01.2008 ist die neue Rangfolge des § 1609 BGB grundsätzlich bei allen Kostenbeitragsberechnungen zu beachten. Nachrangige Unterhaltsansprüche lassen sich weder über das Berücksichtigungsgebot nach § 94 Abs. 2 SGB VIII i.V.m. § 4 Abs. 1 der Kostenbeitragsverordnung noch über das Schmierungsverbot nach § 4 Abs. 2 der Kostenbeitragsverordnung regeln.

Weist der Kostenbeitragspflichtige nachrangige Unterhaltspflichten nach, können diese unter die Härteregelung des § 92 Abs. 5 SGB VIII fallen. Die Festsetzung des Kostenbeitrages sollte dann individuell unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Einzelfalles erfolgen.

94.5.5 Behandlung hoher Einkommen

Bei besonders hohen Einkommen (oberhalb Einkommensstufe 27, d.h. höher als 10.000 Euro) ist die Tabelle nicht mehr anwendbar. Daher trifft § 5 der VO eine Sonderregelung, wonach bestimmte Prozentsätze des monatlichen Einkommens (bis maximal in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen) als Kostenbeitrag zu verlangen sind.

94.5.6 Heranziehung Eltern junger Volljähriger

Für die Eltern junger Volljähriger wurde in § 6 der VO die Obergrenze des Kostenbeitrags bei der Einkommensgruppe 13, d.h. bei maximal 725 Euro pro Elternteil angesetzt.

Die Zuordnung nach den Stufen 2 und 3 basiert auf dem für volljährige Kinder geltenden höheren unterhaltsrechtlichen Selbstbehalt. Die Vorschrift enthält in Satz 4 einen Verweisfehler: es müsste nach den Stufen 2 und 3 heißen.

⁷⁸ Siehe KVJS Rundschreiben Nr. Dez.4-04/2008 vom 19.03.2008

94.5.7 Einsatz des Kindergeldes

§ 7 der Kostenbeitragsverordnung beschreibt die Umsetzung von § 94 Abs. 3 SGB VIII und die Heranziehung des Elternteils, der Kindergeld für den vollstationär untergebrachten jungen Menschen bezieht⁷⁹. Demnach wird von dem betreffenden Elternteil ein Kostenbeitrag in Höhe des Kindergeldes verlangt, unabhängig einer Heranziehung zum Kostenbeitrag aus Einkommen.

⁷⁹ Siehe Ziffer 94.6.1 Heranziehung des Elternteils bei Leistungen nach § 19 SGB VIII

94.6 Kostenbeitrag des jungen Menschen und des Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII

94.6.1 Heranziehung aus Einkommen

Die Kostenbeiträge der betreuten jungen Menschen und der Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII werden nach Maßgabe des § 93 Abs. 1 und 2 SGB VIII aus vorhandenem Einkommen ermittelt. Maßgeblich ist das Einkommen des Monats, in dem die Leistung oder die Maßnahme erbracht wird.

Nach der Auslegung des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) vom 27.09.2013 findet § 93 Abs. 4 SGB VIII auf die Kostenbeteiligung junger Menschen aus Einkommen nach § 94 Abs. 6 SGB VIII keine Anwendung. Der Gesetzgeber hat die Kostenbeteiligung junger Menschen aus Einkommen in § 94 Abs. 6 SGB VIII speziell geregelt und von einem Verweis auf § 93 Abs. 4 SGB VIII abgesehen⁸⁰.

Die Kostenbeitragsverordnung findet keine Anwendung.

Der junge Mensch und der/die Leistungsberechtigte nach § 19 SGB VIII erhalten einen Freibetrag in Höhe von 25% und hat demnach 75% seines nach § 93 Abs. 2 SGB VIII bereinigten Einkommens einzusetzen. Der Gesetzgeber wollte mit dieser Regelung zum Ausdruck bringen⁸¹, dass der junge Mensch / der/die Leistungsberechtigte nach § 19 SGB VIII aus dem ihm verbleibenden Einkommen seine berufsbedingten Aufwendungen nicht zu tragen hat. Berufsbedingte Aufwendungen sind lt. Auffassung des Gesetzgebers Bestandteil der Jugendhilfeleistung und vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe zu übernehmen.

Fahrtkosten zur Ausbildungs- oder Arbeitsstätte sind in ihrer tatsächlichen Höhe vom Jugendhilfeträger als Zusatzbedarf des jungen Menschen anzuerkennen.⁸²

94.6.2 Absehen von der Kostenbeteiligung

Unter bestimmten Voraussetzungen liegt es im Ermessen des Jugendhilfeträgers, von der Heranziehung zu einem Kostenbeitrag ganz oder teilweise abzusehen. Dies gilt insbesondere dann, wenn der junge Mensch Einkommen aus einer Tätigkeit erzielt, die einem pädagogischen Zweck dient und die Eigenverantwortlichkeit und Selbstständigkeit des jungen Menschen gefördert wird.

Je nach Zusammensetzung der Aufwandsentschädigungen können diese mit der Jugendhilfe zweckidentische Leistungen wie Taschengeld, Fahrtkosten oder Zuschüsse für Verpflegung und Unterkunft enthalten, was sich auf die o.g. Ermessensentscheidung auswirken kann.

94.6.3 Tätigkeiten im sozialen und kulturellen Bereich

Hierunter fallen insbesondere Tätigkeiten im sozialen oder kulturellen Bereich⁸³, z.B. Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen, die Teilnahme an den Jugendfreiwilligendiensten wie freiwilliges soziales Jahr (FSJ), freiwilliges ökologisches Jahr (FÖJ) oder dem Bundesfreiwilligendienst (BFD), die Mitgliedschaft in der freiwilligen Jugendwehrfeuerwehr oder im Jugendgemeinderat, Fußballtrainer für Kinder und Jugendliche etc.

⁸⁰ Die Jugendamtsleiter/innen in Baden-Württemberg haben zugestimmt, der Auslegung des BMFSFJ zum Anwendungsbereich des § 93 Abs. 4 SGB VIII zu folgen (Jugendamtsleiter-Sprengelsitzungen vom 10.10.2013, 11.10.2013 und 24.10.2013). Die Zustimmung zur Beibehaltung dieser Verfahrensweise wurde bei der KVJS-Jahrestagung der Jugendamtsleiter/innen Baden-Württemberg am 19./20. 02.2018 erneuert. Anderslautende Rechtsprechung hierzu: VG Berlin 18 K 443.14 vom 05.03.2015 und VG Cottbus 1 K 568/16 vom 03.02.2017.

⁸¹ Siehe Gesetzesbegründung zu KifG Artikel 1 Nr. 20

⁸² Siehe KVJS-Rundschreiben Dez.4-30/2006 vom 08.01.2007

⁸³ Siehe Gesetzesbegründung zu Artikel 1 Nr. 10b) KJVVG

94.6.4 Weitere Ausnahmen von der Kostenbeteiligung

Einkommen, das aus Ferien- oder Gelegenheitsjobs erzielt wird verbleibt dem jungen Menschen und wird nicht über den Einkommenseinsatz verlangt. Zuordnungskriterien dieser Jobs sind ihre zeitliche Befristung oder eine in unregelmäßigen Abständen ausgeübte Tätigkeit.

Bei einer Ausbildung oder Beschäftigung des jungen Menschen nach Ziffer 5.4.1 der Empfehlungen zu den Sonderaufwendungen im Rahmen des SGB VIII für vollstationäre Hilfen in Einrichtungen der Jugendhilfe. Findet eine Ausbildung oder Beschäftigung des jungen Menschen innerhalb einer Einrichtung der Erziehungshilfe statt, so entsprechen die in dortiger Ziffer 5.3.1 aufgeführten Beträge einer zweckbestimmten Leistung im Sinne des § 93 Abs. 1 Satz 4 SGB VIII, sodass eine Heranziehung zu einem Kostenbeitrag aus diesen Beträgen unterbleibt.

94.6.5 Kostenbeteiligung bei Leistungen nach § 19 SGB VIII

Bei einer Mutter/Vater/Kind-Unterbringung sind die Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII sowohl als Elternteil (§ 92 Abs. 1 Nr. 5 SGB VIII) als auch als Leistungsberechtigte (§ 92 Abs. 1 Nr. 3 SGB VIII) heranzuziehen.

94.6.5.1 Heranziehung als Elternteil

Absehen von der Heranziehung

Das Absehen von der Heranziehung nach § 92 Abs. 4 Satz 2 SGB VIII findet auf eine Schwangere oder ein Kind betreuende/n Leistungsberechtigte/n selbst keine Anwendung. Diese Regelung bezieht sich ausschließlich auf die Elternteile der/des untergebrachten Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII. Dies können eine Schwangere, Mutter oder Vater eines Kindes sein.

Kindergeld als Kostenbeitrag

Nach § 91 Abs. 1 Satz 2 SGB VIII gilt die Betreuung von Müttern oder Vätern und Kindern in gemeinsamen Wohnformen nach § 19 als vollstationäre Leistung. Mit der gemeinsamen Unterbringung von Mutter/Vater und Kind/er (sei es in einer vollstationären Einrichtung oder im Betreuten Wohnen) endet das Zusammenleben von Mutter/Vater und Kind(er) im herkömmlichen Sinne, denn sie sind gleichermaßen außerhalb des ursprünglichen Elternhauses/Haushaltes untergebracht. § 94 Abs. 3 SGB VIII findet daher auch bei den Hilfen nach § 19 SGB VIII Anwendung, wonach ein Kostenbeitrag in Höhe des Kindergeldes zu leisten ist⁸⁴.

94.6.5.2 Heranziehung als Leistungsberechtigte

Verfügen Leistungsberechtigte außer dem Kindergeld für das mituntergebrachte Kind über weiteres Einkommen, werden sie aus diesem Einkommen nach § 94 Abs. 6 SGB VIII herangezogen.

Erhalten die Eltern von Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII weiterhin Kindergeld für ihre Tochter / ihren Sohn und leiten die Eltern dieses Kindergeld an ihre Tochter / ihren Sohn weiter, handelt es sich bei dieser finanziellen Zuwendung um Einkommen der Leistungsberechtigten. Dieses wird einem evtl. vorhandenen weiteren Einkommen

⁸⁴ Siehe Ziffer 94.3

hinzugerechnet. Nach Abzug des in § 94 Abs. 6 SGB VIII genannten Freibetrages in Höhe von 25% verbleibt eine Kostenbeteiligung in Höhe von 75% aus dem Gesamteinkommen. Verfügt der/die Leistungsberechtigte nur über Einkommen in Höhe des an ihn/sie weitergeleiteten Kindergeldes, hat er/sie daraus eine Kostenbeteiligung in Höhe von 75% zu leisten.

Dritter Abschnitt: Überleitung von Ansprüchen

§ 95 SGB VIII Überleitung von Ansprüchen

95 Allgemeines

Diese Vorschrift ist die Ermächtigungsgrundlage für die Überleitung von Ansprüchen gegen Dritte. Die Entscheidung, ob ein Anspruch übergeleitet wird, liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Jugendhilfeträgers (Kann-Vorschrift).

95.1 Anspruchsübergang

Es handelt sich um Ansprüche von Personen, die in § 92 Abs. 1 SGB VIII genannt werden und die Ansprüche gegenüber natürlichen oder juristischen Personen des öffentlichen oder privaten Rechts haben. Die Ansprüche können auf gesetzlichen Vorschriften oder Verträgen basieren, z.B.

- Schadenersatzansprüche
- Ansprüche auf Versicherungsleistungen
- Ansprüche gegenüber einem Arbeitgeber
- Ansprüche gegenüber privaten Krankenversicherungsunternehmen,
- Beihilfeansprüche
- Versorgungsansprüche
- etc.

Der Übergang des Anspruchs erfolgt nicht kraft Gesetzes sondern durch schriftliche Anzeige nach § 95 Abs. 1 und 3 SGB VIII. Es handelt sich hierbei um einen Verwaltungsakt, d.h. die strengen Anforderungen der §§ 31 ff. SGB X sind zu beachten.

95.2 Voraussetzungen

Der Übergang darf nur insoweit bewirkt werden, als bei rechtzeitiger Leistung des anderen entweder Jugendhilfe nicht gewährt worden oder ein Kostenbeitrag zu leisten wäre. Der Übergang ist nicht dadurch ausgeschlossen, dass der Anspruch nicht übertragen, verpfändet oder gepfändet werden kann.

95.3 Zeitlicher Rahmen

Der Anspruchsübergang gilt für die Zeit einer ununterbrochenen Hilfestellung. Ein Zeitraum von mehr als zwei Monaten unterbricht die Hilfestellung.

95.4 Keine aufschiebende Wirkung

Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Überleitungsanzeige haben keine aufschiebende Wirkung.

Vierter Abschnitt: Ergänzende Vorschriften

§ 97 SGB VIII Feststellung der Sozialleistungen

97 Allgemeines

Diese gesetzliche Ermächtigung wird hauptsächlich dann bedeutsam, wenn der eigentliche (rechtliche) Inhaber des vorhandenen Anspruchs diesen selbst nicht durchsetzt oder nicht durchsetzen kann.

Der Jugendhilfeträger, der für den Anspruchsberechtigten tätig wird, kann alle erforderlichen Verfahrens- und Prozesshandlungen durchführen, d.h. er ist auch widerspruchs- und klagebefugt.

§ 97a SGB VIII Pflicht zur Auskunft

97a Allgemeines

Diese Vorschrift regelt die Auskunftspflichten von

- kostenbeitragspflichtigen Personen,
- von Personen, denen die Sorge für das Vermögen des Kindes/des Jugendlichen zusteht und
- von Pflegepersonen.

97a.1 Auskunftspflicht

Folgende Personen sind verpflichtet über ihre Einkommensverhältnisse Auskunft zu geben:

- Eltern
- Ehegatten und Lebenspartner junger Menschen
- Leistungsberechtigte nach § 19 SGB VIII
- junge Volljährige und volljährige Leistungsberechtigte nach § 19 SGB VIII

Zur Auskunft über das Einkommen des Kindes/des Jugendlichen sind verpflichtet:

- Eltern oder andere Personen, denen die Vermögenssorge für das Kind oder für den Jugendlichen übertragen wurde.

Zusätzlich zur Auskunft über ihr Vermögen sind verpflichtet:

- junge Volljährige und volljährige Leistungsberechtigte nach § 19 SGB VIII

97a.2 Auskunftspflicht von Pflegepersonen

Pflegeeltern sind verpflichtet anzugeben, ob sie für ihr Pflegekind Kindergeld erhalten oder ein Kindergeldanspruch bestehen könnte und ob das Pflegekind festes Kind in der Pflegefamilie ist. Dies ist zur Umsetzung der Anrechnung des Kindergeldes nach § 39 Abs. 6 SGB VIII erforderlich.

Handelt es sich bei den Pflegepersonen um Großeltern des Pflegekindes, sind diese verpflichtet, über ihre Einkommens- und Vermögensverhältnisse Auskunft zu geben. Dies ist zur Prüfung einer möglichen Kürzung des monatlichen Pauschalbetrages nach § 39 Abs. 4 Satz 4 SGB VIII notwendig.

97a.3 Erweiterte Auskunftspflicht

Der Umfang der Auskunftspflicht der in § 97a Abs. 1 und 2 SGB VIII genannten Personen erstreckt sich auch auf Angaben zu

- Name und Anschrift des Arbeitgebers,
- Angabe des Beschäftigungsverhältnisses
- Vorlage von Beweisurkunden
- Zustimmung zur Vorlage von Beweisurkunden.

Baden-Württemberg hat von dem im Satz 2 genannten Landesrechtsvorbehalt keinen Gebrauch gemacht.

97a.4 Auskunftersuchen beim Arbeitgeber

Kommen die in § 97a Abs. 1 und 2 SGB VIII genannten Personen ihrer Auskunftspflicht in einer angemessenen Frist nicht nach und sind sie nach Fristablauf darauf hingewiesen worden, dass die erforderlichen Auskünfte beim Arbeitgeber eingeholt werden, ist der Arbeitgeber in die Pflicht zu nehmen. Er hat Auskunft über Art des Beschäftigungsverhältnisses und den Arbeitsverdienst zu geben.

97a.5 Auskunftsverweigerungsrecht

Unter welchen Voraussetzungen von dem Auskunftsverweigerungsrecht Gebrauch gemacht werden kann, beschreibt § 97a Abs. 5 SGB VIII. Hier ist auch geregelt, dass die Auskunftspflichtigen auf dieses Auskunftsverweigerungsrecht hinzuweisen sind. Auch das Auskunftersuchen stellt einen Verwaltungsakt dar, so dass ebenfalls die Bestimmungen aus den §§ 31 ff. SGB X zu beachten sind.

§ 97c SGB VIII Erhebung von Gebühren und Auslagen

97c Allgemeines

Baden-Württemberg hat vom Landesrechtsvorbehalt keinen Gebrauch gemacht, so dass diese Vorschrift hier nicht zum Tragen kommt.

Anlagen 1 6

- Anlage 1: Kostenbeitragsverordnung Stand 04.12.2013
- Anlage 2: Süddeutsche Leitlinien Stand 01.01.2019
- Anlage 3: Düsseldorfer Tabelle Stand 01.01.2019
- Anlage 4: Muster zur unterhaltsrechtlichen Vergleichsberechnung
- Anlage 5: Muster zur Ermittlung des Wohnwertes
- Anlage 6: Verjährung und Verwirkung von öffentlich-rechtlichen Forderungen

Erste Verordnung zur Änderung der Kostenbeitragsverordnung

Vom 5. Dezember 2013

Auf Grund des § 94 Absatz 5 Satz 1 des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe – in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. September 2012 (BGBl. I S. 2022) verordnet das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

Artikel 1

Änderung der Kostenbeitragsverordnung

Die Kostenbeitragsverordnung vom 1. Oktober 2005 (BGBl. I S. 2907) wird wie folgt geändert:

1. § 1 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Buchstabe a wird die Angabe „Abs. 1 bis 3“ gestrichen.
 - b) In Buchstabe b wird die Angabe „6“ durch die Angabe „5“ ersetzt.
2. § 3 wird wie folgt gefasst:

„§ 3
Wahl der Beitragsstufe
bei teilstationären Leistungen

Die Höhe des Kostenbeitrags für teilstationäre Leistungen nach § 91 Absatz 2 des Achten Buches Sozialgesetzbuch ergibt sich aus der Beitragsstufe zur jeweiligen Einkommensgruppe in der Spalte fünf der Anlage.“
3. § 4 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 1 wird die Angabe „7“ durch die Angabe „6“ ersetzt.
 - bb) In Nummer 2 wird die Angabe „8“ durch die Angabe „7“ und die Angabe „20“ durch die Angabe „18“ ersetzt.
 - b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „vorrangig“ die Wörter „oder gleichrangig“ eingefügt.
 - bb) Satz 2 wird aufgehoben.

4. § 5 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 und in Absatz 2 Satz 3 wird jeweils die Angabe „Abs. 1 bis 3“ gestrichen und die Angabe „30“ durch die Angabe „27“ ersetzt.
 - b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Die Höhe des Kostenbeitrags für teilstationäre Leistungen beträgt 5 Prozent des maßgeblichen Einkommens.“
5. § 6 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Angabe „14“ wird durch die Angabe „13“ ersetzt.
 - b) Folgende Sätze werden angefügt:

„Der kostenbeitragspflichtige Elternteil ist bei einer Zuordnung des maßgeblichen Einkommens zu der Einkommensgruppe 2 oder 3 der Einkommensgruppe 1 zuzuordnen. Bei einer Zuordnung des maßgeblichen Einkommens zu der Einkommensgruppe 4 ist der kostenpflichtige Elternteil der Einkommensgruppe 2 zuzuordnen. Die Zuordnung nach den Sätzen 1 und 2 erfolgt nach Berücksichtigung der Zuordnung nach § 4 Absatz 1.“
6. § 7 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Die Absatzbezeichnung „(1)“ wird gestrichen.
 - bb) Nach dem Wort „hat“ werden die Wörter „unabhängig von einer einkommensabhängigen Heranziehung nach den §§ 1 bis 6“ eingefügt.
 - cc) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. seine Heranziehung nicht nachrangig nach § 94 Absatz 1 Satz 3 und 4 des Achten Buches Sozialgesetzbuch ist.“
 - b) Absatz 2 wird aufgehoben.
7. § 8 wird aufgehoben.
8. § 9 wird aufgehoben.

9. Die Anlage wird wie folgt gefasst:

„Anlage

Maßgebliches Einkommen nach § 93 des Achten Buches Sozialgesetzbuch		Beitragsstufe 1 vollstationär erste Person	Beitragsstufe 2 vollstationär zweite Person	Beitragsstufe 3 vollstationär dritte Person	Beitragsstufe 4 teilstationär
Spalte 1		Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4	Spalte 5
Einkommens- gruppe	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
1	bis 1 100,99	0	0	0	0
2	1 101,00 bis 1 200,99	50	0	0	40
3	1 201,00 bis 1 300,99	130	0	0	50
4	1 301,00 bis 1 450,99	210	30	0	60
5	1 451,00 bis 1 600,99	259	60	30	70
6	1 601,00 bis 1 800,99	289	85	40	85
7	1 801,00 bis 2 000,99	342	105	50	95
8	2 001,00 bis 2 200,99	378	140	60	105
9	2 201,00 bis 2 400,99	437	175	80	115
10	2 401,00 bis 2 700,99	510	220	120	130
11	2 701,00 bis 3 000,99	570	275	165	145
12	3 001,00 bis 3 300,99	630	335	210	160
13	3 301,00 bis 3 600,99	725	410	260	175
14	3 601,00 bis 3 900,99	825	485	320	190
15	3 901,00 bis 4 200,99	932	560	380	205
16	4 201,00 bis 4 600,99	1 056	635	440	220
17	4 601,00 bis 5 000,99	1 152	715	500	240
18	5 001,00 bis 5 500,99	1 313	790	555	265
19	5 501,00 bis 6 000,99	1 438	865	605	290
20	6 001,00 bis 6 500,99	1 563	940	658	315
21	6 501,00 bis 7 000,99	1 688	1 015	710	340
22	7 001,00 bis 7 500,99	1 813	1 090	763	365
23	7 501,00 bis 8 000,99	1 938	1 165	815	390
24	8 001,00 bis 8 500,99	2 063	1 240	868	415
25	8 501,00 bis 9 000,99	2 188	1 315	920	440
26	9 001,00 bis 9 500,99	2 313	1 390	973	465
27	9 501,00 bis 10 000,99	2 438	1 465	1 025	490".

Artikel 2
Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 4. Dezember 2013 in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 5. Dezember 2013

Die Bundesministerin
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Kristina Schröder

Unterhaltsrechtliche Leitlinien der Familiensenate in Süddeutschland (SüdL)

**Oberlandesgerichte Bamberg, Karlsruhe, München, Nürnberg,
Stuttgart und Zweibrücken**

Stand 1.1.2019

Die Familiensenate der Süddeutschen Oberlandesgerichte verwenden diese Leitlinien als Orientierungshilfe für den Regelfall unter Beachtung der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs, wobei die Angemessenheit des Ergebnisses in jedem Fall zu überprüfen ist.

Das Tabellenwerk der Düsseldorfer Tabelle ist eingearbeitet. Die Erläuterungen werden durch nachfolgende Leitlinien ersetzt.

Unterhaltsrechtlich maßgebendes Einkommen

Bei der Ermittlung und Zurechnung von Einkommen ist stets zu unterscheiden, ob es um Verwandten- oder Ehegattenunterhalt sowie ob es um Bedarfsbemessung einerseits oder Feststellung der Bedürftigkeit/Leistungsfähigkeit andererseits geht. Das unterhaltsrechtliche Einkommen ist nicht immer identisch mit dem steuerrechtlichen Einkommen.

1. Geldeinnahmen

1.1 Auszugehen ist vom Bruttoeinkommen als Summe aller Einkünfte.

1.2 Soweit Leistungen nicht monatlich anfallen (z.B. Weihnachts- und Urlaubsgeld), werden sie auf ein Jahr umgelegt. Einmalige Zahlungen (z.B. Abfindungen) sind auf einen angemessenen Zeitraum (in der Regel mehrere Jahre) zu verteilen.

1.3 Überstundenvergütungen werden dem Einkommen voll zugerechnet, soweit sie berufstypisch sind und das in diesem Beruf übliche Maß nicht überschreiten.

1.4 Ersatz für Spesen und Reisekosten sowie Auslösungen gelten in der Regel als Einkommen. Damit zusammenhängende Aufwendungen, vermindert um häusliche Ersparnis, sind jedoch abzuziehen. Bei Aufwendungspauschalen (außer Kilometergeld) kann 1/3 als Einkommen angesetzt werden.

1.5 Bei Ermittlung des zukünftigen Einkommens eines Selbständigen ist in der Regel der Gewinn der letzten drei Jahre zugrunde zu legen. Für zurückliegende Zeiträume ist vom tatsächlichen Einkommen auszugehen.

1.6 Einkommen aus Vermietung und Verpachtung sowie aus Kapitalvermögen ist der Überschuss der Bruttoeinkünfte über die Werbungskosten. Für Gebäude ist keine AfA anzusetzen.

1.7 Steuerzahlungen oder Erstattungen sind in der Regel im Kalenderjahr der tatsächlichen Leistung zu berücksichtigen.

1.8 Sonstige Einnahmen, z.B. Trinkgelder.

2. Sozialleistungen

2.1 Arbeitslosengeld (§ 136 SGB III) und Krankengeld.

2.2 Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach §§ 19 ff. SGB II sind kein Einkommen, es sei denn, die Nichtberücksichtigung der Leistungen ist in Ausnahmefällen treuwidrig; nicht subsidiäre Leistungen nach dem SGB II sind Einkommen (insbesondere Entschädigung für Mehraufwendungen „Ein-Euro-Job“ § 16 SGB II, Freibeträge nach § 11b III SGB II).

2.3 Wohngeld, soweit es nicht erhöhte Wohnkosten deckt.

2.4 BAföG-Leistungen, auch soweit sie als Darlehen gewährt werden, mit Ausnahme von Vorausleistungen nach §§ 36, 37 BAföG.

2.5 Elterngeld ist Einkommen, soweit es über den Sockelbetrag in Höhe von 300 €, bei verlängertem Bezugsrecht über 150 € hinausgeht. Der Sockelbetrag (§ 11 S. 4 BEEG) und Bundeserziehungsgeld sind kein Einkommen, es sei denn, es liegt einer der Ausnahmefälle der § 9 S.2 BErzGG, § 11 S.4 BEEG vor.

2.6 Unfallrenten.

2.7 Leistungen aus der Pflegeversicherung, Blindengeld, Versorgungsrenten, Schwerbeschädigten- und Pflegezulagen nach Abzug eines Betrags für tatsächliche Mehraufwendungen; §§ 1610a, 1578a BGB sind zu beachten.

2.8 Der Anteil des Pflegegelds bei der Pflegeperson, durch den ihre Bemühungen abgegolten werden; bei Pflegegeld aus der Pflegeversicherung gilt dies nach Maßgabe des § 13 VI SGB XI.

2.9 In der Regel Leistungen nach §§ 41- 43 SGB XII (Grundsicherung) beim Verwandtenunterhalt, nicht aber beim Ehegattenunterhalt.

2.10/11 Kein Einkommen sind sonstige Sozialhilfe nach SGB XII und Leistungen nach dem UVG. Die Unterhaltsforderung eines Empfängers dieser Leistungen kann in Ausnahmefällen treuwidrig sein. (Vgl. Ziffer 2.2).

3. Kindergeld

Kindergeld wird nicht zum Einkommen der Eltern gerechnet (vgl. Nr.14).

4. Geldwerte Zuwendungen des Arbeitgebers

Geldwerte Zuwendungen aller Art des Arbeitgebers, z.B. Firmenwagen oder freie Kost und Logis, sind Einkommen, soweit sie entsprechende Eigenaufwendungen ersparen.

5. Wohnwert

Der Wohnvorteil durch mietfreies Wohnen im eigenen Heim ist als wirtschaftliche Nutzung des Vermögens unterhaltsrechtlich wie Einkommen zu behandeln. Neben dem Wohnwert sind auch Zahlungen nach dem Eigenheimzulagengesetz anzusetzen.

Bei der Bemessung des Wohnvorteils ist auszugehen von der Nettomiete, d.h. nach Abzug der auf einen Mieter nach § 2 BetrKV umlegbaren Betriebskosten. Hiervon können in Abzug gebracht werden der berücksichtigungsfähige Schuldendienst, erforderliche Instandhaltungs- und Instandsetzungskosten und solche Kosten, die auf einen Mieter nicht nach § 2 BetrKV umgelegt werden können.

Auszugehen ist vom vollen Mietwert. Wenn es nicht möglich oder nicht zumutbar ist, die Wohnung aufzugeben und das Objekt zu vermieten oder zu veräußern, kann statt dessen die ersparte Miete angesetzt

werden, die angesichts der wirtschaftlichen Verhältnisse angemessen wäre. Dies kommt in der Regel für die Zeit bis zur Rechtshängigkeit des Scheidungsantrags in Betracht.

6. Haushaltsführung

Führt jemand einem leistungsfähigen Dritten den Haushalt, so ist hierfür ein Einkommen anzusetzen; bei Haushaltsführung durch einen Nichterwerbstätigen geschieht das in der Regel mit einem Betrag von 200 bis 550 €.

7. Einkommen aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit

Einkommen aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit kann nach Billigkeit ganz oder teilweise unberücksichtigt bleiben.

8. Freiwillige Zuwendungen Dritter

Freiwillige Zuwendungen Dritter (z.B. Geldleistungen, kostenloses Wohnen) sind als Einkommen zu berücksichtigen, wenn dies dem Willen des Dritten entspricht.

9. Erwerbsobliegenheit und Einkommensfiktion

Einkommen können auch aufgrund einer unterhaltsrechtlichen Obliegenheit erzielbare Einkünfte sein.

10. Bereinigung des Einkommens

10.1 Vom Bruttoeinkommen sind Steuern, Sozialabgaben und/oder angemessene, tatsächliche Vorsorgeaufwendungen - Aufwendungen für die Altersvorsorge bis zu 23 % des Bruttoeinkommens, bei Elternunterhalt bis zu 24 % des Bruttoeinkommens (je einschließlich der Gesamtbeiträge von Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur gesetzlichen Rentenversicherung) - abzusetzen (Nettoeinkommen).

Es besteht die Obliegenheit, Steuervorteile in Anspruch zu nehmen (z.B. Eintragung eines Freibetrags bei Fahrtkosten, Realsplitting für unstreitigen oder titulierten Unterhalt).

10.2 Berufsbedingte Aufwendungen, die sich von den privaten Lebenshaltungskosten nach objektiven Merkmalen eindeutig abgrenzen lassen, sind im Rahmen des Angemessenen vom Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit abzuziehen.

10.2.1 Bei Vorliegen entsprechender Anhaltspunkte kann eine Pauschale von 5 % des Nettoeinkommens angesetzt werden. Übersteigen die berufsbedingten Aufwendungen die Pauschale, so sind sie im Einzelnen darzulegen. Bei beschränkter Leistungsfähigkeit kann im Einzelfall nur mit konkreten Kosten gerechnet werden.

10.2.2 Für die notwendigen Kosten der berufsbedingten Nutzung eines Kraftfahrzeugs kann der nach den Sätzen des § 5 II Nr. 2 JVEG anzuwendende Betrag (derzeit 0,30 €) pro gefahrenen Kilometer angesetzt werden. Damit sind i.d.R. Anschaffungskosten mit erfasst. Bei langen Fahrtstrecken (ab ca. 30 km einfach) kann nach unten abgewichen werden (für die Mehrkilometer in der Regel 0,20 €).

10.2.3 Bei einem Auszubildenden sind i.d.R. 100 € als ausbildungsbedingter Aufwand abzuziehen.

10.3 Kinderbetreuungskosten sind abzugsfähig, soweit die Betreuung durch Dritte allein infolge der Berufstätigkeit erforderlich ist. Im Übrigen gilt Ziffer 12.4.

10.4 Berücksichtigungswürdige Schulden (Zins, ggf. auch Tilgung) sind abzuziehen; die Abzahlung soll im Rahmen eines vernünftigen Tilgungsplanes in angemessenen Raten erfolgen. Bei der Zumutbarkeitsabwägung sind Interessen des Unterhaltsschuldners, des Drittgläubigers und des Unterhaltsgläubigers, vor allem minderjähriger Kinder, mit zu berücksichtigen.

Bei Kindesunterhalt kann die Obliegenheit zur Einleitung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens bestehen.

10.5 unbelegt

10.6 unbelegt

10.7 Umgangskosten (nicht belegt)

Kindesunterhalt

11. Bemessungsgrundlage (Tabellenunterhalt)

Der Barunterhalt minderjähriger und noch im elterlichen Haushalt lebender volljähriger unverheirateter Kinder bestimmt sich nach den Sätzen der Düsseldorfer Tabelle (Anhang 1).

Bei minderjährigen Kindern kann er als Festbetrag oder als Prozentsatz des jeweiligen Mindestunterhalts geltend gemacht werden.

11.1 Die Tabellensätze der Düsseldorfer Tabelle enthalten keine Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge für das Kind, wenn dieses nicht in einer gesetzlichen Familienversicherung mitversichert ist. Das Nettoeinkommen des Verpflichteten ist um solche zusätzlich zu zahlenden Versicherungskosten zu bereinigen.

11.2 Die Tabellensätze sind auf den Fall zugeschnitten, dass der Unterhaltspflichtige zwei Unterhaltsberechtigten Unterhalt zu gewähren hat. Bei einer größeren oder geringeren Anzahl Unterhaltsberechtigter sind i.d.R. Ab- oder Zuschläge durch Einstufung in eine niedrigere oder höhere Einkommensgruppe vorzunehmen.

Zur Eingruppierung können auch die Bedarfskontrollbeträge herangezogen werden.

12. Minderjährige Kinder

12.1 Der betreuende Elternteil braucht neben dem anderen Elternteil in der Regel keinen Barunterhalt zu leisten, es sei denn, sein Einkommen ist bedeutend höher als das des anderen Elternteils (§ 1606 III 2 BGB), oder der eigene angemessene Unterhalt des sonst allein barunterhaltspflichtigen Elternteils ist gefährdet (§ 1603 II 3 BGB).

12.2 Einkommen des Kindes wird bei beiden Eltern hälftig angerechnet. Zum Kindergeld vgl. Ziffer 14.

12.3 Sind bei auswärtiger Unterbringung beide Eltern zum Barunterhalt verpflichtet, haften sie anteilig nach § 1606 III 1 BGB für den Gesamtbedarf (vgl. Nr. 13.3). Der Verteilungsschlüssel kann unter Berücksichtigung des Betreuungsaufwandes wertend verändert werden.

12.4 Kosten für Kindergärten und vergleichbare Betreuungsformen (ohne Verpflegungskosten) sind Mehrbedarf des Kindes. Bei Zusatzbedarf (Prozesskostenvorschuss, Mehrbedarf, Sonderbedarf) gilt § 1606 III 1 BGB (vgl. Nr. 13.3).

13. Volljährige Kinder

13.1 Bedarf

Beim Bedarf volljähriger Kinder ist zu unterscheiden, ob sie noch im Haushalt der Eltern/eines Elternteils leben oder einen eigenen Hausstand haben.

13.1.1 Für volljährige Kinder, die noch im Haushalt der Eltern oder eines Elternteils wohnen, gilt die Altersstufe 4 der Düsseldorfer Tabelle.

Sind beide Elternteile leistungsfähig (vgl. Nr. 21.3.1), ist der Bedarf des Kindes i.d.R. nach dem zusammengerechneten Einkommen (ohne Anwendung von Nr. 11.2) zu bemessen. Für die Haftungsquote gilt Nr. 13.3. Ein Elternteil hat jedoch höchstens den Unterhalt zu leisten, der sich allein aus seinem Einkommen aus der Düsseldorfer Tabelle (ggf. Herauf-, Herabstufung abzüglich volles Kindergeld) ergibt.

13.1.2 Der angemessene Bedarf eines volljährigen Kindes mit eigenem Hausstand beträgt in der Regel monatlich 735 € (darin sind enthalten Kosten für Unterkunft und Heizung bis zu 300 €), ohne Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung sowie Studiengebühren.

Von diesem Betrag kann bei erhöhtem Bedarf oder mit Rücksicht auf die Lebensstellung der Eltern nach oben abgewichen werden.

13.2 Auf den Unterhaltsbedarf werden Einkünfte des Kindes, auch das Kindergeld, BAföG-Darlehen und Ausbildungsbeihilfen (gekürzt um ausbildungsbedingte Aufwendungen, vgl. Nr. 10.2.3) angerechnet. Bei Einkünften aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit gilt § 1577 II BGB entsprechend.

13.3 Bei anteiliger Barunterhaltspflicht ist vor Berechnung des Haftungsanteils nach § 1606 III 1 BGB das bereinigte Nettoeinkommen jedes Elternteils gem. Nr. 10 zu ermitteln. Außerdem ist vom Restbetrag ein Sockelbetrag in Höhe des angemessenen Selbstbehalts (1.300 €) abzuziehen.

Der Haftungsanteil nach § 1606 III 1 BGB errechnet sich nach der Formel:

Bereinigtes Nettoeinkommen eines Elternteils (N1 oder N2) abzüglich 1.300 € mal (Rest-)Bedarf (R), geteilt durch die Summe der bereinigten Nettoeinkommen beider Eltern (N1 + N2) abzüglich 2.600 (=1.300 + 1.300) €. Haftungsanteil 1 = $(N1 - 1.300) \times R : (N1 + N2 - 2.600)$.

Der so ermittelte Haftungsanteil ist auf seine Angemessenheit zu überprüfen und kann bei Vorliegen besonderer Umstände (z.B. behindertes Kind) wertend verändert werden.

Bei volljährigen Schülern, die in § 1603 II 2 BGB minderjährigen Kindern gleichgestellt sind, wird der Sockelbetrag bis zum notwendigen Selbstbehalt (880 €/ 1.080 €) herabgesetzt, wenn der Bedarf der Kinder andernfalls nicht gedeckt werden kann.

14. Verrechnung des Kindergeldes

Es wird nach § 1612 b BGB angerechnet.

Für das gesamte Jahr 2015 bleiben dabei die bis Ende 2014 geltenden Kindergeldbeträge maßgeblich.

Ehegattenunterhalt

15. Unterhaltsbedarf

15.1 Die Bemessung des nachehelichen Unterhalts richtet sich nach den ehelichen Lebensverhältnissen (§ 1578 Abs. 1 S. 1 BGB). Der Bedarf des Ehegatten beträgt mindestens 880 €.

15.2 Es gilt der Halbteilungsgrundsatz, wobei jedoch Erwerbseinkünfte nur zu 90 % zu berücksichtigen sind (Abzug von 1/10 Erwerbstätigenbonus vom bereinigten Nettoeinkommen bei der Bedarfsermittlung, nicht bei der Ermittlung der Leistungsfähigkeit des Unterhaltsschuldners).

Leistet ein Ehegatte auch Unterhalt für ein unterhaltsberechtigtes Kind, wird sein Einkommen vor Ermittlung des Erwerbstätigenbonus um Kindesunterhalt (Zahlbetrag) bereinigt.

Erbringt der Verpflichtete sowohl Bar- als auch Betreuungsunterhalt, kann im Einzelfall ein Betreuungsbonus angesetzt werden.

15.3 Bei sehr guten Einkommensverhältnissen des Pflichtigen kommt eine konkrete Bedarfsberechnung in Betracht.

15.4 Werden Altersvorsorge-, Kranken- und Pflegeversicherungskosten vom Berechtigten gesondert geltend gemacht oder vom Verpflichteten bezahlt, sind diese vom Einkommen des Pflichtigen vorweg abzuziehen. Der Vorwegabzug unterbleibt, soweit nicht verteilte Mittel zur Verfügung stehen, z.B. durch Anrechnung nicht prägenden Einkommens des Berechtigten auf seinen Bedarf.

15.5 nicht belegt

15.6 nicht belegt

15.7 Begrenzung nach § 1578 b BGB (nicht belegt)

16. Bedürftigkeit

Eigene Einkünfte des Berechtigten sind auf den Bedarf anzurechnen, wobei das bereinigte Nettoerwerbseinkommen um den Erwerbstätigenbonus zu vermindern ist (vgl. Rechenbeispiel Anhang 2 Nr. 2.1).

17. Erwerbsobliegenheit

17.1 Bei der Betreuung eines Kindes besteht keine Erwerbsobliegenheit vor Vollendung des 3. Lebensjahrs, danach nach den Umständen des Einzelfalls insbesondere unter Berücksichtigung zumutbarer Betreuungsmöglichkeiten für das Kind und der Vereinbarkeit mit der Berufstätigkeit des betreuenden Elternteils, auch unter dem Aspekt des neben der Erwerbstätigkeit anfallenden Betreuungsaufwands.

17.2. In der Regel besteht für den Berechtigten im ersten Jahr nach der Trennung keine Obliegenheit zur Aufnahme oder Ausweitung einer Erwerbstätigkeit.

Weitere Unterhaltsansprüche**18. Ansprüche aus § 1615I BGB**

Der Bedarf nach § 1615I BGB bemisst sich nach der Lebensstellung des betreuenden Elternteils. Er beträgt mindestens 880 €. Ist die Mutter verheiratet oder geschieden, ergibt sich ihr Bedarf aus den ehelichen Lebensverhältnissen.

19. Elternunterhalt

Beim Bedarf der Eltern sind Leistungen zur Grundsicherung nach §§ 41 ff. SGB XII zu berücksichtigen (vgl. Nr. 2.9).

20. Lebenspartnerschaft

Bei Getrenntleben oder Aufhebung der Lebenspartnerschaft gelten §§ 12, 16 LPartG.

Leistungsfähigkeit und Mangelfall**21. Selbstbehalt**

21.1 Es ist zu unterscheiden zwischen dem notwendigen (§ 1603 II BGB), dem angemessenen (§ 1603 I BGB) und dem eheangemessenen Selbstbehalt (§§ 1361 I, 1578 I BGB).

21.2 Für Eltern gegenüber minderjährigen Kindern und diesen nach § 1603 II 2 BGB gleichgestellten Kindern gilt im Allgemeinen der notwendige Selbstbehalt als unterste Grenze der Inanspruchnahme.

Er beträgt

- beim Nichterwerbstätigen 880 €
- beim Erwerbstätigen 1.080 €.

Hierin sind Kosten für Unterkunft und Heizung in Höhe von 380 € enthalten.

21.3 Im Übrigen gilt beim Verwandtenunterhalt der angemessene Selbstbehalt.

21.3.1 Er beträgt gegenüber volljährigen Kindern 1.300 €. Hierin sind Kosten für Unterkunft und Heizung in Höhe von 450 € enthalten.

21.3.2 Gegenüber Anspruchsberechtigten nach § 1615I BGB ist der Selbstbehalt in der Regel mit einem Betrag zu bemessen, der zwischen dem angemessenen Selbstbehalt des Volljährigen nach § 1603 I BGB und dem notwendigen Selbstbehalt nach § 1603 II BGB liegt, in der Regel mit 1.200 €. Darin sind Kosten für Unterkunft und Heizung von 430 € enthalten.

21.3.3 Gegenüber Eltern beträgt er mindestens 1.800 €. Hierin sind Kosten für Unterkunft und Heizung in Höhe von 480 € enthalten. Zusätzlich bleibt die Hälfte des diesen Mindestbetrag übersteigenden, bereinigten Einkommens anrechnungsfrei, bei Vorteilen aus dem Zusammenleben in der Regel 45 % des diesen Mindestbetrag übersteigenden, bereinigten Einkommens.

21.3.4 Gegenüber Großeltern/Enkel beträgt der Selbstbehalt mindestens 1.800 €.

21.4 Gegenüber Ehegatten gilt grundsätzlich der Ehegattenmindestselbstbehalt (= Eigenbedarf). Er beträgt in der Regel 1.200 €¹. Hierin sind Kosten für Unterkunft und Heizung in Höhe von 430 € enthalten.

21.5 Anpassung des Selbstbehalts

21.5.1 Beim Verwandtenunterhalt kann der jeweilige Selbstbehalt unterschritten werden, wenn der eigene Unterhalt des Pflichtigen ganz oder teilweise durch seinen Ehegatten gedeckt ist.

21.5.2 Wird konkret eine erhebliche und nach den Umständen nicht vermeidbare Überschreitung der in den einzelnen Selbstbehalten enthaltenen angeführten Wohnkosten dargelegt, erhöht sich der Selbstbehalt. Wird die Wohnung von mehreren Personen genutzt, ist der Wohnkostenanteil des Pflichtigen festzustellen. Bei Erwachsenen geschieht die Aufteilung in der Regel nach Köpfen. Kinder sind vorab mit einem Anteil von 20 % ihres Anspruchs auf Barunterhalt zu berücksichtigen. Besteht für den Verpflichteten ein Anspruch auf Wohngeld, ist dieser wohnkostenmindernd zu berücksichtigen (vgl. Nr. 2.3).

21.5.3 Bei Zusammenleben mit einem leistungsfähigen Partner kann der Selbstbehalt wegen ersparter Aufwendungen reduziert werden, wobei die Ersparnis des Unterhaltspflichtigen im Regelfall mit 10 % angesetzt werden kann.

22. Bedarf des mit dem Pflichtigen zusammenlebenden Ehegatten

22.1 Der Mindestbedarf eines mit dem Unterhaltspflichtigen zusammenlebenden Ehegatten gegenüber Unterhaltsansprüchen eines nachrangigen geschiedenen Ehegatten beträgt 960 €.

¹ OLG Karlsruhe, OLG Stuttgart und 2. und 6. Zivilsenat des OLG Zweibrücken: für Erwerbstätige 1.200 €, für Nichterwerbstätige 1.090 €.

22.2 Mindestbedarf bei Ansprüchen volljähriger Kinder

Der Mindestbedarf eines mit dem Unterhaltspflichtigen zusammenlebenden Ehegatten gegenüber Unterhaltsansprüchen eines nicht privilegierten Kindes beträgt 1.040 €.

22.3 Ist bei Unterhaltsansprüchen der Eltern, Großeltern und Enkel der Unterhaltspflichtige verheiratet, werden für den mit ihm zusammenlebenden Ehegatten mindestens 1.440 € angesetzt. Darin sind Kosten für Unterkunft und Heizung von 380 € enthalten. Im Familienbedarf von 3.240 € (1.800 € + 1.440 €) sind Kosten für Unterkunft und Heizung in Höhe von 860 € (480 € + 380 €) enthalten.

23. Bedarf des vom Pflichtigen getrenntlebenden oder geschiedenen Ehegatten

23.1 Bedarf bei Ansprüchen des nachrangigen geschiedenen Ehegatten

Der Mindestbedarf eines vom Pflichtigen getrennt lebenden oder geschiedenen Ehegatten gegenüber Unterhaltsansprüchen eines nachrangigen Ehegatten beträgt 1.200 €.

23.2 Bedarf bei Ansprüchen volljähriger Kinder

Der Mindestbedarf eines vom Pflichtigen getrennt lebenden oder geschiedenen Ehegatten gegenüber Unterhaltsansprüchen nicht privilegierter volljähriger Kinder beträgt 1.300 €.

23.3 Bedarf bei Ansprüchen von Eltern oder Enkeln des anderen Ehegatten und von gemeinsamen Enkeln

Der Mindestbedarf eines vom Pflichtigen getrennt lebenden oder geschiedenen Ehegatten gegenüber Unterhaltsansprüchen von Eltern, Großeltern und Enkeln des Unterhaltspflichtigen beträgt 1.800 €.

24. Mangelfall

24.1 Ein absoluter Mangelfall liegt vor, wenn das Einkommen des Verpflichteten zur Deckung seines notwendigen Selbstbehalts und der gleichrangigen Unterhaltsansprüche der Kinder nicht ausreicht. Zur Feststellung des Mangelfalls entspricht der einzusetzende Bedarf für minderjährige und diesen nach § 1603 II 2 BGB gleichgestellten Kindern dem Zahlbetrag, der aus der ersten Einkommensgruppe entnommen werden kann.

24.2 In sonstigen Mangelfällen beträgt der Einsatzbetrag für einen gleichrangigen, nicht mit dem Unterhaltspflichtigen zusammenlebenden, Ehegatten 880 €. Für vorrangige Ehegatten siehe Nr. 22 und 23.

24.3 Die nach Abzug des Selbstbehalts des Unterhaltspflichtigen verbleibende Verteilungsmasse ist anteilig auf alle gleichrangigen unterhaltsberechtigten Kinder bzw. Ehegatten im Verhältnis ihrer Unterhaltsansprüche zu verteilen.

Die prozentuale Kürzung berechnet sich nach der Formel:

$$K = V : S \times 100$$

K = prozentuale Kürzung

S = Summe der Einsatzbeträge aller Berechtigten

V = Verteilungsmasse (Einkommen des Verpflichteten abzüglich Selbstbehalt)

24.4 Das im Rahmen der Mangelfallberechnung gewonnene Ergebnis ist auf seine Angemessenheit zu überprüfen.

24.5 Rechenbeispiel zum absoluten Mangelfall, vgl. Anhang 2 Nr. 2.2

Sonstiges

25. Rundung

Der Unterhaltsbetrag ist auf volle Euro aufzurunden.

Anhang

1. Düsseldorfer Tabelle 2019

	Nettoeinkommen des Barunterhaltspflichtigen	Altersstufen in Jahren (§ 1612 a Abs. 1 BGB)				Prozentsatz	Bedarfskontrollbetrag
		0 – 5	6 – 11	12 – 17	ab 18		
<u>Alle Beträge in Euro</u>							
1.	bis 1.900	354	406	476	527	100	880/ 1.080
2.	1.901 - 2.300	372	427	500	554	105	1.300
3.	2.301 - 2.700	390	447	524	580	110	1.400
4.	2.701 - 3.100	408	467	548	607	115	1.500
5.	3.101 - 3.500	425	488	572	633	120	1.600
6.	3.501 - 3.900	454	520	610	675	128	1.700
7.	3.901 - 4.300	482	553	648	717	136	1.800
8.	4.301 - 4.700	510	585	686	759	144	1.900
9.	4.701 - 5.100	539	618	724	802	152	2.000
10.	5.101 - 5.500	567	650	762	844	160	2.100
ab 5.501		nach den Umständen des Falles					

2. Rechenbeispiele

2.1 Additionsmethode

Der Verpflichtete M hat ein bereinigtes Nettoerwerbseinkommen von 2.000 € sowie Zinseinkünfte von 300 €. Seine Ehefrau F hat ein bereinigtes Nettoerwerbseinkommen von 1.000 €. Anspruch der F ?

$$\text{Bedarf} : \frac{1}{2} (\frac{9}{10} * 2.000 \text{ €} + 300 \text{ €} + \frac{9}{10} * 1.000 \text{ €}) = 1.500 \text{ €}$$

$$\text{Höhe} : 1.500 \text{ €} - \frac{9}{10} * 1.000 \text{ €} = 600 \text{ €}$$

2.2 Absoluter Mangelfall

Der unterhaltspflichtige Vater V hat ein bereinigtes Nettoeinkommen von 1.700 €. Unterhaltsberechtig sind ein 18-jähriges Kind K1, das bei der Mutter M lebt und aufs Gymnasium geht, und die beiden minderjährigen Kinder K2 (14 Jahre) und K3 (10 Jahre), die von der Mutter betreut werden. Das Kindergeld von 588 € wird an die Mutter ausbezahlt, deren sonstiges Einkommen unter 1.080 € liegt.

Unterhaltsberechnung gemäß Nr. 23.1:

Mangels Leistungsfähigkeit der Mutter alleinige Barunterhaltspflicht von V für alle Kinder.

Bedarf K1: 527 € (DüssTab Gruppe 1, 4. Altersstufe) - 194 € Kindergeld ergibt einen ungedeckten Bedarf = Einsatzbetrag von 333 €

Bedarf K2: 476 € (DüssTab Gruppe 1, 3. Altersstufe) - 97 € 1/2 Kindergeld ergibt einen ungedeckten Bedarf = Einsatzbetrag von 379 €

Bedarf K3: 406 € (DüssTab Gruppe 1, 2. Altersstufe) - 100 € 1/2 Kindergeld ergibt einen ungedeckten Bedarf = Einsatzbetrag von 306 €

Summe der Einsatzbeträge: $333 + 379 + 306 = 1.018$ €

Verteilungsmasse:

Einkommen 1.700 € - Selbstbehalt 1.080 € = 620 €

Prozentuale Kürzung:

$620/1018 * 100 = 60,90$ %

Berechnung der gekürzten Unterhaltsansprüche:

K1: $333 € * 60,90 \% = 203 €$; zum Leben verfügbar also $203 + 194 = 397 €$;

K2: $379 € * 60,90 \% = 231 €$; zum Leben verfügbar also $231 + 97 = 328 €$;

K3: $306 € * 60,90 \% = 186 €$; zum Leben verfügbar also $186 + 100 = 286 €$.

3. Zusammenstellung der Bedarfssätze und Selbstbehalte	
Bedarfssätze	
I. Regelbedarf eines volljährigen Kindes, das nicht im Haushalt eines Elternteils lebt (Nr. 13.1.2)	735
II. Mindestbedarf eines Ehegatten (Nr. 15.1), eines aus § 1615I BGB Berechtigten (Nr. 18) und anderer Unterhaltsbedürftiger, die nicht Kinder oder (geschiedene) Ehegatten sind	880
Selbstbehalte	
III. Monatlicher Selbstbehalt gegenüber minderjährigen und ihnen gleichgestellten (§ 1603 Abs. 2 BGB) Kindern (Nr. 21.2)	
a. des erwerbstätigen Unterhaltsverpflichteten	1.080
b. des nichterwerbstätigen Unterhaltsverpflichteten	880
IV. Monatlicher Selbstbehalt gegenüber anderen Kindern (Nr. 21.3.1)	1.300

V. Monatlicher Selbstbehalt gegenüber Ehegatten (Nr. 21.4) und Ansprüchen nach § 1615 I BGB (Nr. 21.3.2)	1.200
nach Fn. 1 zu Nr. 21.4 teilweise bei Nichterwerbstätigkeit	1.090
VI. Monatlicher Selbstbehalt gegenüber Verwandten aufsteigender Linie und Enkeln mindestens (zzgl. die Hälfte des dieses Einkommen übersteigenden Betrages, Nr. 21.3.3)	1.800
VII. Bedarf des mit dem Pflichtigen zusammenlebenden Ehegatten (Nr. 22)	
a. gegenüber nachrangigen (geschiedenen) Ehegatten mindestens	960
b. gegenüber nicht unter § 1603 Abs. 2 BGB fallenden Kindern	1.040
c. gegenüber Eltern / Enkelunterhalt mindestens	1.440

DÜSSELDORFER TABELLE¹**A. Kindesunterhalt**

	Nettoeinkommen des/der Barunterhaltspflichtigen (Anm. 3, 4)	Altersstufen in Jahren (§ 1612 a Abs. 1 BGB)				Prozent- satz	Bedarfskontroll- betrag (Anm. 6)
		0 – 5	6 – 11	12 – 17	ab 18		
<u>Alle Beträge in Euro</u>							
1.	bis 1.900	354	406	476	527	100	880/ 1.080
2.	1.901 - 2.300	372	427	500	554	105	1.300
3.	2.301 - 2.700	390	447	524	580	110	1.400
4.	2.701 - 3.100	408	467	548	607	115	1.500
5.	3.101 - 3.500	425	488	572	633	120	1.600
6.	3.501 - 3.900	454	520	610	675	128	1.700
7.	3.901 - 4.300	482	553	648	717	136	1.800
8.	4.301 - 4.700	510	585	686	759	144	1.900
9.	4.701 - 5.100	539	618	724	802	152	2.000
10.	5.101 - 5.500	567	650	762	844	160	2.100
ab 5.501		nach den Umständen des Falles					

Anmerkungen:

- Die Tabelle hat keine Gesetzeskraft, sondern stellt eine Richtlinie dar. Sie weist den monatlichen Unterhaltsbedarf aus, bezogen auf zwei Unterhaltsberechtigte, ohne Rücksicht auf den Rang. Der Bedarf ist nicht identisch mit dem Zahlbetrag; dieser ergibt sich unter Berücksichtigung der nachfolgenden Anmerkungen.

Bei einer größeren/geringeren Anzahl Unterhaltsberechtigter können Ab- oder Zuschläge durch Einstufung in niedrigere/höhere Gruppen angemessen sein. Anm. 6 ist zu beachten. Zur Deckung des notwendigen Mindestbedarfs aller Beteiligten – einschließlich des Ehegatten – ist gegebenenfalls eine Herabstufung bis in die unterste Tabellengruppe vorzunehmen. Reicht das verfügbare Einkommen auch dann nicht aus, setzt sich der Vorrang der Kinder im Sinne von Anm. 5 Abs. 1 durch. Gegebenenfalls erfolgt zwischen den erst-rangigen Unterhaltsberechtigten eine Mangelberechnung nach Abschnitt C.

- Die Richtsätze der 1. Einkommensgruppe entsprechen dem Mindestbedarf gemäß der Ersten Verordnung zur Änderung der Mindestunterhaltsverordnung vom 28.09.2017 (BGBl. 2017 I 3525). Der Prozentsatz drückt die Steigerung des Richtsatzes der jeweiligen Einkommensgruppe gegenüber dem Mindestbedarf (= 1. Einkommensgruppe) aus. Die durch Multiplikation des gerundeten Mindestbedarfs mit dem Prozentsatz errechneten Beträge sind entsprechend § 1612a Absatz 2 Satz 2 BGB aufgerundet.

Die Bedarfssätze der vierten Altersstufe – ab 18 Jahren – entsprechen bis auf weiteres den für 2017 maßgeblichen Werten.

¹ Die neue Tabelle nebst Anmerkungen beruht auf Koordinierungsgesprächen, die unter Beteiligung aller Oberlandesgerichte und der Unterhaltskommission des Deutschen Familiengerichtstages e.V. stattgefunden haben.

3. Berufsbedingte Aufwendungen, die sich von den privaten Lebenshaltungskosten nach objektiven Merkmalen eindeutig abgrenzen lassen, sind vom Einkommen abzuziehen, wobei bei entsprechenden Anhaltspunkten eine Pauschale von 5 % des Nettoeinkommens - mindestens 50 EUR, bei geringfügiger Teilzeitarbeit auch weniger, und höchstens 150 EUR monatlich - geschätzt werden kann. Übersteigen die berufsbedingten Aufwendungen die Pauschale, sind sie insgesamt nachzuweisen.
4. Berücksichtigungsfähige Schulden sind in der Regel vom Einkommen abzuziehen.
5. Der notwendige Eigenbedarf (Selbstbehalt)
 - gegenüber minderjährigen unverheirateten Kindern,
 - gegenüber volljährigen unverheirateten Kindern bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres, die im Haushalt der Eltern oder eines Elternteils leben und sich in der allgemeinen Schulausbildung befinden,

beträgt beim nicht erwerbstätigen Unterhaltspflichtigen monatlich 880 EUR, beim erwerbstätigen Unterhaltspflichtigen monatlich 1.080 EUR. Hierin sind bis 380 EUR für Unterkunft einschließlich umlagefähiger Nebenkosten und Heizung (Warmmiete) enthalten. Der Selbstbehalt soll erhöht werden, wenn die Wohnkosten (Warmmiete) den ausgewiesenen Betrag überschreiten und nicht unangemessen sind.

Der angemessene Eigenbedarf, insbesondere gegenüber anderen volljährigen Kindern, beträgt in der Regel mindestens monatlich 1.300 EUR. Darin ist eine Warmmiete bis 480 EUR enthalten.
6. Der Bedarfskontrollbetrag des Unterhaltspflichtigen ab Gruppe 2 ist nicht identisch mit dem Eigenbedarf. Er soll eine ausgewogene Verteilung des Einkommens zwischen dem Unterhaltspflichtigen und den unterhaltsberechtigten Kindern gewährleisten. Wird er unter Berücksichtigung anderer Unterhaltspflichtigen unterschritten, ist der Tabellenbetrag der nächst niedrigeren Gruppe, deren Bedarfskontrollbetrag nicht unterschritten wird, anzusetzen.
7. Bei volljährigen Kindern, die noch im Haushalt der Eltern oder eines Elternteils wohnen, bemisst sich der Unterhalt nach der 4. Altersstufe der Tabelle.

Der angemessene Gesamtunterhaltsbedarf eines Studierenden, der nicht bei seinen Eltern oder einem Elternteil wohnt, beträgt in der Regel monatlich **735** EUR. Hierin sind bis **300** EUR für Unterkunft einschließlich umlagefähiger Nebenkosten und Heizung (Warmmiete) enthalten. Dieser Bedarfssatz kann auch für ein Kind mit eigenem Haushalt angesetzt werden.
8. Die Ausbildungsvergütung eines in der Berufsausbildung stehenden Kindes, das im Haushalt der Eltern oder eines Elternteils wohnt, ist vor ihrer Anrechnung in der Regel um einen ausbildungsbedingten Mehrbedarf von monatlich 100 EUR zu kürzen.
9. In den Bedarfsbeträgen (Anmerkungen 1 und 7) sind Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung sowie Studiengebühren nicht enthalten.
10. Das auf das jeweilige Kind entfallende Kindergeld ist nach § 1612 b BGB auf den Tabellenunterhalt (Bedarf) anzurechnen.

B. Ehegattenunterhalt

- I. Monatliche Unterhaltsrichtsätze des berechtigten Ehegatten ohne unterhaltsberechtigte Kinder (§§ 1361, 1569, 1578, 1581 BGB):
 1. gegen einen erwerbstätigen Unterhaltspflichtigen:
 - a) wenn der Berechtigte kein Einkommen hat: 3/7 des anrechenbaren Erwerbseinkommens zuzüglich 1/2 der anrechenbaren sonstigen Einkünfte des Pflichtigen, nach oben begrenzt durch den vollen Unterhalt, gemessen an den zu berücksichtigenden ehelichen Verhältnissen;
 - b) wenn der Berechtigte ebenfalls Einkommen hat: 3/7 der Differenz zwischen den anrechenbaren Erwerbseinkommen der Ehegatten, insgesamt begrenzt durch den vollen ehelichen Bedarf; für sonstige anrechenbare Einkünfte gilt der Halbteilungsgrundsatz;

- c) wenn der Berechtigte erwerbstätig ist, obwohl ihm keine Erwerbsobliegenheit trifft: gemäß § 1577 Abs. 2 BGB;
2. gegen einen nicht erwerbstätigen Unterhaltspflichtigen (z. B. Rentner): wie zu 1 a, b oder c, jedoch 50 %.
- II. Fortgeltung früheren Rechts:
1. Monatliche Unterhaltsrichtsätze des nach dem Ehegesetz berechtigten Ehegatten ohne unterhaltsberechtigten Kinder:
- a) §§ 58, 59 EheG: in der Regel wie I,
- b) § 60 EheG: in der Regel 1/2 des Unterhalts zu I,
- c) § 61 EheG: nach Billigkeit bis zu den Sätzen I.
2. Bei Ehegatten, die vor dem 03.10.1990 in der früheren DDR geschieden worden sind, ist das DDR-FGB in Verbindung mit dem Einigungsvertrag zu berücksichtigen (Art. 234 § 5 EGBGB).
- III. Monatliche Unterhaltsrichtsätze des berechtigten Ehegatten, wenn die ehelichen Lebensverhältnisse durch Unterhaltspflichten gegenüber Kindern geprägt werden:
- Wie zu I bzw. II 1, jedoch wird grundsätzlich der Kindesunterhalt (Zahlbetrag; vgl. Anm. C und Anhang) vorab vom Nettoeinkommen abgezogen.
- IV. Monatlicher Eigenbedarf (Selbstbehalt) gegenüber dem getrennt lebenden und dem geschiedenen Berechtigten:
- Unabhängig davon, ob erwerbstätig oder nicht erwerbstätig 1.200 EUR
Hierin sind bis 430 EUR für Unterkunft einschließlich umlagefähiger Nebenkosten und Heizung (Warmmiete) enthalten.
- V. Existenzminimum des unterhaltsberechtigten Ehegatten einschließlich des trennungsbedingten Mehrbedarfs in der Regel:
1. Falls erwerbstätig: 1.080 EUR
2. Falls nicht erwerbstätig: 880 EUR
- VI. 1. Monatlicher notwendiger Eigenbedarf des von dem Unterhaltspflichtigen getrennt lebenden oder geschiedenen Ehegatten unabhängig davon, ob erwerbstätig oder nicht erwerbstätig:
- a) Gegenüber einem nachrangigen geschiedenen Ehegatten 1.200 EUR
- b) Gegenüber nicht privilegierten volljährigen Kindern 1.300 EUR
- c) Gegenüber Eltern des Unterhaltspflichtigen 1.800 EUR
2. Monatlicher notwendiger Eigenbedarf des Ehegatten, der in einem gemeinsamen Haushalt mit dem Unterhaltspflichtigen lebt, unabhängig davon, ob erwerbstätig oder nicht erwerbstätig:
- a) Gegenüber einem nachrangigen geschiedenen Ehegatten 960 EUR
- b) Gegenüber nicht privilegierten volljährigen Kindern 1.040 EUR
- c) Gegenüber Eltern des Unterhaltspflichtigen 1.440 EUR
- (vergl. Anm. D I)

Anmerkung zu I-III:

Hinsichtlich berufsbedingter Aufwendungen und berücksichtigungsfähiger Schulden gelten Anm. A. 3 und 4 - auch für den erwerbstätigen Unterhaltsberechtigten - entsprechend. Diejenigen berufsbedingten Aufwendungen, die sich nicht nach objektiven Merkmalen eindeutig von den privaten Lebenshaltungskosten abgrenzen lassen, sind pauschal im Erwerbstätigenbonus von 1/7 enthalten.

C. Mangelfälle

Reicht das Einkommen zur Deckung des Bedarfs des Unterhaltspflichtigen und der gleichrangigen Unterhaltsberechtigten nicht aus (sog. Mangelfälle), ist die nach Abzug des notwendigen Eigenbedarfs (Selbstbedarfs) des Unterhaltspflichtigen verbleibende Verteilungsmasse auf die Unterhaltsberechtigten im Verhältnis ihrer jeweiligen Einsatzbeträge gleichmäßig zu verteilen.

Der Einsatzbetrag für den Kindesunterhalt entspricht dem Zahlbetrag des Unterhaltspflichtigen. Dies ist der nach Anrechnung des Kindergeldes oder von Einkünften auf den Unterhaltsbedarf verbleibende Restbedarf.

Beispiel: Bereinigtes Nettoeinkommen des Unterhaltspflichtigen (M): 1.350 EUR. Unterhalt für drei unterhaltsberechtigte Kinder im Alter von 18 Jahren (K1), 7 Jahren (K2) und 5 Jahren (K3), Schüler, die bei der nicht unterhaltsberechtigten, den Kindern nicht barunterhaltspflichtigen Ehefrau und Mutter (F) leben. F bezieht das Kindergeld. Der Beispielsberechnung liegt das vom 1. Januar 2019 bis 30. Juni 2019 geltende Kindergeld zugrunde.

Notwendiger Eigenbedarf des M:		1.080 EUR
Verteilungsmasse:	1.350 EUR – 1.080 EUR =	270 EUR
Summe der Einsatzbeträge der Unterhaltsberechtigten:		
333 EUR (527 – 194) (K 1) + 309 EUR (406 – 97) (K 2) + 254 EUR (354 – 100) (K 3)		
= 896 EUR		
Unterhalt:		
K 1:	$333 \times 270 : 896 =$	100,35 EUR
K 2:	$309 \times 270 : 896 =$	93,11 EUR
K 3:	$254 \times 270 : 896 =$	76,54 EUR

D. Verwandtenunterhalt und Unterhalt nach § 1615 I BGB

- I. Angemessener Selbstbehalt gegenüber den Eltern: mindestens monatlich 1.800 EUR (einschließlich 480 EUR Warmmiete) zuzüglich der Hälfte des darüber hinausgehenden Einkommens, bei Vorteilen des Zusammenlebens in der Regel 45 % des darüber hinausgehenden Einkommens. Der angemessene Unterhalt des mit dem Unterhaltspflichtigen zusammenlebenden Ehegatten bemisst sich nach den ehelichen Lebensverhältnissen (Halbteilungsgrundsatz), beträgt jedoch mindestens 1.440 EUR (einschließlich 380 EUR Warmmiete).
- II. Bedarf der Mutter und des Vaters eines nichtehelichen Kindes (§ 1615 I BGB): Nach der Lebensstellung des betreuenden Elternteils, in der Regel mindestens 880 EUR.
Angemessener Selbstbehalt gegenüber der Mutter und dem Vater eines nichtehelichen Kindes (§§ 1615 I, 1603 Abs. 1 BGB): unabhängig davon, ob erwerbstätig oder nicht erwerbstätig: 1.200 EUR. Hierin sind bis 430 EUR für Unterkunft einschließlich umlagefähiger Nebenkosten und Heizung (Warmmiete) enthalten.

E. Übergangsregelung

Umrechnung dynamischer Titel über Kindesunterhalt nach § 36 Nr. 3 EGZPO: Ist Kindesunterhalt als Prozentsatz des jeweiligen Regelbetrages zu leisten, bleibt der Titel bestehen. Eine Abänderung ist nicht erforderlich. An die Stelle des bisherigen Prozentsatzes vom Regelbetrag tritt ein neuer Prozentsatz vom Mindestunterhalt (Stand: 01.01.2008). Dieser ist für die jeweils maßgebliche Altersstufe gesondert zu bestimmen und auf eine Stelle nach dem Komma zu begrenzen (§ 36 Nr. 3 EGZPO). Der Prozentsatz wird auf der Grundlage der zum 01.01.2008 bestehenden Verhältnisse einmalig berechnet und bleibt auch bei späterem Wechsel in eine andere Altersstufe unverändert (BGH Urteil vom 18.04.12 – XII ZR 66/10 – FamRZ 2012, 1048). Der Bedarf ergibt sich aus der Multiplikation des neuen Prozentsatzes mit dem Mindestunterhalt der jeweiligen Altersstufe und ist auf volle Euro aufzurunden (§ 1612a Abs. 2 S. 2 BGB). Der Zahlbetrag ergibt sich aus dem um das jeweils anteilige Kindergeld verminderten bzw. erhöhten Bedarf.

Wegen der sich nach § 36 Nr. 3 EGZPO ergebenden vier Fallgestaltungen wird auf die Beispielsberechnungen der Düsseldorfer Tabelle Stand 01.01.2017 verwiesen.

Anhang: Tabelle Zahlbeträge

Die folgenden Tabellen enthalten die sich nach Abzug des jeweiligen Kindergeldanteils (hälftiges Kindergeld bei Minderjährigen, volles Kindergeld bei Volljährigen) ergebenden Zahlbeträge und zwar für die Zeit vom 1. Januar 2019 bis 30.06.2019 (nachstehend I.) und für die Zeit ab 1. Juli 2019 (nachstehend II.).

I.**1. Januar 2019 bis 30. Juni 2019**

Ab dem 1. Januar 2019 bis 30. Juni 2019 beträgt das Kindergeld für das erste und zweite Kind 194 EUR, für das dritte Kind 200 EUR und ab dem vierten Kind 225 EUR.

1. und 2. Kind		0 – 5	6 – 11	12 - 17	ab 18	%
1.	bis 1.900	257	309	379	333	100
2.	1.901 - 2.300	275	330	403	360	105
3.	2.301 - 2.700	293	350	427	386	110
4.	2.701 - 3.100	311	370	451	413	115
5.	3.101 - 3.500	328	391	475	439	120
6.	3.501 - 3.900	357	423	513	481	128
7.	3.901 - 4.300	385	456	551	523	136
8.	4.301 - 4.700	413	488	589	565	144
9.	4.701 - 5.100	442	521	627	608	152
10.	5.101 - 5.500	470	553	665	650	160

3. Kind		0 – 5	6 – 11	12 - 17	ab 18	%
1.	bis 1.900	254	306	376	327	100
2.	1.901 - 2.300	272	327	400	354	105
3.	2.301 - 2.700	290	347	424	380	110
4.	2.701 - 3.100	308	367	448	407	115
5.	3.101 - 3.500	325	388	472	433	120
6.	3.501 - 3.900	354	420	510	475	128
7.	3.901 - 4.300	382	453	548	517	136
8.	4.301 - 4.700	410	485	586	559	144
9.	4.701 - 5.100	439	518	624	602	152
10.	5.101 - 5.500	467	550	662	644	160

Ab 4. Kind		0 – 5	6 – 11	12 - 17	ab 18	%
1.	bis 1.900	241,50	293,50	363,50	302	100
2.	1.901 - 2.300	259,50	314,50	387,50	329	105
3.	2.301 - 2.700	277,50	334,50	411,50	355	110
4.	2.701 - 3.100	295,50	354,50	435,50	382	115
5.	3.101 - 3.500	312,50	375,50	459,50	408	120
6.	3.501 - 3.900	341,50	407,50	497,50	450	128
7.	3.901 - 4.300	369,50	440,50	535,50	492	136
8.	4.301 - 4.700	397,50	472,50	573,50	534	144
9.	4.701 - 5.100	426,50	505,50	611,50	577	152
10.	5.101 - 5.500	454,50	537,50	649,50	619	160

II.

ab 1. Juli 2019

Ab dem 1. Juli 2019 beträgt das Kindergeld für das erste und zweite Kind 204 EUR, für das dritte Kind 210 EUR und ab dem vierten Kind 235 EUR.

1. und 2. Kind		0 – 5	6 – 11	12 - 17	ab 18	%
1.	bis 1.900	252	304	374	323	100
2.	1.901 - 2.300	270	325	398	350	105
3.	2.301 - 2.700	288	345	422	376	110
4.	2.701 - 3.100	306	365	446	403	115
5.	3.101 - 3.500	323	386	470	429	120
6.	3.501 - 3.900	352	418	508	471	128
7.	3.901 - 4.300	380	451	546	513	136
8.	4.301 - 4.700	408	483	584	555	144
9.	4.701 - 5.100	437	516	622	598	152
10.	5.101 - 5.500	465	548	660	640	160

3. Kind		0 – 5	6 – 11	12 - 17	ab 18	%
1.	bis 1.900	249	301	371	317	100
2.	1.901 - 2.300	267	322	395	344	105
3.	2.301 - 2.700	285	342	419	370	110
4.	2.701 - 3.100	303	362	443	397	115
5.	3.101 - 3.500	320	383	467	423	120
6.	3.501 - 3.900	349	415	505	465	128
7.	3.901 - 4.300	377	448	543	507	136
8.	4.301 - 4.700	405	480	581	549	144
9.	4.701 - 5.100	434	513	619	592	152
10.	5.101 - 5.500	462	545	657	634	160

Ab 4. Kind		0 – 5	6 – 11	12 - 17	ab 18	%
1.	bis 1.900	236,50	288,50	358,50	292	100
2.	1.901 - 2.300	254,50	309,50	382,50	319	105
3.	2.301 - 2.700	272,50	329,50	406,50	345	110
4.	2.701 - 3.100	290,50	349,50	430,50	372	115
5.	3.101 - 3.500	307,50	370,50	454,50	398	120
6.	3.501 - 3.900	336,50	402,50	492,50	440	128
7.	3.901 - 4.300	364,50	435,50	530,50	482	136
8.	4.301 - 4.700	392,50	467,50	568,50	524	144
9.	4.701 - 5.100	421,50	500,50	606,50	567	152
10.	5.101 - 5.500	449,50	532,50	644,50	609	160

Vergleichsberechnung auf der Grundlage der Düsseldorfer Tabelle (DT) und der Unterhaltsrechtlichen Leitlinien der Familiensenate in Süddeutschland (SüdL)**1. Einkommensermittlung**

1.1 Einkommen des Kostenbeitragspflichtigen

Nettoerwerbseinkommen	2.340,00 €
_____	€
_____	€
_____	€
Sonstiges Einkommen	€
_____	€
_____	€
Berufsbedingte Aufwendungen nach Ziff. 10.2.1 der SüdL (i. d. R. 5 % des Einkommens)	- 117,00 €
anrechenbares Einkommen	<u>2.223,00 €</u>

1.2 Absetzungen nach Ziff. 10.4 der SüdL
(Schuldverpflichtungen, Betreuungskosten, usw.)

nachgewiesene Kreditverpflichtung	255,00 €
_____	€
_____	€
	- 255,00 €
bereinigtes Einkommen	<u>1.968,00 €</u>

2. Selbstbehalt und Unterhaltsbedarf aller Berechtigter

2.1 Selbstbehalt des Kostenbeitragspflichtigen

Gesamteinkommen im Sinne der SüdL	1.968,00 €
abzüglich	
Selbstbehalt nach Ziff. 21.2 der SüdL	1.080,00 €
verfügbares Einkommen	<u>888,00 €</u>

2.2 Eingruppierung nach den Süddeutschen Leitlinien (**Minderjährige**)

Die Einsatzbeträge bemessen sich bei minderjährigen Kindern und diesen nach § 1603 Abs. 2 Satz 2 BGB gleichgestellten privilegierten Volljährigen nach der sich aus dem Einkommen zu ermittelnden Stufe der DT (Zu- oder Abschläge gem. Ziff. 11.2 der SüdL sind zu berücksichtigen).

Kind 1 (476,00 € abzügl. 102,00 € ½ Kindergeld)	374,00 €
Kind 2 (406,00 € abzügl. 102,00 € ½ Kindergeld)	304,00 €
Kind 3 (354,00 € abzügl. 105,00 € ½ Kindergeld)	249,00 €
Kind 4 (354,00 € abzügl. 117,50 € ½ Kindergeld)	236,50 €

Gesamtbedarf der mindestens gleichrangig Unterhaltsberechtigten **1.163,50 €**
(weiter bei Ziff. 3.)

2.3 Eingruppierung nach den Süddeutschen Leitlinien (**Volljährige**)

Anlage 4

Die Einsatzbeträge bemessen sich bei minderjährigen Kindern und diesen nach § 1603 Abs. 2 Satz 2 BGB gleichgestellten privilegierten Volljährigen nach der sich aus dem Einkommen zu ermittelnden Stufe der DT (Zu- oder Abschläge gem. Ziff. 11.2 der SüdL sind zu berücksichtigen).

<u>Ehegatte des Kostenbeitragspflichtigen</u>	_____	€
_____	_____	€
_____	_____	€
_____	_____	€
_____	_____	€
Gesamtbedarf der vorrangig Unterhaltsberechtigten	_____	€

3. Berechnung des angemessenen Kostenbeitrags

verfügbares Einkommen gem. Ziff. 2.1	_____	888,00 €
abzüglich		
Gesamtbedarf der Unterhaltsberechtigten gem. Ziff. 2.2 bzw. 2.3	_____	1.163,50 €
verbleibendes Einkommen / Fehlbetrag	_____	-275,50 €

Mangelfallberechnung:

3.1 Quotierung bei **Minderjährigen**

Bei den Einsatzbeträgen handelt es sich bei minderjährigen Kindern und diesen nach § 1603 Abs. 2 Satz 2 BGB gleichgestellten privilegierten Volljährigen um den **Zahlbetrag** aus der ersten Einkommensstufe der DT (Ziff. 24.1 der SüdL).

Kind 1	_____	374,00 €
Kind 2	_____	304,00 €
Kind 3	_____	249,00 €
Kind 4	_____	236,50 €
Gesamtbedarf der mindestens gleichrangig Unterhaltsberechtigten	_____	1.163,50 €

Der Kostenbeitragspflichtige kann den Unterhaltsbedarf nur teilweise mit folgender Quote erfüllen:
(verfügbares Einkommen gem. Ziff. 2.1 x 100 : Gesamtunterhaltsbedarf gem. Ziff. 3.1)

	Unterhaltsbedarf		Quote	Unterhaltsanspruch
Kind 1	374,00 €	x	76,32%	285,44 €
Kind 2	304,00 €	x	76,32%	232,02 €
Kind 3	249,00 €	x	76,32%	190,04 €
Kind 4	236,50 €	x	76,32%	180,50 €
Summe der Unterhaltsbedarfe				888,00 €

3.2 Verteilung des verbleibenden Einkommens bei **Volljährigen**

Das verbleibende Einkommen gem. Ziff. 3. ist gleichmäßig auf 4 gleichrangig Unterhaltsberechtigte zu verteilen.

4. Ergebnis

angemessener Kostenbeitrag abgerundet 285,00 €

Musterfall: Kostenbeitragspflichtiger Kindesvater (KV) ; Nettoerwerbseinkommen 2.340,00 Euro, Kind 1 (16 J.) befindet sich in stationärer Heimerziehung, drei weitere Kinder Kind 2 (8 J.), Kind 3 (3 J.) und Kind 4 (1 J.) sind von ihm zu unterhalten. Berücksichtigungsfähige Kreditverpflichtung 255 Euro. Nach der Vergleichsberechnung könnte der KV zu einem Kostenbeitrag aus Einkommen in Höhe von max. 285 Euro herangezogen werden.

Hinweis: Nach der neuen Kostenbeitragstabelle - gültig ab 04.12.2013 - kann kein Kostenbeitrag aus Einkommen festgesetzt werden. Nach Abzug der 25% Pauschale beträgt das maßgebliche Einkommen 1.755 Euro, Einkommensgruppe 6, abzgl. 3 x 2 = 6 Stufen für die 3 Geschwisterkinder ergibt einen Kostenbeitrag aus Einkommen = Null.

In Einzelfällen werden Vergleichsberechnungen hauptsächlich nur noch für Fallkonstellationen vor dem 01.01.2014 relevant sein.

Ermittlung angemessener Schuldverpflichtungen für selbstgenutztes Wohneigentum i.S.v. § 93 Abs. 3 Nr. 3 SGB VIII

1. örtlich sowie individuell angemessene Aufwendungen für

- | | |
|---|----------------|
| ⇒ Zins- und Tilgung | mtl. _____ EUR |
| zuzüglich | |
| ⇒ Instandhaltungen (keine Luxusrenovierungen) | mtl. _____ EUR |
| zuzüglich | |
| ⇒ Modernisierungsmaßnahmen | mtl. _____ EUR |
| zuzüglich | |
| ⇒ verbrauchsunabhängige Aufwendungen
(z. B. Wohngebäudeversicherung, Abgaswegeüberprüfung, etc.) | mtl. _____ EUR |
| abzüglich | |
| ⇒ evtl. Eigenheimzulage | mtl. _____ EUR |

Summe berücksichtigungsfähiger Aufwendungen mtl. _____ **EUR**

2. Ermittlung des Wohnwertes

- | | |
|--|----------------|
| ⇒ ortsübliche Vergleichsmiete gemäß Mietspiegel
nach § 558c BGB | mtl. _____ EUR |
| oder alternativ | |
| ⇒ individuell ermittelter Wohnwert der Immobilie | mtl. _____ EUR |

3. Ergebnis

- | | |
|--|----------------|
| ⇒ Summe der berücksichtigungsfähigen Aufwendungen
gem. Ziff. 1. | mtl. _____ EUR |
| abzüglich | |
| ⇒ ermittelter Wohnwert der Immobilie gem. Ziff. 2. | mtl. _____ EUR |

Schuldverpflichtung nach § 93 Abs. 3 Nr. 3 SGB VIII mtl. _____ **EUR**

(nur bei positiver Differenz)

Ermittlung angemessener Schuldverpflichtungen für selbstgenutztes

Wohneigentum i. S. v. § 93 Abs. 3 Nr. 3 SGB VIII

Sachverhalt 1:

Der kostenbeitragspflichtige Kindesvater bewohnt eine 3-Zimmer-Eigentumswohnung.

Folgende Aufwendungen werden geltend gemacht:

- mtl. Belastung für Zins- und Tilgungszahlungen an das Kreditinstitut	680,00 EUR
- jährlicher Gesamtaufwand für erfolgte Instandhaltungen	1.200,00 EUR
- jährlicher Gesamtaufwand für erfolgte Modernisierungen (z.B. für Dachdämmung))	2.400,00 EUR
- jährlicher Aufwand für Heizungsablesung und Wohngebäudeversicherung	480,00 EUR

1. örtlich sowie individuell angemessene Aufwendungen für

⇒ Zins- und Tilgung	mtl. <u>680,00</u> EUR
zuzüglich	
⇒ Instandhaltungen (keine Luxusrenovierungen)	mtl. <u>100,00</u> EUR
zuzüglich	
⇒ Modernisierungsmaßnahmen	mtl. <u>200,00</u> EUR
zuzüglich	
⇒ verbrauchsunabhängige Aufwendungen	mtl. <u>40,00</u> EUR
(z. B. Wohngebäudeversicherung, Abgaswegeüberprüfung, etc.)	

Summe berücksichtigungsfähiger Aufwendungen	mtl. <u>1.020,00</u> EUR
--	--------------------------

2. Ermittlung des Wohnwertes (ersparter Mietaufwand)

⇒ ortsübliche Vergleichsmiete gemäß Mietspiegel nach § 558c BGB	mtl. <u>690,00</u> EUR
oder alternativ	
⇒ individuell ermittelter Wohnwert der Immobilie	mtl. _____ EUR

3. Ergebnis

⇒ Summe der berücksichtigungsfähigen Aufwendungen	mtl. _____
<u>1.020,00</u> EUR	
gem. Ziff. 1.	
abzüglich	
⇒ ermittelter Wohnwert der Immobilie gem. Ziff. 2.	mtl. <u>690,00</u> EUR

Schuldverpflichtung nach § 93 Abs. 3 Nr. 3 SGB VIII	mtl. <u>330,00</u> EUR
--	------------------------

(nur bei positiver Differenz)

Ermittlung angemessener Schuldverpflichtungen für selbstgenutztes**Wohneigentum i. S. v. § 93 Abs. 3 Nr. 3 SGB VIII****Sachverhalt 2:**

Der kostenbeitragspflichtige Kindesvater bewohnt eine 3-Zimmer-Eigentumswohnung.

Folgende Aufwendungen werden geltend gemacht:

- mtl. Belastung für Zins- und Tilgungszahlungen an das Kreditinstitut	420,00 EUR
- jährlicher Gesamtaufwand für erfolgte Instandhaltungen	1.200,00 EUR
- jährlicher Aufwand für Heizungsablesung und Wohngebäudeversicherung	600,00 EUR

1. örtlich sowie individuell angemessene Aufwendungen für

⇒ Zins- und Tilgung	mtl. <u>420,00</u> EUR
zuzüglich	
⇒ Instandhaltungen	mtl. <u>100,00</u> EUR
zuzüglich	
⇒ Aufwendungen für erfolgte Modernisierung	mtl. _____ EUR
zuzüglich	
⇒ verbrauchsunabhängige Aufwendungen	mtl. <u>50,00</u> EUR
(z. B. Wohngebäudeversicherung, Abgaswegeüberprüfung, etc.)	

<u>Summe berücksichtigungsfähiger Aufwendungen</u>	mtl. <u>570,00</u> EUR
---	------------------------

2. Ermittlung des Wohnwertes (ersparter Mietaufwand)

⇒ ortsübliche Vergleichsmiete gemäß Mietspiegel nach § 558c BGB	mtl. <u>580,00</u> EUR
oder alternativ	
⇒ individuell ermittelter Wohnwert der Immobilie	mtl. _____ EUR

3. Ergebnis

⇒ Summe der berücksichtigungsfähigen Aufwendungen gem. Ziff. 1.	mtl. <u>570,00</u> EUR
abzüglich	
⇒ ermittelter Wohnwert der Immobilie gem. Ziff. 2.	mtl. <u>580,00</u> EUR

<u>Schuldverpflichtung nach § 93 Abs. 3 Nr. 3 SGB VIII</u>	mtl. <u>0,00</u> EUR
---	----------------------

(nur bei positiver Differenz)

Verjährung und Verwirkung von öffentlich-rechtlichen Forderungen

1. Verjährung

Für öffentlich-rechtliche Forderungen, d.h. auch für Kostenbeitragsforderungen, gilt die allgemeine Verjährungsfrist nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB). Diese beträgt seit 01.01.2002 gem. § 195 BGB **drei Jahre**.

Die Verjährungsfrist beginnt gem. § 199 Abs. 1 BGB mit dem Schluss des Jahres, in dem

1. der Anspruch entstanden ist

und

2. der Gläubiger von den den Anspruch begründenden Umständen und der Person des Schuldners Kenntnis erlangt oder ohne grobe Fahrlässigkeit erlangen müsste.

Damit können (Anspruchsverjährung) bzw. müssen (Festsetzungsverjährung) öffentlich-rechtliche Forderungen gegenüber dem Schuldner innerhalb dieser Frist geltend gemacht werden.

Die Verjährung kann durch geeignete Maßnahmen (z. B. Vollstreckungsmaßnahmen) gehemmt werden bzw. neu beginnen (siehe §§ 204, 209 und 212 BGB).

Anmerkung: Die Durchsetzung eines aus einem rechtskräftigen Titel (z.B. Kostenbeitragsbescheid) bestehenden Anspruchs ist gem. § 52 Abs. 2 SGB X innerhalb einer Frist von 30 Jahren möglich.

2. Verwirkung

Bei der Verwirkung handelt es sich um einen aus § 242 BGB (Leistung nach Treu und Glauben) abgeleiteten Grundsatz des Vertrauensschutzes, der nach höchstrichterlicher Rechtsprechung auch im öffentlichen Recht grundsätzlich anwendbar ist. Konkrete Fristen existieren hierzu nicht.

Ein Anspruch gilt nach einschlägiger Rechtsprechung dann als verwirkt, wenn der Gläubiger diesen längere Zeit hindurch nicht geltend macht, der Schuldner sich darauf eingerichtet hat und sich nach dem Verhalten des Gläubigers auch darauf einrichten durfte, dass dieser den Anspruch in Zukunft nicht geltend machen wird. Eine Verwirkung kann schon innerhalb eines Jahres eingetreten sein.

Grundsätzlich richtet sich die Entscheidung, ob ein Anspruch verwirkt ist, nach den Umständen des Einzelfalls und der Betrachtung von drei Tatbestandsvoraussetzungen:

1. Zeitablauf,

2. Verwirkungsverhalten des Gläubigers

und

3. das darauf zu stützende Vertrauen des Schuldners .

In Bezug auf den Zeitablauf ist allerdings zu unterscheiden, ob es sich um den Zeitraum **vor** dem Erlass des Kostenbeitragsbescheids oder die Zeit **nach** der Festsetzung des Kostenbeitrags, d.h. die Zeit nach dem Erlass des Kostenbeitragsbescheids handelt.

Vor der Festsetzung des Kostenbeitrags, also in der Zeit zwischen der Darlegung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse und dem Erlass des Kostenbeitragsbescheids, kann unter Berücksichtigung der genannten Voraussetzungen ein Verwirkungstatbestand erfüllt sein. Insofern sollte die Berechnung des zu leistenden Kostenbeitrags und der darauffolgende Erlass des Kostenbeitragsbescheids in einem angemessenen Zeitraum erfolgen. Das gilt insbesondere bei erstmaliger Geltendmachung eines Kostenbeitrags und v.a. dann, wenn der Kostenbeitragspflichtige an die Entscheidung über die Höhe des zu leistenden Kostenbeitrags erinnert, um sich auf seine Verpflichtung einstellen zu können.

Nach der Festsetzung des Kostenbeitrags durch Kostenbeitragsbescheid kann in der Regel keine Verwirkung eintreten; ansonsten käme es zur Unterwanderung der 30-jährigen Verjährungsfrist (siehe hierzu auch die Ausführungen zur Verjährung). Dennoch wird empfohlen, auch bei der Geltendmachung bestehender Kostenbeitragsansprüche (beispielsweise Mahnungen oder konkrete Vollstreckungshandlungen) die Zeitspanne von einem Jahr nicht zu überschreiten.

Anmerkung: Die Verwirkung kann auch vor der Verjährung eintreten!